

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:

Carsten Brosda
Patricia Klobusiczky
Henning Lobin
Eva Neuland
Nele Pollatschek
und viele andere

Gesellschaft

Lebendige Demokratie: Die Initiative kulturelle Integration legt die Neufassung ihrer »15 Thesen für Zusammenhalt in Vielfalt« vor. [Seite 3](#)

Analoge Spiele

Brettspielend demokratiefähig werden: Das gemeinsame Spielen ist kulturelle Praxis und kann auch ein politischer Akt sein. [Seite 4](#)

Indigene Stimmen

Raus aus der kulturellen Unsichtbarkeit: Wie können indigene Kulturschaffende mehr Raum und Unterstützung erhalten? [Seite 10](#)

Medien

Die Länder wollen in einem Reformmedienstaatsvertrag Ideen für den Umbau des öffentlich-rechtlichen Systems zusammenführen. [Seite 12](#)

Grau

Meine politische Lieblingsfarbe ist Grau, nicht Weiß, nicht Schwarz, sondern ein schillerndes Grau mit vielen Nuancen. Fast nie sind politische Entscheidungen so eindeutig, wie uns die Politik es gerne weismachen will. Schon gar nicht sind politische Entscheidungen »alternativlos«.

In den letzten Jahren, beschleunigt in der Zeit der Pandemie, hat sich ein Schwarz-Weiß-Denken in der Politik, aber auch in der Gesellschaft breitgemacht, das jetzt an den Grundfesten der Demokratie rüttelt.

Größter Profiteur dieser Entwicklung ist die extreme Rechte in unserem Land. Dass in Deutschland eine politische Kraft von der Massendeportation von Menschen mit Migrationsgeschichte schwadroniert, zeigt, dass das Schwarz-Weiß-Denken das Undenkbare wieder denkbar gemacht hat.

Doch nicht nur der rechtsextreme Rand hat sich das Verschwinden des Grau in der Politik zu eigen gemacht. Auch in der alltäglichen Arbeit mit manchen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung zeigt sich das Schwarz-Weiß-Denken deutlich.

Kleinste Kritik an der Arbeit wird nicht akzeptiert. Entweder, du bist mein Freund und findest alles gut, was ich mache, oder du bist mein Feind. Grautöne? Fehl-anzeige!

Doch nicht nur in der Politik, auch in Verbänden und Organisationen wird oftmals das Schwarz oder Weiß dem Grau vorgezogen. Wer sich mit seinem Vorschlag nicht hundertprozentig durchsetzt, ist bitter enttäuscht. Wer die unterschiedlichen Facetten und Perspektiven eines Problems aufzeigt, ist uneindeutig.

Jetzt stehen wir vor einem schicksalhaften Wahljahr: die Europawahl, neun Kommunalwahlen und drei Landtagswahlen. Wir müssen uns gemeinsam der extremen Rechten entgegenstellen.

Das wird aber nicht gelingen, wenn wir die Fragen der Menschen, auch derer, die die AfD wählen wollen, nicht ernst nehmen. Dazu gehört, einzugestehen, dass es eben keine einfachen Schwarz-Weiß-Antworten gibt. Politik ist die wergeleitete Gestaltung des Gemeinwesens. Sie muss in ihrer Komplexität permanent erläutert und der Kompromiss als etwas Positives dargestellt werden.

Der größte Feind zur Darstellung der Komplexität von Politik sind in unseren Tagen die sozialen Medien. Sie haben das Schwarz-Weiß-Denken zum Prinzip gemacht.

Lassen Sie uns trotzdem gemeinsam versuchen, wieder mehr Grau in unsere politische Arbeit zu bringen.

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer
des Deutschen
Kulturrates und
Herausgeber von
Politik & Kultur



Lass mal reden!

Deutsche Sprache & Sprachkultur. Seiten 15 bis 26

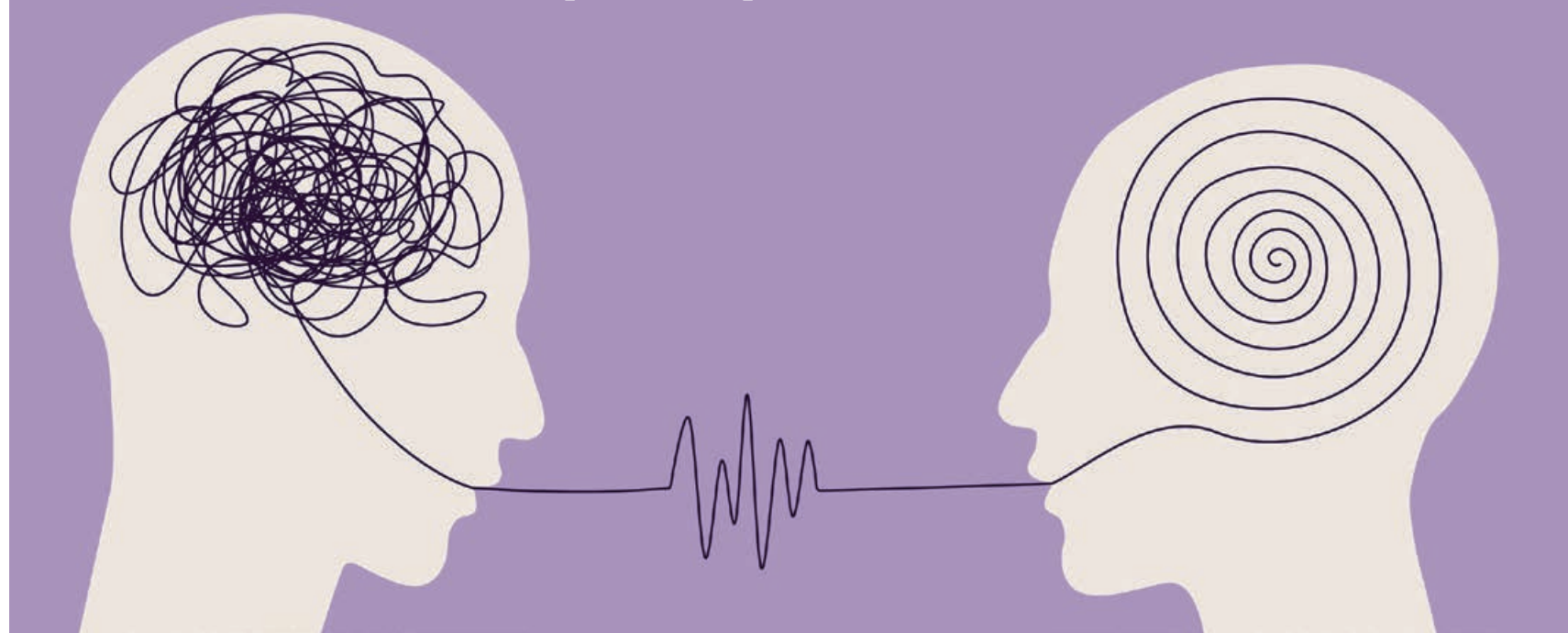


FOTO: ADOBESTOCK/ MONIKA

Die Freiheit der Künste sichern

Rechte Angriffe auf die Kultur und der Wunsch nach einem Bekenntnis

CARSTEN BROSDA

In vielen Debatten geht es derzeit aufgeregt ans Eingemachte. Die Krisen und Konflikte in unserer Gesellschaft haben sich mittlerweile so weit in die soziale Struktur unseres Zusammenlebens hineingefressen, dass sie längst bis an den sozialen Zusammenhalt und an kulturelle Sinnfragen heranreichen. Und wie so oft, wenn es grundsätzlich wird, droht die Gefahr, dass in guter Absicht unkluge Entscheidungen getroffen werden.

Die Künste sind ja immer ein Schauplatz erbitterter Deutungskämpfe. Und doch droht hier eine qualitative Veränderung, seit die extreme Rechte den Kampf um die kulturelle Hegemonie im Land viel grundsätzlicher aufgenommen hat. Rechtspopulisten und -extreme arbeiten konsequent daran, kulturelle Koordinaten zu verschieben. Kunst ist für sie kein freier Raum der ästhetischen Positionierung und diskursiven Auseinandersetzung, sondern eine strategische Ressource für politisches Handeln. Sie streben eine »Kulturrevolution von rechts« (Alain de Benoist) an und wollen mithilfe einer sinnstiftenden Erzählung kulturelle Hegemonie erlangen.

Angesichts dessen ist es kein Wunder, dass der Druck auf die Kultur wächst. Schon vor mehr als fünf Jahren veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung eine Recherche zu rechten Aktionen gegen die Künste. Das Bündnis »Die Vielen« organisierte damals als Reaktion auf die Übergriffe übergreifende Solidarität zwischen den Kulturinstitutionen. Aber falls bei den anstehenden Kommunalwahlen rechtspopulistische und rechtsextreme Politikerinnen und Politiker an die Macht kommen und in der Folge lokale Kulturetats und -einrichtungen gestalten, wird das die Lage abermals verändern.

Es braucht nicht viel Fantasie, um sich auszumalen, dass sie diese Gelegenheit nutzen werden, um mit inhaltlichen Vorgaben in die Freiheit der Künste einzugreifen, um beispielsweise Bekenntnisse zu einer vermeintlichen Leitkultur zu verlangen. Im Programm zur letzten Bundestagswahl schrieb die AfD, dass die staatliche Kulturförderung nicht dazu missbraucht werden dürfe, die politische Willensbildung

zu beeinflussen. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt forderte sie, dass Museen und Theater einen »positiven Bezug zur eigenen Heimat« zu befördern hätten. Öffentlich geförderte künstlerische Programme sollen sich demnach nicht mehr in aktuelle Debatten und Diskurse einmischen, sondern vorgegebene Traditions- und Wertebestände vermitteln.

Was das heißt, hat die AfD-Bundestagsfraktion Anfang 2023 verdeutlicht, als sie die Bundesregierung unter anderem aufforderte, »die aktuelle Reduktion kultureller Identität auf eine Schuld- und Schamkultur, die die Regierungspolitik und weite Teile der öffentlichen Meinung dominiert, durch positive Bezugspunkte kultureller Identität zu korrigieren, um die aktive Aneignung kultureller Traditionen und identitätsstiftender Werte wieder in den Vordergrund zu rücken«. In solchen reaktionären Positionierungen haben kulturelle Angebote bloß noch die Aufgabe, völkische Werte und Gesellschaftsvorstellungen zu verbreiten.

Rechtspopulisten und Rechtsextreme arbeiten konsequent daran, kulturelle Koordinaten zu verschieben

Es wird höchste Zeit, dass die freiheitlichen und demokratischen Kräfte diese Herausforderung annehmen. Nicht indem sie bloß abwehrend erklären, warum die Vorstellungen der Rechtspopulisten und -extremen falsch sind, sondern indem sie die Freiheit der Künste und deren positive Kraft selbst zum Thema machen. Es lohnt, noch einmal die Rede zu lesen, in der Heinrich Böll bereits 1966 anlässlich der Eröffnung des Wuppertaler Schauspielhauses die Konsequenzen freier Kunst ausgelotet hat. »Kunst«, so sagte der Schriftsteller damals, »ist Freiheit; es kann ihr einer die Freiheit nehmen, sich zu zeigen – Freiheit geben, kann ihr keiner; kein Staat, keine Stadt, keine

Gesellschaft kann sich etwas darauf einbilden, ihr das zu geben oder gegeben zu haben, was sie von Natur aus ist: frei.« Böll zog daraus eine klare Konsequenz: »Die Kunst muss zu weit gehen, um herauszufinden, wie weit sie gehen darf.«

Wer diese Bestimmung der immanenten Freiheit der Kunst ernst nimmt, weiß, wie sich die Künste gegen Instrumentalisierungsversuche von rechts verteidigen lassen. Und zwar, indem sie ausdrücklich nicht als gesellschaftlicher Kitt verstanden werden. Sie können nicht zusammenhalten, was kulturell, sozial oder politisch zerrissen ist. Aber künstlerische Arbeiten können vehement darauf aufmerksam machen, dass es wichtig ist, im Bereich des Ästhetischen und Spielerischen auch gegen allgemeine Überzeugungen zu arbeiten, sie zu testen, ihre Begründungen unter Stress zu setzen und alle herauszufordern, sich immer wieder neu über das zu verständigen, was ihnen wichtig ist.

Noch komplizierter wird die aktuelle Lage, wenn wir sehen, dass auch demokratische Kräfte regelmäßig Gefahr laufen, die Künste in den Dienst einer Sache nehmen zu wollen. Es gibt etliche Beispiele dafür, dass versucht wird, Zuwendungen an Auflagen zu knüpfen. Das ist grundsätzlich ein heikles Unterfangen. Denn natürlich ist es sinnvoll, dass die öffentliche Hand technische Hinweise z. B. zur Nachhaltigkeit von Produktionsprozessen formuliert. Aber es wäre kaum aushaltbar, wenn sie wünschenswerte Themen, Positionen oder gar inhaltliche Setzungen in der künstlerischen Arbeit quasi bestellen würde.

Doch genau das passiert zunehmend. Zweifelloso aus guter Absicht heraus, aber deshalb noch längst nicht ohne problematische Folgen. Ein Katalysator dieser Entwicklung ist das öffentliche Entsetzen über den Terrorangriff der Hamas auf Jüdinnen und Juden in Israel am 7. Oktober und noch mehr über die hiesigen Reaktionen darauf. Das öffentliche Wiederaufflammen des niemals verschwundenen [Fortsetzung auf Seite 2](#)

Nr. 02/24
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Grau	
Olaf Zimmermann	01

LEITARTIKEL

Die Freiheit der Künste sichern	
Carsten Brosda	01

SEITE 2

Politik & Kultur-Mensch: Theresa Brüheim	
	02

AKTUELLES

Lebendige Demokratie: Für Zusammenhalt in Vielfalt	
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	03

INLAND

Spielkultur: Brettspielend demokratiefähig werden	
Christian Beiersdorf, Daniel Bernsen und Lukas Boch	04

Die Bonner Friedhofslandschaft mit dem Alten Friedhof: Lebendiges Geschichtsbuch	
Tobias Pehle	05

Wie sollen Kirchen in Zukunft genutzt werden?	
Fünf Fragen an Catharina Hasenclever	06

BioMenta: Kultur und Nachhaltigkeit einmal groß gedacht	
Günther Bachmann	06

Das kulturelle Erbe im Klimawandel	
Alexandra Kruse, Marie Baudis und Constanze Fuhrmann	07

»Keine andere Familie hat über so viele Generationen deutsche Geschichte geprägt«	
Thomas Lackmann im Gespräch	08

EUROPA

Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende in Europa: Prekarität bekämpfen	
Barbara Gessler	09

Frankreichs »Banlieues«: Die Kultur der Vorstädte	
Klaus-Dieter Lehmann	09

INTERNATIONALES

Die Filmemacherin Graci Guarani: Die Unsichtbarkeit indigener Stimmen	
Yvonne de Andrés	10

Baukultur in Usbekistan: Gleichgewicht zwischen Kommerz und Kultur	
Gayane Umerova im Gespräch	11

MEDIEN

ÖRR: Mehr Gemeinsames statt mehrfachem Aufwand	
Helmut Hartung	12

KULTURELLES LEBEN

Nele Pollatschek im Porträt: Der Roman als Seelenkost	
Andreas Kolb	13

Claussens Kulturkanzel: Was ist jetzt zu tun? – Vor den Wahlen in Ostdeutschland	
Johann Hinrich Claussen	13

Personen & Rezensionen	14

SPRACHKULTUR

Über den Zugang zur Welt – Sprache: Mehr als Worte	
Olaf Zimmermann	15

Die (gefühlte) kürzeste Geschichte der deutschen Sprache: Deutsch im Wandel	
Stefan Hartmann	16

Beschreibung und Verlauf: Frühkindliche Sprachentwicklung	
Gisela Szagun	17

Zu den Bildern	17

Den Menschen im Blick	
Anja Katschner im Gespräch	18

Im Getriebe der Weltliteratur	
Patricia Klobusiczky	19

Was steht im Duden?	
Vier Fragen an Kathrin Kunkel-Razum	19

Die sprachpolitischen Positionen im Grundsatzprogramm der AfD: Die Renaissance der Sprachpolitik	
Henning Lobin	20

»Jedes Land hat eine eigene Gebärdensprache«	
Markus Meincke im Gespräch	21

Leichte und Einfache Sprache: Die Abkehr vom Elfenbeinturm	
Anja Dworski	22

Mehrsprachigkeit in Deutschland: Sprachliche Bildung neu denken	
Till Woerfel	22

Jugendsprachen: Spiegel der Zeit	
Eva Neuland	23

Anglizismen: Bedrohung oder Bereicherung?	
Karin Pittner	23

Geschlechtersensibler Sprachgebrauch und Gesellschaft: Wer ändert Sprache?	
Horst J. Simon	24

»Auch ChatGPT beherrscht Esperanto«	
Vier Fragen an Martin Haase	24

Dialekte: Sprachliche Vielfalt	
Mechthild Habermann	25

Diskriminierung gehört für viele zum täglichen Leben	
Eduard Werner	26

Neue historische Aspekte durch Oral History: Die mündliche Weitergabe von Geschichte	
Agnès Arp	26

DOKUMENTATION

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates	27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss	
Theo Geißler	28

Lawrows Träume	28

Karikatur	28

Impressum	28

DER AUSBLICK

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. März 2024.	
Im Fokus steht das Thema »Sexualisierte Gewalt im Kulturbetrieb«.	

Fortsetzung von Seite 1

Antisemitismus in unserer Gesellschaft fordert uns in der Tat heraus, noch engagierter aktiv zu werden, um eine Gesellschaft, in der wir ohne Angst verschieden sein können, auch für alle zu sichern. Doch nicht wenige auch im kulturellen Leben brauchten nach dem 7. Oktober lange (sicherlich auch zu lange), um entsprechend zu reagieren. Die Künste gerieten bei manchen gar unter den Generalverdacht, antisemitischen Narrativen Vorschub zu leisten.

In der Folge beginnen Kulturverwaltungen nun, konkrete Bekenntnisse zur Grundlage positiver Förderentscheidungen zu machen. Sie versuchen so, einen gewünschten politischen Konsens zu festigen. Bei aller inhaltlichen Zustimmung kann man nur hoffen, dass die potenziellen Folgen solcher Entscheidungen gründlich bedacht werden. Denn auch wer in guter Absicht – dem berechtigten Kampf gegen den Antisemitismus – mit einem konstitutiven Prinzip (der Kunstfreiheit) bricht, bricht am Ende das Prinzip. Und das bleibt auf der grundsätzlichen Ebene nicht ohne Konsequenzen, sondern nimmt den Verteidigern freiheitlicher Kunst die Möglichkeit, künftige vielleicht weniger guten Absichten folgende Eingriffe öffentlich zu kritisieren.



FOTO: HERNANDEZ FÜR BEHÖRDE FÜR KULTUR UND MEDIEN

Wenn die Verwaltung über die geltende Gesetzeslage hinaus in Zuwendungsbescheiden nun auch konkrete politisch-inhaltliche Vorgaben formuliert, die öffentlich geförderte Kunstproduktion zu bestimmten Bekenntnissen verpflichten, dann stößt diese Praxis nämlich eine Tür auf, durch die rechtspopulistische und rechtsextreme Kulturpolitiker nur allzu bereitwillig gehen werden – dann allerdings mit Vorgaben, die wir inhaltlich nicht mehr begrüßen würden. Gleiches gilt übrigens auch für rechtlich nicht bindende, sondern lediglich auffordernde und ermunternde Beschlüsse von Parlamenten oder Ministerkonferenzen, die ebenfalls einen Bereich auszufüllen versuchen, den wir in der Vergangenheit klugerweise der Verantwortung der frei arbeitenden Künste und der öffentlichen Debatte überlassen haben.

Während wir hier lange Zeit keine politischen Vorgaben gemacht haben, sondern öffentlich über richtig und falsch, über wahr und unwahr diskutiert und gestritten haben, soll jetzt ein wünschenswerter Stand der Erkenntnis vorab zur Spielregel gemacht werden. Es hat Folgen, wenn die notwendigen Regeln nicht mehr nur die Verfahren der öffentlichen Debatte, sondern zunehmend auch deren Inhalte normieren. Denn dann, so jüngst der Direktor des Leibniz-Instituts für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Wolfgang Schulz, müsse man sich bewusst machen, »dass man hier die Ebene der kommunikativen Auseinandersetzung verlässt«.

Gesellschaftliche Konflikte lassen sich erfahrungsgemäß nicht durch Vorgaben beenden. Dadurch verändert niemand seine Meinung. Wer einen Konsens verbreitern und festigen will, braucht Diskurse und kommunikative Auseinandersetzung. Wir müssen uns öffentlich und diskursiv einlassen – auch und gerade auf die Inhalte künstlerischer Produktionen. Wenn es denen nämlich gelingt, uns in unseren Gewissheiten zu erschüttern, auch

indem sie im Sinne Bölls mal zu weit gehen, hätten wir einiges zu gewinnen. Dann könnten wir nämlich mal wieder in der Sache streiten und nicht nur darüber, wer das Recht hat, welche Position in der Öffentlichkeit zu beziehen.

Wenn jetzt betont wird, dass die Kunst nicht regellos sei, dann stimmt das. Klare und transparente Regeln für den Umgang mit offensichtlich antisemitischen, rassistischen oder generell gruppenbezogen menschenfeindlichen Anträgen und Projekten sind sinnvoll. Gerade wenn es sich noch nicht um Fälle für das Strafrecht und die Gerichte handelt, braucht es transparente Maßstäbe. Bekenntnisse zu vorgegebenen Definitionen helfen hier nicht weiter. Diese Normen sollten von den geförderten Einrichtungen und Projekten aus ihrer künstlerischen Programmverantwortung heraus selbst erarbeitet und öffentlich zur Debatte gestellt werden. Daran wird aktuell auch vor dem Hintergrund des Fiaskos bei der documenta 15 vielerorts gearbeitet.

Wenn wir die dazu notwendige kulturpolitische Contenance nicht zu wahren wissen und jetzt staatlich vorsehen, werden wir in ein paar Monaten dastehen wie Goethes Zauberlehrling. Der wird schließlich der in guter Absicht entfesselten Kräfte nicht mehr Herr und muss am Ende seinen Meister rufen: »Herr, die Not ist groß! / Die ich rief, die Geister / Wird' ich nun nicht los.« In der Ballade aber geht es nur um einen nassen Fußboden. Wir haben dafür zu sorgen, dass das Fundament unserer Verfassung nicht durch bloß gute Absichten aufgeweicht wird. Wir brauchen festen Grund, wenn wir die inhaltlichen Übergriffe vom rechten Rand abwehren und die Freiheit der Künste sichern wollen.

Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien in Hamburg, Präsident des Deutschen Bühnenvereins und Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie

Politik & Kultur-Mensch Theresa Brüheim



FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT / JULE ROEHR



»Akribisch« ist eines der Worte, die zum festen Wortschatz von Theresa Brüheim gehören. Akribisch genau muss die Politik & Kultur vor dem Druck Kontrolle gelesen werden, akribisch nach Fehlern gesucht und akribisch alle Korrekturen umgesetzt sowie überprüft werden. Nach acht Jahren beim Deutschen Kulturrat scheidet Theresa Brüheim leider am 31. Januar aus. Diese Ausgabe von Politik & Kultur ist die letzte, die sie als Chefin vom Dienst betreut hat.

Nach einem ersten Praktikum beim Deutschen Kulturrat im Jahr 2013 wendete sie sich verstärkt der Auswärtigen

Kultur- und Bildungspolitik zu. Ein Semester führte sie an die deutsche Botschaft in London und in ihrer Masterarbeit verband sie ihr Interesse an Kommunikation und Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik. Mit frisch gebacktem Masterabschluss kehrte Theresa Brüheim im Jahr 2015 zum Deutschen Kulturrat zurück.

Sie entwickelte die Website des Deutschen Kulturrates, die 2016 online ging, sorgte dafür, dass der Deutsche Kulturrat in den sozialen Medien präsent wurde, schrieb Beiträge, führte Interviews und wurde schließlich

Chefin vom Dienst von Politik & Kultur. In dieser Zeit ging unter ihrer Verantwortung Politik & Kultur auch mit einer eigenen Webseite online.

Theresa Brüheim hat die Kommunikation des Deutschen Kulturrates und die Zeitung Politik & Kultur entscheidend mitgeprägt. Immer sehr zielstrebig und hartnäckig im Dienst der Sache.

Ab dem 1. Februar 2024 wird Theresa Brüheim beim Institut für Auslandsbeziehungen (Ifa) Stellvertretende Pressesprecherin und Referentin für politische Kommunikation. Alles Gute und vor allem: Auf Wiedersehen!



Eindrücke von der Übergabe der 15 Thesen im Bundeskanzleramt

FOTOS: DEUTSCHER KULTURRAT / JULE ROEHR

Lebendige Demokratie: Für Zusammenhalt in Vielfalt

Das Engagement der wachen Zivilgesellschaft

OLAF ZIMMERMANN &
GABRIELE SCHULZ

In den Tagen vor Redaktionsschluss fanden in zahlreichen großen, aber auch in vielen kleinen Städten Demonstrationen für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus statt. Auslöser der Proteste war eine Recherche von Correctiv über ein Treffen von Rechtsextremen und Identitären in Potsdam, an dem auch AfD-Mitglieder teilgenommen haben. Bei diesem Treffen soll, so die Berichte von Correctiv, darüber gesprochen worden sein, dass Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte Deutschland verlassen sollten. Als Begriff hierfür wird »Remigration« verwandt, und drei Gruppen werden in den Blick genommen: Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht und »nicht assimilierte Staatsbürger«, also Deutsche.

Die Recherchen von Correctiv brachten das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen. Innerhalb kürzester Zeit organisierten Bürgerinnen und Bürger sowie unterschiedliche Organisationen Demonstrationen und meldeten diese an. Die Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern war so überwältigend, dass beispielsweise in Hamburg am 20. Januar und in München am 21. Januar die Demonstrationen vorzeitig beendet werden mussten, weil so viele anwesend waren und noch kommen wollten, dass die Orte viel zu klein waren.

Das ist ein beeindruckendes Zeichen einer lebendigen Demokratie, und es ist ein klares Signal, dass die Bürgerinnen und Bürger zu einer vielfältigen Gesellschaft stehen. Verschiedene Unternehmen machen unmissverständlich klar, dass sie nicht nur für Vielfalt einstehen und daher Remigrationspläne entschieden ablehnen, sondern vielmehr um Zuwandererinnen und Zuwanderer aus

der EU und aus Drittstaaten werben. Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen beziehen klar Stellung für die Vielfalt in unserer Gesellschaft. Die Vorsitzenden der im DGB zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften haben in einem gemeinsamen Video-Statement wenige Tage vor den Demonstrationen des Wochenendes 20. und 21. Januar unterstrichen, wie wichtig das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft ist.

Das alles zeigt die wache Zivilgesellschaft, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Religionsgemeinschaften, Sozialpartner und vieler anderer.

Bereits seit 2016 gibt es die Initiative kulturelle Integration, in der unter der Moderation des Deutschen Kulturrates vier Bundesministerien (Bundesministerium des Innern und für Heimat, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), die Kulturministerkonferenz, die kommunalen Spitzenverbände, die Sozialpartner, die Medien, die Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie die Zivilgesellschaft einschließlich Migrant*innenorganisationen zusammenarbeiten. Im Jahr 2017 haben die 28 Mitglieder der Initiative kulturelle Integration 15 Thesen »Zusammenhalt in Vielfalt« vorgelegt. Sie bilden seither die Referenz für Tagungen, Wettbewerbe und anderes mehr.

Im Jahr 2023 wurden die Thesen von den Mitgliedern der Initiative kulturelle Integration einer gründlichen Revision unterzogen. War die erste Fassung vor allem von dem Impetus getragen, angesichts der Ankunft vieler Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 das Bild einer solidarischen Gesellschaft zu zeichnen,

die auf die Kraft der Integration vertrauen kann, geht es jetzt darum, die Demokratie als solche in den Mittelpunkt zu rücken. In These 3 »Die parlamentarische Demokratie lebt durch Engagement und Respekt vor Entscheidungen« lautet der erste Satz »Die parlamentarische Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit«. Dieser Satz unterstreicht, dass Demokratie kein Wohlfühlprogramm ist, in dem der Staat als Dienstleister auftritt, der mehr oder weniger gut seine Arbeit macht. Nein, die Demokratie ist auf die Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die sich engagieren in Vereinen, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Gewerkschaften, in Arbeitgeberorganisationen, in den Parteien, in den Ortsräten und Kommunalparlamenten und anderen Orten mehr – auch im Kultursektor. Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung übernehmen und unser Gemeinwesen gestalten. Die erwähnte These 3 endet mit dem Satz »Die parlamentarische Demokratie lebt vom Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte für die Gesellschaft von heute und morgen«. Dieser Satz drückt aus, dass es in der Demokratie auch mal ungemütlich werden kann, es aber immer um den Respekt voreinander geht. In These 2 »Debatten- und Streitkultur zeichnet die Demokratie aus« formuliert die Initiative kulturelle Integration darum auch unmissverständlich: »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus, Rassismus und alle anderen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung gefährden die Grundlagen der demokratischen Kultur. Sie haben in einer freiheitlichen Demokratie keinen Platz. Wer gegen Menschen hetzt oder gar Gewalt anwendet, muss mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.« Klare Worte, die hier gemeinsam im demokratischen Diskurs lebhaft, streitbar, aber immer konsensorientiert formuliert wurden.

An vielen Stellen und Orten wird für Zusammenhalt in Vielfalt eingetreten. Die Demonstrationen der letzten Tage sind ein Signal, dass dies nicht nur auf dem Papier formuliert, sondern von den Bürgern gelebt wird

Am 18. Dezember trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Initiative kulturelle Integration auf Einladung von Kulturstatsministerin Claudia Roth im Bundeskanzleramt. Sie brachten zum einen zum Ausdruck, wie sie in ihren eigenen Institutionen sich für Demokratie und Zusammenhalt in Vielfalt einsetzen. Zum anderen wurden offene Fragen und Wunden wie z. B. die oftmals fehlende Bereitschaft, sich im lokalen Kontext politisch zu engagieren, oder auch die Bedrängung von ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern in den Gemeinden angesprochen. Es wurde deutlich, an vielen Stellen und Orten wird für Zusammenhalt in Vielfalt eingetreten. Die Demonstrationen der letzten Tage sind ein Signal, dass dies nicht nur auf dem Papier formuliert, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern gelebt wird. Am 18. Dezember konnten die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration ihre 15 Thesen »Zusammenhalt in Vielfalt« Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt überreichen, der den erkrankten Bundeskanzler vertrat.

Die Mitglieder sind mit der gegenseitigen Zusage auseinandergegangen, sich weiterhin gemeinsam für die lebendige Demokratie und den Zusammenhalt in Vielfalt einzusetzen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Sprecher der Initiative kulturelle Integration. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

MEHR DAZU

Die 15 Thesen »Zusammenhalt in Vielfalt« finden Sie unter kulturrat.de/neufassung-der-15-thesen-zusammenhalt-in-vielfalt

Brettspielend demokratiefähig werden

Über die Potenziale unserer analogen Spielkultur

CHRISTIAN BEIERSDORF,
DANIEL BERNSEN &
LUKAS BOCH

Der Markt für Brettspiele in Deutschland wächst kontinuierlich. 193.000 Spielbegeisterte aus der ganzen Welt besuchten 2023 die Messe SPIEL in Essen. Der Kritikerpreis »Spiel des Jahres« ist weltweit ein Prädikat für ausgezeichnete Titel. Jährlich werden ca. zwei Millionen Spiele in öffentlichen Bibliotheken ausgeliehen. Es gibt kaum einen Haushalt, der nicht zumindest ein paar Brett- und Kartenspiele besitzt. Insgesamt bietet das Medium Spiel ein breites inhaltliches Spektrum. So erschienen im September und Dezember 2023 zwei lange Artikel zu Spielen mit gesellschaftspolitischen Themen in der Süddeutschen Zeitung (SZ). Ein guter Anlass, die Rolle von analogen Spielen in unserer Gesellschaft in Bezug auf die Entwicklung demokratischer Kompetenzen näher zu beleuchten.

Denn Brettspiele entstehen nicht in einem kulturellen Vakuum. Wer Spiele entwickelt, gestaltet und veröffentlicht, ist stets beeinflusst von den jeweiligen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die in analogen Spielen zu findenden Thesen und Themen wirken zurück in die Gesellschaft und leisten dadurch einen Beitrag zu gesellschaftlichen Diskussionen. Für Romane und Filme ist dies nichts Neues, und in letzter Zeit wurde dieser Umstand in Bezug auf digitale Spiele herausgearbeitet. Die zwei Beispiele aus der SZ zeigen in hervorragender Weise, wie auch in Brettspielen politische Themen verhandelt werden.

»Weimar – Der Kampf um die Demokratie«

Wie schnell unsere Gesellschaft von demokratiefeindlichen Kräften bedroht werden kann, lehrt uns unsere Geschichte. Das Spiel »Weimar – Der Kampf um die Demokratie« von Matthias Cramer lässt die Spielenden in die Zeit der ersten deutschen Republik reisen. Sie schlüpfen in die Rolle von Parteien und müssen ihre jeweiligen Interessen vertreten. Die NSDAP ist hier eine ständige Bedrohung, die das Spiel zu einem frühzeitigen Ende kommen lassen kann. Daniel Wüllners Fazit in der SZ: »Es ist ein System, das politische Zusammenhänge spielerisch erfahrbar macht.« Damit spricht er einen zentralen Punkt an. Brettspiele lassen die Spielenden zu Handelnden in einer Spielwelt werden, die immer auch Bezug zur Realität hat. Im Gegensatz zu anderen Medien wie Filmen oder Romanen können die Spielenden hier eine eigene Wirkmächtigkeit erfahren. Das geschieht dabei nicht allein, sondern mit anderen Menschen an einem Tisch.

»e-Mission« – gemeinsam gegen den Klimawandel

Die Themen Umwelt und Ökologie waren schon in den 1980er Jahren in Spielen präsent, hier allerdings vor allem im Zuge von aktivistischen Projekten. In den letzten Jahren tauchen die Themen Natur und Umweltschutz vermehrt in Titeln für ein breites Publikum auf. Ein besonders herausragendes Beispiel ist »e-Mission«. Das kooperative Brettspiel von Matt Leacock und Matteo Menapace lässt uns zusammen gegen die Erderwärmung antreten. Hierbei müssen wir nicht

nur die Produktion grüner Energie erhöhen, sondern auch die der fossilen Energie senken und dafür sorgen, dass Wälder und Meere genug CO2 binden. Das Spiel macht durch seine Regelsysteme deutlich, dass ein Kampf gegen die reale Gefahr des menschengemachten Klimawandels nur gemeinsam gelingen kann, und vermittelt gleichzeitig ein Verständnis für mögliche Lösungsansätze und Handlungsoptionen im wirklichen Leben.

Gemeinsam spielen als kulturelle Praxis und politischer Akt

In der Welt des Spiels zeigen sich die Kompetenzen der Spielenden in der Art, wie sie am Spieltisch agieren und reagieren. Die Fähigkeit, Regeln unter

anderem Regeln zu verstehen und zu akzeptieren, die durch die Regeln gesetzten »Spielräume« zu nutzen sowie ggf. einzelne Regeln zu hinterfragen und durch gemeinsam vereinbarte, sogenannte »Hausregeln«, anzupassen. Diese aktive Auseinandersetzung mit Regeln fördert demokratisches Denken.

Das gemeinsame Erarbeiten von bestehenden Regeln, das Aushandeln von Unklarheiten und das Treffen von Vereinbarungen spiegeln demokratische Prozesse wider. Dabei muss man sich darauf verlassen können, dass alle Spielenden diese Regeln akzeptieren und sich an diese halten.

Kooperative Spiele verstärken dieses Erleben, indem sie durch gemeinschaftliche Entscheidungen alternative Spielverläufe ermöglichen. In der

Prozesse simulieren und erlebbar machen. Das gemeinsame Spielen analoger Spiele ist daher weit mehr als nur Unterhaltung. Es fördert Demokratiefähigkeit, schafft ein Bewusstsein für Regelstrukturen und ermöglicht den unmittelbaren Austausch zwischen verschiedenen Individuen. In einer Zeit, in der unsere Demokratie verteidigt werden muss, ist gemeinsames Spielen daher nicht nur eine kulturelle Praxis, sondern kann auch als politischer Akt betrachtet werden.

Praktische Konsequenzen

Trotz dieser Erkenntnisse über die förderliche Rolle analoger Spiele für demokratische Kompetenzen fehlen vielfach praktische Konsequenzen in der gesellschaftlichen Praxis.

Beispielsweise wird das Projekt »Spielen macht Schule« von allen 16 Kultusministerien und der Spielwarenbranche unterstützt, bei dem sich Grundschulen um die Ausstattung eines Spielzimmers bewerben können. Aber es mangelt an dem systematischen Einsatz in allen Bildungseinrichtungen sowie an einer

den gerade verlängerten Kulturpass auf den Kauf von analogen Spielen zu erweitern.

Im Bereich der Wissenschaft zeigen Projekte wie »Empamos« an der TH Nürnberg oder »Boardgame Historian« das ungenutzte Potenzial, das in der Erforschung analoger Spiele – auch in Bezug auf ihre aktuellen Anwendungsmöglichkeiten – steckt. Doch im Gegensatz zu über 80 digitalen Games-Studiengängen gibt es kein institutionalisiertes Angebot für analoge Spiele an deutschen Hochschulen.

Ein weiteres Element könnte die Einbindung der ca. 160 deutschen Verlage für analoge Spiele in das Cluster der Kultur- und Kreativwirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sein, um die Basis dieses Kulturguts – inklusive deren Urheber – stärker ins Blickfeld von Fördermaßnahmen zu rücken.

Analoge Spiele werden in ihrer gesellschaftlichen Funktion und trotz ihrer wachsenden Bedeutung nach wie vor kaum in Politik und Kultur wahrgenommen. Neben der nicht vorhandenen institutionalisierten Förderung fehlt es



Im Spiel »Weimar – Der Kampf um die Demokratie« von Matthias Cramer übernimmt jede Person eine Partei aus der Weimarer Republik und vertritt dessen Interesse

Berücksichtigung der jeweiligen Spielsituation zu beachten und umzusetzen, erfordert geistige Flexibilität. Individuelle Ausgangslagen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Kompetenzen müssen entwickelt und gelernt werden: Genau hier liegt die Brücke zur Demokratiefähigkeit.

Demokratiefähigkeit meint die Fähigkeit, demokratische Prinzipien zu verstehen, zu akzeptieren und in der Praxis umzusetzen. Grundlegende Werte und Prinzipien müssen bekannt sein und anerkannt werden. Die Förderung von Demokratiefähigkeit erstreckt sich über verschiedene Ebenen, von Bildung, Partizipation und Stärkung der Zivilgesellschaft bis zur Entwicklung von Medienkompetenz.

Analoge Spiele fördern Demokratiefähigkeit in einzigartiger Weise: Wer Brett- oder Kartenspiele spielt, lernt

Spielgruppe, auf Augenhöhe am Tisch, spielen Hierarchien keine Rolle. Das unmittelbare Miteinander fördert Empathie und die Fähigkeit zur Aushandlung von Sanktionen bei Regelverletzungen. Spielen eröffnet Räume, in denen man lernen kann, mit den unterschiedlichsten Reaktions- und Verhaltensweisen der Mitspielenden umzugehen.

Analoge Spiele haben darüber hinaus eine integrative Kraft, die Menschen unterschiedlicher Herkunft, Generationen, Schichten und Interessen an einem Tisch zusammenbringt. Analoges Spielen fördert daher nicht nur Kompetenzen, sondern auch den Austausch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen – eine entscheidende Voraussetzung für eine gelingende Demokratie. In diesem Kontext zeigen »Weimar« und »e-Mission« beispielhaft, wie moderne Brettspiele komplexe demokratische

umfassenden öffentlichen Förderung. Die Stärkung öffentlicher Bibliotheken als »Dritte Orte« mit Sonntagsöffnung ist im Koalitionsvertrag festgehalten. Auch hier können analoge Spiele eine integrative Rolle bei der Vermittlung demokratischer Kompetenzen spielen.

Im Februar 2023 erschien die Studie »Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland« im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«. Dort heißt es: »Besonders einsame junge Menschen neigen dazu, antidemokratische Einstellungen zu entwickeln.« Bibliotheken, soziokulturelle Zentren, Schulen und private Initiativen bieten dabei Räume und vielfache Ansatzpunkte für eine Förderung durch Bund, Länder und Kommunen. In diesem Zusammenhang würde es sich anbieten,

auch an einer gemeinsamen Stimme, die wirksam für dieses Kulturgut eintritt und dessen gesellschaftliches Potenzial aufzeigt. Eine noch zu gründende »Stiftung Analoge Spielkultur« könnte dafür ihren Beitrag leisten und damit auch die Demokratie in unserem Land stärken.

Christian Beiersdorf ist Referent für Urheberthemen und politische Kommunikation bei der Spiele-Autoren-Zunft (SAZ). Daniel Bernsen ist Spieleautor und arbeitet als Oberstufenkoordinator und Lehrer für Geschichte und Spanisch an der Deutschen Schule Mexiko-Stadt West. Lukas Boch ist Historiker an der Universität Münster und promoviert über die Inszenierung des Mittelalters im modernen Brettspiel. Er ist Gründungsmitglied von Boardgame Historian

FOTO: SKELLIG GAMES

Lebendiges Geschichtsbuch

Die Bonner Friedhofslandschaft mit dem Alten Friedhof

TOBIAS PEHLE

Auf den Friedhöfen der Heimatstadt lässt sich im fortgeschrittenen Alter auf den Spuren des eigenen Lebens wandeln: Auf den Grabsteinen wecken die Namen von Verstorbenen Erinnerungen, ob an einen netten Nachbarn oder eine prägende Lehrerin, einen viel zu früh verstorbenen Freund oder einen geliebten Verwandten. Der Besuch eines solchen Friedhofs spiegelt so Stationen der eigenen Lebensgeschichte und damit auch der eigenen Identität. Was für den Einzelnen gilt, gilt auch für die Gesellschaft. Unsere Friedhöfe sind die lebendigen, sich stets selbst fortschreibenden Geschichtsbücher unserer Dörfer, unserer Städte, unseres Landes. Als geschützte Gedächtnislandschaften halten sie die Erinnerung an bedeutende Menschen und ihre Leistungen wach, spiegeln unsere Historie und bilden so Säulen unserer nationalen Identität.

Das gilt besonders für die 40 Friedhöfe in Bonn. Hier bleiben nicht nur die Namen von Persönlichkeiten der Stadtgeschichte im Gedächtnis, sondern

FRIEDHOFS-KULTUR

Friedhöfe sind Kulturrorte! Seit der Ausgabe 9/23 stellt Tobias Pehle in Politik & Kultur ausgewählte Friedhöfe vor. Sie finden die bisher erschienen Beiträge hier: politikkultur.de/autor/tobiaspehle

auch die des Landes Nordrhein-Westfalen und natürlich auch der Bundesrepublik Deutschland. Dabei sticht der Alte Friedhof in der Innenstadt als einer der bedeutendsten und sicher auch als einer der schönsten des Landes heraus.

Mit dem alten Baumbestand, den vielen steinalten Grabanlagen und den verwinkelten Wegen lädt die gut 3.000 Quadratmeter große Ruheoase förmlich zu einer historischen Entdeckungsreise ein. Das beginnt bei den zehn Grabkreuzen aus der Gründungszeit des Friedhofs zu Beginn des 18. Jahrhunderts, die rund um die bemerkenswerte, mittig gelegene Georgskapelle aufgestellt wurden. Dieser aus dem 13. Jahrhundert stammende Sakralbau des Deutschordens wurde im 19. Jahrhunderts aus dem nahe gelegenen Ramersdorf transloziert und auf dem Alten Friedhof wieder weitestgehend originalgetreu aufgebaut. Eingeweiht wurde die Kapelle dort 1850, zu einer Zeit also, als dieser Friedhof sein heutiges Gesicht erhielt. Das gilt sogar für den Baumbestand: Die riesigen Platanen rund um die Kapelle wurden vermutlich bereits 1821 gepflanzt. Und eines der beeindruckendsten Gehölze, die sogenannte »Arndt Eiche«, erinnert an einen gleichnamigen Jungen, der im Alter von neun Jahren 1834 bei einem Unglück im Rhein ertrank.

Der Blick auf die Stadtgeschichte reicht auf dem Friedhof bis in die kurfürstliche Zeit des 18. Jahrhunderts zurück. An sie erinnern hier ebenfalls aufgestellte Epitaphe wie das Gedächtnismal eines Beamten, der 1745 verstarb. Doch die Mehrzahl der sehenswerten

historischen Grabmäler stammt aus dem 19. Jahrhundert, allen voran das wohl größte und berühmteste: das Denkmal von Robert und Clara Schumann. Es wurde »dem grossen Tondichter von seinen Freunden und Verehrern« am 2. Mai 1880 errichtet, wie auf dem Sockel des von Adolf Donndorf geschaffenen Kunstwerks zu lesen ist. Die Schumanns stechen dabei aus den letzten Ruhstätten vieler weiterer Künstlerinnen und Künstler, Professorinnen und Professoren sowie anderen Geistesgrößen heraus, die hier im 19. und frühen 20. Jahrhundert beigesetzt wurden.

Aber damit endet die Zeitreise auf dem Alten Bonner Friedhof nicht – im Gegenteil, sie wird – wie auf allen Bonner Friedhöfen – erst mit der Nachkriegszeit richtig spannend. So ist beispielsweise die Bonner Stadt- und Bundesgeschichte eng mit Hermann Wandersleb verbunden, dessen Ehrengrab man hier findet. Den Bundesbeamten unter Konrad Adenauer nannte man »Bonnifacius«, den »Bonn-Macher«, weil er maßgeblich dafür sorgte, dass Bonn Bundeshauptstadt wurde. Im Schatten der Georgskapelle finden sich die Grabstätten zweier weiterer prägender Persönlichkeiten: So hat hier Mildred Scheel, die Begründerin der Deutschen Krebshilfe, ihre letzte Ruhestätte gefunden. Und nur wenige Meter entfernt findet sich das schlichte, fast unauffällige Grab von Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm.

Auch wenn nur wenige der vielen bekannten und wichtigen Persönlichkeiten, die in dieser Stadt nach 1945 Geschichte schrieben, dort auch begraben wurden, so bilden die Bonner Friedhöfe



Das Grab von Norbert Blüm auf dem Alten Friedhof in Bonn

FOTO: TOBIAS PEHLE

doch eine nationale Gedächtnislandschaft, und das nicht nur auf dem Alten Friedhof, sondern beispielsweise auch auf dem viel jüngeren Südfriedhof. Hier finden sich unter anderen die Gräber von Erich Ollenhauer, dem langjährigen SPD-Parteivorsitzenden, oder von Annemarie Renger, der ersten Präsidentin des Deutschen Bundestags.

Wenn man hierzulande von Erinnerungskultur spricht, hat man zu meist die Opfer der Schattenseite unserer Geschichte im mahnenden Blick. Das ist, wie sich gerade deutlich zeigt,

unabdingbar wichtig. Die Bonner Friedhöfe aber veranschaulichen, dass auch ein positiver Blick zurück auf die großartigen Leistungen vieler prägender Persönlichkeiten unseres Landes möglich ist – und es sicherlich der öffentlichen Erinnerungskultur gut anstünde, diese Menschen miteinzubeziehen.

Tobias Pehle ist Geschäftsführer des Kuratoriums Immaterielles Erbe Friedhofskultur, dem Partner der Deutschen UNESCO-Kommission für diese Kulturform

JETZT AM KIOSK!

oder Abo unter: www.kulturaustausch.de



Die Fassadensanierung der Nord- und Südseite der Holzkirche Elend in Sachsen-Anhalt wird durch die Stiftung KiBa gefördert

Wie sollen Kirchen in Zukunft genutzt werden?

Fünf Fragen an Catharina Hasenclever zu kirchlichen Baudenkmälern

Die Stiftung zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler wurde 1997 von der Evangelischen Kirche in Deutschland gegründet. Als gemeinnützige Förderstiftung setzt sie sich für den Erhalt evangelischer Kirchen in ganz Deutschland ein. Politik & Kultur fragt bei der Geschäftsführerin Catharina Hasenclever nach, weshalb es sich immer noch lohnt, in historische Kirchen zu investieren.

Was macht die Stiftung zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler (KiBa) genau? Welche Ziele verfolgen Sie aktuell?
Die Stiftung engagiert sich deutschlandweit für den Erhalt und die Nutzung von Kirchen. Sie fördert die historische Dorfkirche, die den Lebensmittelpunkt einer kleinen Gemeinschaft auf dem Land bildet, ebenso wie die Stadtkirche, die Ruhe und Frieden spendet, mitten im urbanen Alltag. Als gemeinnützige Förderstiftung unterstützen wir Bauvorhaben vornehmlich an »Dach und Fach« evangelischer Kirchen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Dorfkirchen in Mittel- und Ostdeutschland. Gerade angesichts zurückgehender öffentlicher und kirchlicher Mittel – bei gleichzeitig steigenden Kosten – wird eine breit aufgestellte finanzielle Unterstützung für die Gemeinden als Eigentümerinnen von Kirchbauten immer wichtiger. Seit 1999 konnte die Stiftung KiBa fast 2.000 Förderzusagen geben. Mehr als 1.600 Kirchen haben wir damit vor dem Verfall gerettet.

Neben der Fördertätigkeit hat die Stiftung KiBa natürlich auch einen Bildungsauftrag in unserer zunehmend säkularisierten Gesellschaft. Den erfüllen wir durch regelmäßige Publikationen und unsere Auftritte in den digitalen Medien: Wir berichten aus den Gemeinden, erzählen von besonderen Restaurierungsmaßnahmen oder kreativen Ideen zur Nutzung von Kirchen. Wir bündeln, veröffentlichen und verbreiten Erfahrungen und Erfolgsmodelle rund um den Kirchenerhalt. Dabei interessiert uns aktuell vor allem die vielfältige Nutzung von Kirchen möglichst quer durch die Gesellschaft. Wenn sich viele Menschen den Raum, den Kirchen bieten, für ihre jeweiligen Aktivitäten teilen, ist auch die Last der Verantwortung auf viele Schultern verteilt!

Und natürlich haben wir jetzt und in Zukunft die Frage nach dem nachhaltigen Umgang mit unseren historischen Bauwerken und der sie umgebenden Natur im Blick.

Wieso lohnt es sich, alte Kirchen zu erhalten – in einer Zeit, in der immer mehr Menschen aus der Kirche austreten?
Kirchengebäude spielen nach wie vor eine große Rolle im Leben – auch für viele Menschen, die sich der Institution nicht mehr verbunden fühlen. Kaum jemand möchte, dass die Kirche aus dem Dorf oder aus dem Stadtbild verschwindet. Das erleben wir täglich! Ob es der Respekt für den historischen Bau ist, ob es persönliche Erinnerungen sind, die Freude am Gesang im Kirchenchor oder das gemeinschaftliche Mit- und Füreinander, das sich noch immer in und um die Kirchen vollzieht – die Gründe dafür, dass Menschen an »ihren« Kirchen hängen, sie als Ankerpunkte und Heimatcheuten empfinden, sind zahlreich. Deswegen setzen sich immer wieder viele mit uns für den Erhalt der Gebäude ein. Die Frage ist jetzt, wie wir unsere Kirchen in Zukunft nutzen wollen. Wie weit wollen wir die Türen für die breite Gesellschaft mit all ihren Bedürfnissen öffnen? Was kann Kirche über den Gottesdienst hinaus an Möglichkeiten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft bieten? Oft schon haben wir erlebt, dass die Instandsetzung der Kirche vor Ort ganze Dorfgemeinschaften mit neuem Leben erfüllt.

Welche Rolle spielt die Stiftung als Akteur der Denkmalpflege?
Die Stiftung sieht sich als tatkräftige Fürsprecherin der Kirchen mit einer großen Expertise für Kirchenbau und Kirchenerhalt. Durch die Vielzahl der Projekte, die durch die Stiftung bundesweit gefördert werden, haben wir Kontakte in zahlreiche Gemeinden. Wir sehen unterschiedliche und vielseitige Restaurierungsmaßnahmen und Nutzungskonzepte. Die Stiftung KiBa hat Kontakte zu hervorragenden Architekten und spezialisierten Handwerkern. Hier laufen viele aktuelle Themen rund um den Erhalt von historischen (Kirchen-)Gebäuden zusammen und wir können über die einzelnen Landeskirchen hinaus über Best-Practice-Beispiele berichten. Mit diesen Kompetenzen ist die

Stiftung ein wichtiger Bestandteil der nationalen Denkmalpflege.

Können Sie ein aktuelles Beispiel Ihrer Arbeit anführen?
In einer Medienkooperation mit dem MDR fand im Herbst 2023 eine Fernsehshow statt, bei der Kirchengemeinden um hohe Fördersummen spielen konnten. Über einhundert Gemeinden haben sich auf eine Teilnahme beworben. Dies war schon die siebte Show dieser Art. Die Begeisterung, mit der sich die Freiwilligen für den Erhalt ihrer Kirchen einsetzen, das Engagement der Menschen – Kirchenmitglieder und solche, die es einfach für selbstverständlich halten, dass die Kirche am Ort bleiben muss – ist immer wieder überwältigend. Für mich zeigt sich in solchen Momenten konkret und offensichtlich, wie wichtig Kirchen als Räume der Orientierung, der Heimatverbundenheit, der Gemeinschaft und der Zuversicht sind. Deshalb geben unsere Spenderinnen und Spender ihre Gaben in die Hände der KiBa – so landen sie am Ende dort, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen.

Welche Unterstützung wünschen Sie sich für Ihre Arbeit? Was gilt es auch von kulturpolitischer Seite zu tun?
Unterstützung brauchen wir natürlich in erster Linie über die finanzielle Beteiligung unserer Spenderinnen und Spender. Die Stiftung kann nur die Gelder in Projekte investieren, die sie zuvor von den vielen Menschen erhalten hat, die über den eigenen Kirchturm hinausdenken und unsere Arbeit finanziell und ideell mittragen.
»Gottes Häuser« brauchen aber als bedeutendes Kulturerbe, als spirituelle Räume und als Orte der Gemeinschaft mehr denn je auch kulturpolitische Unterstützung von Bund, Ländern und Gemeinden. Hier wünschen wir uns eine größere Wertschätzung gegenüber dem historischen Erbe unserer Kirchen und die Weiterführung sowie den Ausbau von Förderprogrammen, die unbürokratisch den Erhalt von Kirchen unterstützen.

Catharina Hasenclever ist Geschäftsführerin der Stiftung zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in Deutschland

Kultur und Nachhaltigkeit einmal groß gedacht

Ein Vorschlag: BioMenta

GÜNTHER BACHMANN

In der Art, wie eine Gesellschaft sich Krisen und Chancen stellt, zeichnet sie ihr kulturelles Selbstbild. Das ist heute düster. Machtverlust des Westens, Klimakrise, Naturschwund, ungelöste Migrationsproblematik erzeugen Irrlichter aus Abstiegsgejammer und Weiter-so-Trotz, während man das Scheitern der Parteien am Nachhaltigkeitsprojekt bestaunt. Der vorläufige Höhepunkt: Im Wahlherbst 2024 steht nun sogar die Demokratie auf dem Spiel.

Eine BioMenta könnte für Deutschland eine ähnlich natürliche und frische Alternative zum business as usual sein

Schönzureden gibt es nichts. Aber es stimmt auch: Das taumelige Schlechreden verzerrt das Gute und Fortschrittliche, das es auch gibt und an dessen Erfolg überraschend viele Menschen teilhaben. Zahlreiche Unternehmen richten sich auf Nachhaltigkeit aus; auch Kultur und Medien entwickeln jetzt Klimastrategien für den eigenen Betrieb. Schrittweise organisieren sich immer mehr Theater, Filmprojekte, Museen und Orchester, Festivals und Musikgruppen ökologischer. Aber noch ist das alles im öffentlichen Raum wenig sichtbar, und es fehlt ein programmatischer Rahmen, der sowohl Kreativität wie Zuversicht ausstrahlt und der Teilhabe ermöglicht.

Deshalb dieser Vorschlag: Eine BioMenta könnte für Deutschland eine ähnlich natürliche und frische Alternative zum business as usual sein – wie einst die Bionade für die Softdrink-Industrie. Die BioMenta bietet einen neuen Rahmen für Kunst, Kultur und Natur. Sie stellt enkelfähige Zukunft aus. Überall und immer, wo Kunst gemacht und ausgestellt wird, kann BioMenta sein. Auf gute, bestehende Ansätze wie z. B. Ausstellungen zum Anthropozän, das Heimat-Projekt des Deutschen Kulturrates oder auch die »Zur Nachahmung empfohlen«-Ideen zur Ästhetik der Nachhaltigkeit könnten aufgebaut werden.

Jedes Museum, jede Stiftung, jede Kunstschule und Schule, jede Galerie

könnte mitmachen; aber auch jedes Stadtparlament und jedes Unternehmen wäre angehalten, in seinem Umfeld Beiträge zu ermöglichen. Teilhabe wäre auch für Landwirte und Naturschützer möglich. Man stelle sich die Nutzung von wieder vernässten Mooren als Kunst vor. Man stelle sich Böden nicht als nassdunkle »Ressource« vor, sondern als Kunstwerk, das den Sinn des Lebens erhellt. Man stelle sich Nachhaltigkeit nicht mehr allein als Rechenwerk oder reichlich abstrakte Zielvision vor, sondern als Form und Funktion im Leben mit der Natur. Das Ganze wäre offen, kreativ, dialogisch und transparent. Ein breit besetztes Kuratorium würde das sicherstellen und wirkte dem in den medialen Blasen üblichen Hang zur Selbstvergiftung entgegen.

Das Ganze braucht sicherlich einen wissenschaftlichen und fundierten Rahmen. Deutschlands weltberühmte naturkundlichen und naturforschenden Einrichtungen könnten eine fundierte Klammer bilden, auch die zoologischen und botanischen Gärten.

Die BioMenta ist eigenständig und keine documenta16 in Grün. Ein Schwerpunkt der documenta war die Natur bisher ohnehin nie. Aber seit jeher stehen Natur und Kunst in enger Beziehung, ländlich bei den Klassikern, wild und heroisch in der Romantik, poetisch für Impressionisten, kreativ in der Land-Art, zerbrechlich in der Moderne.

Die BioMenta ist eigenständig und keine documenta16 in Grün

Jetzt aber heben der Artenschwund und die Klimaveränderung die Beziehung der Menschen zur Natur auf eine völlig neue Ebene. Das erneuert die Fragen nach Menschsein und Freiheit, nach Ökologie und Kreislauf, Landschaft und Anpassung, Natur, Schönheit, Kunst, Modernität und Wissenschaft. Das alles muss beim Einzug ins Anthropozän neu begriffen werden. Und kulturell verstanden.

Günther Bachmann ist Umweltexperte und ehemaliger Generalsekretär des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung

FOTO: STIFTUNG KIBA

Das kulturelle Erbe im Klimawandel

Forderungen an Politik und Verwaltung

ALEXANDRA KRUSE,
MARIE BAUDIS &
CONSTANZE FUHRMANN

Die Folgen des Klimawandels im Kulturerbebereich sind vielfältig. Sie reichen von zusätzlichem Aufwand zur Klimakontrolle in Ausstellungsräumen bis zu Schäden an historischen Baumbeständen durch Extremwetter. Der Klimawandel erfordert auch die Neubewertung von Planungen und Einschätzungen zur Energieproduktion. Durch Schäden am kulturellen Erbe entstehen erhebliche finanzielle Belastungen für Eigentümer, Kommunen sowie Länder. Hinzu kommen neue Anforderungen an Planungsvorhaben auf allen Verwaltungsebenen.

berücksichtigt. Das erworbene Wissen soll für zukünftige Generationen zugänglich gemacht und als Thema in der eigenen Arbeit priorisiert werden.

Nutzung von Wissenssystemen

Um den Folgen des Klimawandels zu begegnen, sind nicht nur anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse wichtig, sondern auch Erfahrungswerte von Denkmaleigentümern sowie dem traditionellen Handwerk vor Ort. Ein interdisziplinärer und intergenerationaler Austausch über Onlineforen, fächerübergreifende Weiterbildungsangebote oder Datenbanken ist hier unerlässlich. Eine stärkere Vernetzung von Kulturerbe- und Klimawissenschaften kann dabei helfen, interdisziplinäre Ansätze für Klimaanpassungsmaßnahmen zu entwickeln. Die katastrophalen Überflutungen 2021 unter anderem im Ahrtal

sollte regelmäßig in den unterschiedlichen Arbeitsgruppen aller beteiligten Institutionen im Rahmen eines Projekts stattfinden. Darüber hinaus ist eine Verstetigung von daraus sich ergebenden Fragestellungen, Forderungen und Lösungsansätzen von Relevanz. Eine interdisziplinäre Denk- und Handlungsweise ist unerlässlich. Zudem sollten staatliche Stellen den Erfahrungsaustausch zwischen Kulturerbeeinrichtungen unterstützen.

Grundvoraussetzung hierfür ist die Stärkung von Kommunikation, Vernetzung und Kooperation der staatlichen und ehrenamtlichen Agierenden, um die Vielfalt der Beteiligten in der Klimadebatte zu erhöhen.

Für einen Austausch zwischen Personen verschiedener Fachgebiete sind Aus- und Weiterbildung erforderlich. Dies beginnt bei der Befähigung zur Verwendung von gemeinsam definierten

Forschung, Gesellschaft und Praxis ist eine verstärkte Sensibilisierung für dieses Thema entscheidend.

Das Bereitstellen relevanter Informationen wie Ergebnisse von Forschungsvorhaben könnte die Politik bei der Priorisierung von Maßnahmen unterstützen. Um das Bewusstsein für den Klimawandel und seine Auswirkungen auf das Kulturerbe zu schärfen und den Erfahrungsaustausch zu fördern, wird vorgeschlagen, die Methoden des Kulturerbebereichs in alle politischen Strategien wie Gesetzesinitiativen, Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien einzubeziehen. Zudem wird die Schaffung einer interministeriellen Koordinationsstelle für Kulturerbe und Klimawandel empfohlen, z. B. innerhalb der Bundesministerien für Kultur, Stadtentwicklung und Bauwesen, Umwelt, Forschung und Bildung, Wirtschaft und Klima sowie Katastrophenhilfe.

können einen gesellschaftlichen Wandel für den nachhaltigen Umgang mit Kulturerbe fördern. Sie können dabei ressourcenschonende Fähigkeiten im Kulturerbe als vorbildliche Modelle für Nachhaltigkeit präsentieren. Um Interdisziplinarität zu erreichen, muss Kulturerbe auf allen Ebenen der nationalen Bildungssysteme vermittelt werden. Es ist wichtig, den Wert traditionellen Wissens für die Bewahrung des Kulturerbes in der Aus- und Weiterbildung zu betonen.

Viele dieser Punkte sind bislang unberücksichtigt, weil sich die Klimawandelfolgenforschung zunächst auf das Wetter, naturwissenschaftliche und ökologische Folgen und seit einigen Jahren auch auf sozioökonomische Folgen konzentriert hat. Allerdings bestehen noch zahlreiche Fragen zu den spezifischen Auswirkungen des Klimawandels auf das kulturelle Erbe und zu relevanten



Das Weltkulturerbe Schloss Sanssouci in Potsdam ist zunehmend vom Klimawandel in Form von Dürre, Hitze und Starkregen bedroht

Im Folgenden wird betrachtet, wie Denkmalpflege und Klimawissenschaft reagieren können und welche Unterstützung von Politik und Verwaltung benötigt wird, um den negativen Folgen entgegenzuwirken. Abzuleitende Forderungen fanden bereits Eingang in ein Positionspapier, welches von ICOMOS Deutschland, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), der Deutschen UNESCO-Kommission, dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK), dem GERICS Climate Service Center Germany und der Vereinigung der Denkmalfachämter in den Ländern (VDL) in einem offenen Diskussionsprozess erstellt wurde. Das Positionspapier wird von namhaften Institutionen und überregionalen Kultur- und Umweltverbänden mitgetragen. Ausgangspunkt war ein internationales Treffen von über 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, das »International Co-sponsored Meeting on Culture, Heritage and Climate Change« (ICSM CHC) von UNESCO, ICOMOS und IPCC im Dezember 2021. Die Zielsetzung war es, kulturelle Zusammenhänge stärker in den internationalen Klimadiskurs zu integrieren, der sich bislang vor allem auf den naturwissenschaftlichen Bereich konzentriert und den Mehrwert des Kulturerbes zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung nicht

haben gezeigt, wie ohnmächtig sowohl Bewohnerinnen und Bewohner als auch Versicherungen und Verwaltung vor Ort aufgrund fehlenden Fachwissens waren. Dadurch kam es zu massiven Verzögerungen bei der Begutachtung, Bewertung und bei der Behebung der Schäden am kulturellen Erbe.

Eine stärkere Berücksichtigung lokaler und traditioneller Ansätze bei der Planung von Anpassungsmaßnahmen führt zu einer Steigerung der Resilienz gegenüber Klimaveränderungen. Lokale und historische Handwerks- und Bautechniken, wie sie z. B. von Fachwerkrestauratorinnen und -restauratoren oder auch in Freilichtmuseen angewendet werden, sind zu wenig bekannt und dokumentiert. Insbesondere personengebundenes Wissen muss gesichert werden, um den Verlust bei Ausscheiden von Wissensträgern zu vermeiden. Ein Beitrag wäre, das vorhandene traditionelle Wissen in verschiedenen Arbeitsbereichen zu erkennen, zu dokumentieren und für den Umgang mit dem Klimawandel strategisch zu nutzen.

Befähigung zum Handeln

Es besteht die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Dialogs. Die Diskussion über den Klimawandel und seine Folgen für den Kulturerbebereich

Fachbegriffen. Ein erster Schritt hierzu sind öffentlich zugängliche Glossare, die zu Beginn eines jeden Vorhabens von den Handelnden jeweils gemeinsam erstellt werden sollten.

In diesem Sinne ist die Verwendung der gleichen Portale und Tools empfehlenswert, um Wissen und Erfahrung zu teilen. Beispiele hierzu finden sich in vielen europäischen Forschungsprojekten sowie in Handreichungen der Europäischen Kommission. Um vorhandenes Wissen allen handelnden Akteurinnen und Akteuren, aber auch einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können, ist es wichtig, die klimawissenschaftliche Forschung und (Kulturerbe-)Praxis miteinander zu vernetzen. Nur so ist es möglich, Forschungsergebnisse zum Klimawandel zu teilen, weitere Bedarfe zu ermitteln, praxistaugliche Anpassungslösungen zu entwickeln und neue Erkenntnisse und Methoden aus den Klimawissenschaften schneller in die Praxis zu überführen. Dies soll in Form einer bundesweiten Datenbank erfolgen, in der Informationen zu Schäden, Sanierungen und Anpassungsstrategien gesammelt werden.

Wirkungsvolle Zusammenarbeit

Für eine effektive Zusammenarbeit zwischen Politik, Bildung, Verwaltung,

Gleichzeitig ist es unerlässlich, ausreichend Personal im Kulturerbebereich bereitzustellen.

Die Einführung von finanz- und steuerpolitischen Anreizen wird angeregt, wie sie bereits für Instandhaltungsarbeiten an denkmalgeschützten Gebäuden bestehen. Ähnliche Maßnahmen braucht es auch im Bereich der Wissenschaftsförderung und für die Erarbeitung von Anpassungsstrategien.

Die Unterzeichnenden des Positionspapiers unterstützen die Anerkennung der Forschung als essenziellen Motor zur Stärkung des kulturellen Erbes und fordern interdisziplinäre Forschungsprogramme auf nationaler und europäischer Ebene. Vorbilder sind die Programme »Kreatives Europa« mit seinem Aktionsbereich »KULTUR« oder »Horizont Europa«, dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Ziel ist hier, eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft aufzubauen und zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Für eine verbesserte Zugänglichkeit von Wissen über Kulturerbe und Klimawandel in Deutschland ist ein zentrales Informationssystem notwendig. Dadurch könnten Forschungsergebnisse und bewährte Verfahren effektiver ausgetauscht werden. Informationsmaßnahmen und Sensibilisierungskampagnen

Anpassungsstrategien. Es bedarf interdisziplinärer und nachhaltiger Förderstrategien, die die Europäischen Qualitätsgrundsätze für EU-finanzierte Maßnahmen und ihre potenziellen Auswirkungen auf das Kulturerbe beachten. Es werden auch Fördermittel zum Aufbau von multidisziplinärem Fachwissen gebraucht. Die Ergebnisse von öffentlich geförderten Projekten müssen stärkeren Eingang in die Praxis finden.

Ein erster Ansatz hierfür ist die Bündelung von Informationen und Expertisen über ICOMOS Deutschland. Umfangreichere Angebote, Lösungen und vor allem Finanzierung sind jedoch auf Bundesebene erforderlich.

Lesen Sie das Positionspapier hier: tinyurl.com/pcw65n94

Alexandra Kruse ist Direktorin von insitu World Heritage consulting und Generalsekretärin des Instituts für Europäische Agrarlandschaftsforschung (EUCALAND). Marie Baudis ist Expertin für Klimaschutzfragen von ICOMOS Deutschland. Constanze Fuhrmann ist Leiterin des Referates »Umwelt und Kulturgüterschutz« bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und Expertin für Klimaschutzfragen von ICOMOS Deutschland. Die Autorinnen sind Mitglied von ICOMOS Deutschland

»Keine andere Familie hat über so viele Generationen deutsche Geschichte geprägt«

Thomas Lackmann im Gespräch über die Erinnerung an die Familie Mendelssohn

Die Mendelssohn-Gesellschaft erinnert rund um den Berliner Gendarmenmarkt durch Konzerte, Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen und Führungen an eine der bedeutendsten deutschen Familien und erforscht diese zugleich. Doch die Finanzierung des gemeinnützigen Vereins ist gefährdet. Theresa Brüheim spricht mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Lackmann.

Theresa Brüheim: Herr Lackmann, wir treffen uns heute in der Berliner Jägerstraße am Gendarmenmarkt. Welche historische Bedeutung hat dieser Ort im Hinblick auf die Familie Mendelssohn?

Thomas Lackmann: Wir befinden uns in einer ehemaligen Kassenhalle, die Teil des früheren Stammhauses der Mendelssohn-Bank war. Die Bankierssöhne des Philosophen Moses Mendelssohn sind hier 1815 mit ihrer jungen Firma eingezogen, zwischen zwei preußische Staatsbanken. Die Bedeutung der Mendelssohn-Kaufleute für die deutsche Wirtschaftsgeschichte nahm hier ihren Anfang: Die Bank expandierte zur zeitweise größten deutschen Privatbank. Hier war die Keimzelle des Berliner Bankenviertels.

Die Friedrichstadt wird von uns »Quartier der neuen Zeit« genannt: Da kommt vieles zusammen, das Aufklärung, Neuzeit, Moderne ausmacht: das Bankenwesen, später viele Medienunternehmen, Verlage, schließlich das Berliner Zeitungs-viertel und auch Luxusgeschäfte und

Kulturinstitutionen wie das Schauspielhaus. Die moderne Karree-Planung der Friedrichstadt, die ja bereits Anfang des 18. Jahrhunderts begonnen hatte, unterschied sich schon durch ihre Geometrie vom alten Berlin. Die Mendelssohns kann man als eine Familie sehen, die eine Brückenfunktion hatte: traditionsbewusst, aber offen für Fortschritt.

Der Ort gilt als einer der am besten erhaltenen Mendelssohn-Erinnerungsorte in Berlin.

Das Stammhaus Jägerstraße 51 von ca. 1790 war bis zum Zweiten Weltkrieg zweistöckig. Danach war es teilweise zerstört, wurde zu DDR-Zeiten aufgestockt. Dadurch hat es seine klassischen Proportionen verloren. Es steht aber unter Denkmalschutz: der Ort, an dem sich von 1815 bis zu seiner »Arisierung« 1938 das Bankhaus der Mendelssohns befand.

Die Häuserreihe von Nr.49/50 bis Nr. 53 ist insgesamt ein Erinnerungsort. Vier Wohn- und Geschäftshäuser nebeneinander gehörten den Mendelssohns. Davon stehen noch Nr. 51, und Haus 49/50 nebenan. 2002 haben wir, einige Anwohner und weitere interessierte Bürger, hier die Initiative »Geschichtsforum Jägerstraße« gestartet, die Mendelssohn-Gesellschaft führt das Projekt bis heute weiter. Die Idee war, die Jägerstraße als »Mendelssohn-Ort« zu entdecken, zu erforschen und zu bespielen. So kamen wir auf die Mendelssohn-Remise

im Hinterhof von Haus Nr. 51. 2004 hatten die Jüdischen Kulturtage das Thema »Mendelssohn & Company«. Dafür wurde zur Entdeckung der Bankiersgeschichte in der Jägerstraße eine auf vier Wochen angelegte Ausstellung eingerichtet. Anderthalb Jahre und einen Antrag bei der Lotto-Stiftung später wurde daraus eine Dauerausstellung. Diese entwickelt und verdichtet sich seitdem: Wir haben dafür viele Leihgaben und Schenkungen bekommen, vor allem aus der Mendelssohn-Familie.

Heute sitzt hier die Mendelssohn-Gesellschaft. Wie ist diese entstanden? Welche Aufgaben und Ziele hat sie?

Sie wurde 1967 gegründet. Ihr Ziel ist es, Objekte und Dokumente zur Geschichte der Nachkommen Moses Mendelssohns zu sammeln, zu bewahren, zu erforschen. Nicht nur zu Moses, Felix, Fanny Hensel, den Stars der Familie, sondern auch zu weniger bekannten Bankiers, Künstlern, Gelehrten und sonstigen Normalmenschen: als Mikrokosmos der deutsch-jüdischen Geschichte. Zunächst war diese Erforschung im wissenschaftlichen Umfeld der Staatsbibliothek erfolgt. Bis heute wird eine Publikationsreihe herausgegeben, die alle zwei Jahre Aufsätze zu dem breit gefächerten Themenfeld veröffentlicht, die Mendelssohn-Studien.

Mit der Remise konnten wir nun eine Öffentlichkeit erreichen, die über

die Wissenschaft hinausgeht. Mit einem großen ehrenamtlichen Team organisieren wir vor Ort Konzerte, Vorträge, Diskussionen, Lesungen oder Stadtführungen. Die Remise ist unser Schaufenster nach außen.

Lassen Sie uns einen Exkurs zur hier gezeigten Ausstellung machen: Was gibt es zu sehen?

Der Titel ist ja: »Die Mendelssohns in der Jägerstraße«. Es geht also um das Viertel als Keimzelle des Berliner Bankenviertels; um die Bankiers, ihre Häuser und Geschäfte, auch um weibliche Familienmitglieder ... Einerseits waren die Mendelssohns ja eine patriarchalische Familie, aber es gab das sogenannte »Ministerium des Inneren«. Das waren ihre einflussreichen Frauen, die oft in die Familie eingeeheiratet hatten und für viele Sozialkontakte, für das Netzwerk der bürgerlichen Verantwortung sorgten. Es werden die drei ersten Generationen der Bankiersfrauen herausgestellt, die an der Seite ihrer Ehemänner die »Geselligkeit« organisierten.

Außerdem werden »Gegenwelten« in der Ausstellung gezeigt: Die Mendelssohn-Bankiers hatten später Sommervillen vor der Stadt, in Grunewald, in Charlottenburg, in Bönicken. Ein Exkurs behandelt die Frage nach der »Religion der Mendelssohns«. Es wird auch an die Liquidation der Bank 1938 erinnert, das steht aber nicht im Mittelpunkt. Natürlich ist diese Geschichte mit jüdischer Geschichte, also mit dem »Dritten Reich« und der Shoah, verbunden. Aber mehr als 200 Jahre waren von vielen anderen starken, positiven Themen geprägt. Als bürgerliche Dynastie oder großbürgerlicher Clan hat wohl keine andere Familie in so vielen unterschiedlichen Bereichen über so viele Generationen in die deutsche Geschichte hineingewirkt – länger als die Manns oder die Wagners: von der Aufklärung bis zur Friedensforschung bis zur Entwicklung des Bankenwesens und der Bezahlungssysteme, von der Musik und der Kunst bis zur Chemieindustrie. Betrachtet man die Nachfahren, von denen die meisten heute nicht in Deutschland leben, lässt sich anhand der Nachkommen-schaft des Moses bis heute auch Integrations-, Assimilations- und Emigrationsgeschichte erzählen. Also Zeitgeschichte, deutsche Geschichte, deutsch-jüdische Geschichte und Kulturgeschichte.

Als aktuelle Aufgabe hat die Mendelssohn-Gesellschaft unter anderem bürgerliche Verantwortung definiert. Was verstehen Sie konkret darunter? Wie kann dies in den aktuellen Zeiten mit Leben gefüllt werden?

Das Vermächtnis, von dem die Bankiers inspiriert waren, war das Aufklärungsideal Moses Mendelssohns. Dazu gehörte gesellschaftliche Verantwortung, besonders der Dialog, das Aushalten anderer Meinungen und die Verantwortung des Bürgers. Obwohl Moses Mendelssohn keine Bürgerrechte hatte und im Alltag Diskriminierung erlebte.

Über Generationen hinweg zeigt sich in der Familie Engagement für Kunst, Wissenschaft, Pädagogik und Soziales. Das verweist vielleicht auf eine Verwurzelung in der Verpflichtung, die das Judentum »Zedaka« nennt. Für die Mendelssohn-Gesellschaft gehört z. B. dazu, dass Nachwuchsmusiker, die ja von den Bankiers oft gefördert wurden, in der

Remise spielen können. Ebenso gehört dazu der ehrenamtliche Einsatz vieler Engagierter, um Geschichte weiterzugeben und Verantwortung für Geschichte zu übernehmen. Indem Themen der Aufklärung und dem Dialog ein Forum gegeben wird.

Mit dem Thema bürgerliche Verantwortung ist auch der Kranich verknüpft.

Mit diesem »Ich wach«-Kranich, dem Emblem unseres Vereins, hat es Folgendes auf sich: Der Gründungsbankier Joseph Mendelssohn schrieb an einen Kunden, den Philosophen Schopenhauer, in den 1830er Jahren, er habe den Kranich mit dem Stein als Siegeltier gewählt. Das Motiv hat sich dann in der Bank und einigen Familien-enzweigen durchgesetzt. Es findet sich auf Grabsteinen, in Treppenhäusern, Fenstern, Briefköpfen oder eingebrennt in große Ledersessel. Dahinter steht eine antike Legende, die besagt, dass die Kraniche abends eine Wache aufstellen. Der Wachkranich hat in der Kralle einen Stein. Schläft er ein, fällt der Stein, und der Kranich schreckt hoch. Aufgrund dieser Legende wird der Kranich zum Symbol für Verantwortung und Caritas. Das »Ich wach« ist für uns auch ein politischer Impuls.

Ihr Mietvertrag in der Jägerstraße wird zu den bisherigen Konditionen Ende des Jahres auslaufen. Wie ist die aktuelle Situation?

Die Finanzierung war immer knapp. Wir zahlen bereits eine hohe Miete, die künftig kaum wie bisher zusammenzubringen ist. Der jetzige Vertrag läuft Ende 2024 aus. Zugleich hat sich ein Sponsor, der für einen Kooperationspartner eine Reihe regelmäßiger Vorträge in der Remise finanzierte, zurückgezogen. Beides zugleich schafft eine zu große Lücke, die ohne Hilfe nicht mehr zu schließen ist. Wir haben immer wieder Gespräche mit Institutionen wie der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Berliner Senat geführt. Die Rückmeldung ist immer ähnlich: Es gibt offenbar keinen passenden Finanzierungstopf für uns.

Wie kann man jetzt unterstützen?

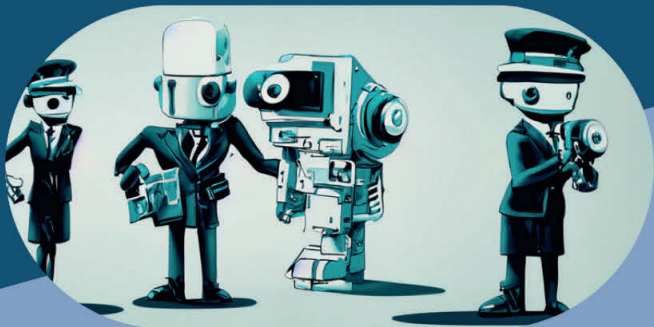
Das Interesse der Öffentlichkeit ist ermutigend. Das Publikum kommt im terminüberfluteten Berlin zu uns, die Leute lieben es hier und kommen wieder. Natürlich können Spenden helfen. Aber Einzelspenden werden dieses konkrete Problem nicht lösen. Bei solch großen Lücken können wir nicht von der Hand in den Mund agieren. Deswegen wäre das Entscheidende, dass Vertreter staatlicher Institutionen das Bewusstsein entwickeln, dass das Mendelssohn-Thema kein Kiez-Thema ist. Hamburg hat ein Mendelssohn-Museum, Leipzig hat eines – und in Berlin soll es keines mehr geben? Hier hat sich ohne großes Budget ein vielfältiges, buntes und interessantes Programm entwickelt. Ist es plausibel, das nach 20 Jahren eingehen zu lassen? Natürlich sind die Zeiten hart, es wird vielerorts gespart. Meine Bitte ist an die Politik und Entscheidungsträger: Evaluiert richtig!

Vielen Dank.

Thomas Lackmann ist Publizist, Ausstellungsmacher und stellvertretender Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Laut & leise
PODCAST der neuen musikzeitung

Musik und KI



Folge 1

Jetzt auf allen gängigen Podcast Plattformen anhören!

Spotify

Apple Music

oder direkt hier



Prekarität bekämpfen

Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende in Europa

BARBARA GESSLER

In der Coronakrise ist die Prekarität der Arbeits- und häufig auch Lebensbedingungen, mit der in der Kreativbranche Tätige häufig zu kämpfen haben, offen zutage getreten und hat eine breitere Öffentlichkeit erreicht. So haben seit 2020 z. B. Spielstätten im Musikbereich 76 Prozent weniger Publikum verzeichnen können und Museen 80 Prozent ihrer Einnahmen verloren. Eurostat ermittelte, dass 100.000 Künstlerinnen und Künstler den Beruf gewechselt haben. Nachdem die Europäische Kommission das Thema bereits mit einer Studie 2020

Plattform zum besseren Austausch und zum erhöhten Verständnis untereinander erreicht werden soll. Anlässlich des Treffens der Kulturministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten im November letzten Jahres hat die Kommission deutlich gemacht, dass sie diese Anliegen nicht nur sehr



ernst nimmt, sondern auch konkret prüfen wird. Die Generaldirektion Bildung und Kultur, die innerhalb der Kommission im Rahmen ihrer Mainstreaming-Aufgabe dafür zuständig ist, dass die Anliegen der Kulturbranche in allen anderen Politikbereichen berücksichtigt werden, ist dazu in engem Austausch mit der für Soziales zuständigen Generaldirektion. Eine Herausforderung wird auch die Aufforderung für die kommende Generation der europäischen Förderprogramme darstellen, für eine EU-Unterstützung die Einhaltung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der EU oder kollektiver Arbeits- und Sozialregeln obligatorisch zu machen. Kulturschaffende sollten im Rahmen der geförderten Projekte etwa in Horizon Europe oder Kreatives Europa immer ein angemessenes Entgelt beziehen und auch für Proben oder für die Erarbeitung von Förderanträgen entgolten werden. Eine solche Forderung wurde für die europäischen Kulturförderprogramme schon häufig gestellt, ist jedoch in der Praxis schwieriger umzusetzen als auf den ersten Blick erkennbar. Das liegt natürlich insbesondere daran, dass die europäische Ebene im Kulturbereich nicht über eine umfassende Kompetenz verfügt, für das Entgelt verbindliche Angaben zu machen oder aber vertragliche Angelegenheiten konkret

Das Programm Kreatives Europa hat explizit die sozialen und Arbeitsbedingungen der Kreativbranche im Blick

zu regeln oder zu prüfen. Das Programm Kreatives Europa hat in seinen Aktionen zur Plattform- und Netzwerkförderung explizit die sozialen und Arbeitsbedingungen der Kreativbranche im Blick. Im Kulturteil des Programms wird z. B. für die Förderung von Übersetzungen geprüft, ob eine angemessene Vergütung der Übersetzerinnen und Übersetzer angegeben ist. Inwiefern eine Konditionierung von Förderungen jenseits der künstlerischen Freiheit angebracht und angemessen ist, ist also eine Frage, die sich auch auf der europäischen Ebene stellt.

Diese Kolumne stellt nicht die Meinung der Europäischen Kommission dar, sondern ist die persönliche Ansicht der Autorin.

Barbara Gessler ist Referatsleiterin »Kapazitätsaufbau im Hochschulbereich« in der Exekutivagentur EACEA. Zuvor war sie Referatsleiterin »Creative Europe« bei der Europäischen Kommission



Hank Willis Thomas, Black Power, 2006, Chromogener Druck, 40,6 × 50,8 cm, Barret Barrera Projects aus der Ausstellung »THE CULTURE – Hip-Hop und die zeitgenössische Kunst im 21. Jahrhundert«

FOTO: © HANK WILLIS THOMAS

Die Kultur der Vorstädte

Wie ist es um Frankreichs »Banlieues« bestellt?

KLAUS-DIETER LEHMANN

Ende Februar eröffnet die Schirn Kunsthalle Frankfurt die Ausstellung »THE CULTURE – Hip-Hop und die zeitgenössische Kunst im 21. Jahrhundert«, in enger Zusammenarbeit mit dem Baltimore Museum of Art und dem Saint Louis Art Museum. Als eine der vitalsten Bewegungen des 20. Jahrhunderts ursprünglich in den Straßen der Bronx in den 1970er Jahren entstanden, als Ausdruck der Vielfalt in den Kulturen der Schwarzen, Lateinamerikaner und Afroamerikaner, hat sich diese kulturelle Entwicklung über alle Kontinente hinweg ausgebreitet. Die Kraft dieser Kunstform entstand aus Reaktionen der Ausgrenzung, der Arbeitslosigkeit, der diversen kulturellen Herkunft, der spätmodernen Kapitalismusfolgen, der technologischen Fortschritte und weiteren Themen. So wurden die Missstände der Klassengesellschaft durch die Poesie der Musik und durch Tanz, durch Graffiti, durch Kleidung und Schmuck, durch Auflösen des weiß dominierten Kunstkanons aufgezeigt und ausgedrückt. Es war eine Art der Selbstermächtigung, die durch ihre unmittelbare Dynamik schnell Einfluss gewann. Die Selbstdarstellung war ein Mittel zu überleben oder sich in einer feindlichen Welt zu behaupten. Die Pose war Teil der Beziehung zwischen Darsteller und Publikum. Ein weiteres Phänomen des Hip-Hop liegt darin, dass er Ausgangspunkt für verschiedene Kunstformen und stilistische Ausprägungen wurde und von einer ursprünglichen Subkultur zu einem omnipräsenten Lifestyle wurde.

Erstaunlicherweise ist die Kultur französischer Vorstädte stark von den kulturellen Ausdrucksweisen beeinflusst, die in den schwarzen Gettos der USA entstanden sind. Das gilt nicht nur für die künstlerischen Formen, sondern auch für die Werte. Mit diesen Anleihen entsteht durchaus etwas Eigenes, das die jeweiligen vielfältigen Herkunft berücksichtigt. Die französischen Vorstädte, bekannt als »Banlieues«, entstanden als Hochhaussiedlungen in den größeren Städten. Diese Vorstädte entwickelten sich im Verlauf der Deindustrialisierung von »Orten der Moderne« zu »Orten des sozialen Abstiegs« mit einem hohen Anteil von Arbeitslosen und überproportional vielen arabischen und afrikanischen Einwanderern. Es kam zu einer Stigmatisierung der Wohngebiete,

Arbeitslosigkeit, städtische Verwahrlosung, religiöse Radikalisierung und Gewalt prägten den Alltag. Die Auffassung, dass die Einwanderer sich zu Franzosen assimilieren würden, hat sich nicht erfüllt. Es kam zu Parallelgesellschaften. Auch Initiativen, Kultur- und Bildungsinfrastruktur in die Viertel zu bringen änderte nichts an der Situation.



Es gab 2005 ein großes Entsetzen, als in den Vorstädten mehr als 30 Bibliotheken niedergebrannt wurden. Es war wohl Trotz und Ablehnung für Einrichtungen, die als Symbole der Gesellschaft galten, zu der sie keinen Zugang hatten. Als bei einer Verkehrskontrolle ein 17-Jähriger im Pariser Vorort Nanterre von der Polizei erschossen wurde, kam es nächtelang in Vorstädten im ganzen Land zu gewalttätigen Ausschreitungen. Jugendbanden terrorisierten die Wohnviertel. Die Wunden sitzen tief. Die französische Regierung hat seit den 1980er Jahren immer wieder Rettungspläne aufgelegt, Milliardenbeträge flossen in die Bausanierung. Es hat wenig bewirkt. Die Maßnahmen wurden eher als eine neue Art von Kolonialisierung empfunden, die kulturelle Infrastruktur als Fremdkörper. Es bildete sich eine Gegenkultur aus, bei der in Rap und Videos der Widerstand gegen die Polizei und den Staat gefeiert wurde. Die Vorstadtkultur versuchte, den institutionellen Codes der Kultur zu entkommen. Es war also durchaus ein kreatives Potenzial vorhanden, aber wegen des unaufgearbeiteten Kolonialismus und der mangelnden Chancengleichheit im Bildungswesen wurde er zur Stilisierung des Feindbildes genutzt.

Es galt, die aktuellen Probleme der Vorstädte ins Zentrum der kulturellen Aufmerksamkeit zu rücken, die Musik als wichtiges Ausdrucksmittel gegen Rassismus zu stärken, die französische Kolonialgeschichte in Theaterworkshops aufzuarbeiten. Mit den Aktivitäten kam es zur Um- und Neunutzung von Industriebrachen durch die Kreativindustrie. Man will den neuen Elan in den sozialen Brennpunktvierteln nutzen, selbst etwas ändern zu wollen. Einige Beispiele seien genannt:

Le 6b in Néaacité ist ein Ort der Kreativität in einem Viertel mit der höchsten Armuts- und Einwanderungsquote. Akteure aus Kunst, Architektur, Musik, Film, Grafikdesign und mehr, organisiert von einem kollektiven Leitungsgremium, schaffen ein Forum, in dem die Einwohner ihre künstlerischen Erfahrungen austauschen können. Man ist überzeugt, dass der Einfluss von Kunst und Kultur für die Menschen, die hier leben, etwas bewirken kann. Der Regisseur Abdelwahab Sefsaf betreibt ein Theater, das sich mit der französischen Kolonialgeschichte befasst. Benjamin Villmagne setzt mit seinem Theater ebenfalls diese Themen um. Eine eigenwillige Methode nutzt der Verein NQT (Nos quartiers on du talent). Auf ganztägigen Talentbörsen werden junge Leute gezielt vermittelt. Bei »Micro-Folie« handelt es sich um eine Kultureinrichtung in einem Zirkuszelt mit Profibühne, Schultheatergruppen, Rap-Gruppen. Es gibt inzwischen mehrere Orte, an denen Rap trainiert wird und Slamübungen stattfinden. Das MAC/VAL im »roten Gürtel« von Paris zeigt Gemälde und Installationen von jungen Künstlern, die aus der Subkultur nach und nach in Moden und Praktiken eindringt, die ausdrucksstark und zeitgenössisch die institutionellen Codes beeinflussen.

Diesen Aktivitäten an der Basis steht inzwischen ein verschärftes Immigrationsgesetz entgegen, das heftige Spannungen auslöst und zum Rücktritt der französischen Regierung unter Élisabeth Borne geführt hat. Es bleibt abzuwarten, wie weit dieser politische Streit die positiven Ansätze für die Kultur in den Vorstädten beeinträchtigt.

Mit einem Law-and-Order-Kurs und Kritik an der Migration kann man nicht gewinnen, eher mit einem niedrigschwelligen Zugang zur Kultur. Die kulturellen Aktivitäten können die Konflikte lindern, aber nicht lösen. Weiterhin wird es erforderlich sein, eine ausreichende und gut ausgebildete Polizeipräsenz und ein breit gefächertes Bildungsangebot zu haben. Diese Anforderungen müssen beachtet werden, wenn man der kulturellen Auffassung in den Vorstädten eine Chance geben will.

Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Er war Präsident des Goethe-Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Generaldirektor der Deutschen Bibliothek



Blick auf den Amazonas in Brasilien

Die Unsichtbarkeit indigener Stimmen

Ein Blick auf das Schaffen der brasilianischen Filmemacherin Graci Guarani

YVONNE DE ANDRÉS

Graci Guarani, eine Pionierin des indigenen audiovisuellen Schaffens in Brasilien, reflektiert über die Macht der Bilder und ihren eigenen Weg der kulturellen Unsichtbarkeit. Sie wurde im brasilianischen Mato Grosso do Sul im Dorf Jaguapiru geboren und gehört der ethnischen Gruppe der Guarani Kaiowá an. Die Region, die an Paraguay und Bolivien grenzt, bildet den Hintergrund für ihre lebenslange Auseinandersetzung mit der Darstellung indigener Kulturen. Die Wurzeln ihrer Leidenschaft für visuelle Medien reichen bis in ihre Kindheit zurück. »Ich bin in einem Eingeborenenservat geboren und aufgewachsen, und als ich mit meiner Mutter in die Stadt ging, um die Lebensmittel zu verkaufen, die wir im Reservat anbauten, gefiel mir das sehr gut, denn die Stadt präsentierte mir ein Universum mit sehr lebendigen Bildern, mit Reklametafeln und bunten Plakaten voller Bilder von Menschengesichtern.« Doch mit der Zeit erkannte sie, dass diese Bilder nicht ihre Welt repräsentierten. Ihre Kultur und ihr Volk waren in der städtischen Umgebung unsichtbar. Dieses Bewusstsein verstärkte sich in den folgenden Jahren, und die kulturelle Auslöschung wurde für sie immer deutlicher. Graci Guarani erzählt von ihrer Inspiration, die aus dem sozialen und kulturellen Kontext der Ausgrenzung und Auslöschung in ihrem Dorf entstanden ist. Ihre Motivation ist es, die Unsichtbarkeit ihrer Kultur zu durchbrechen. »Der Mangel an indigenen Bezügen hat mich dazu bewogen, für indigene Filmschaffende zu kämpfen«, erklärt sie entschlossen. Heute lebt sie mit ihrer Familie in Jatobá-Pernambuco, einem kleinen Ort, der eine halbe Tagesreise vom nächsten Flughafen in Recife entfernt liegt. Seit unserer ersten Begegnung auf der Berlinale 2020 fällt mir auf, wie klar sie denkt. Ihre Worte spiegeln nicht nur ihre persönliche Geschichte wider, sondern auch den Druck, dem indigene Gemeinschaften in Brasilien ausgesetzt sind. 2020 berichtete Graci Guarani eindringlich über die Herausforderungen, mit denen die indigenen Gemeinschaften Brasiliens durch die Politik der Regierung

Bolsonaro konfrontiert waren. Von Urwaldrodungen bis hin zu Gesetzesvorhaben, die den Schutz indigener Territorien bedrohen – eine Situation, die den Lebensraum indigener Völker immer weiter einschränkt. Brasiliens Präsident Lula da Silva erlitt im Jahr 2023 einen Rückschlag, als das Unterhaus einen Gesetzesentwurf ablehnte, der die Kompetenzen der Ministerien für Umwelt und indigene Angelegenheiten weiter einschränkte. Der Entwurf sieht vor, dem Ministerium für indigene Angelegenheiten die Zuständigkeiten für Besitzrechte an Ländereien zu entziehen und das Register ländlicher Flächen vom Umwelt- auf das Landwirtschaftsministerium zu übertragen. Dieses Register spielt eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung von Abholzung im Amazonasgebiet. Aufruf für mehr Raum und Unterstützung indigener Filmschaffender »Die Herausforderungen für uns indigene Frauen in Brasilien sind vielschichtig«, erklärt Graci Guarani. Als Filmemacherin hofft sie, dass sich in den kommenden Jahren die Türen für Autorenfilmprojekte weiter öffnen werden. Dennoch stehen indigene Filmemacherinnen in diesem Bereich weiterhin vor zahlreichen Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung einer öffentlichen Politik für indigene Völker innerhalb der Film- und audiovisuellen Organisationen des Landes. »Mein Ziel ist es, sicherzustellen, dass die filmische und audiovisuelle Arbeit nicht nur aufgrund ihrer politischen und sozialen Sichtbarkeit geschätzt wird, sondern auch aufgrund ihrer kulturellen Bedeutung und kreativen Brillanz. Indigene Filmemacherinnen und Filmemacher stehen vor einzigartigen Hindernissen, darunter bürokratische Hürden und den Mangel an statistischer Erfassung, die den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten behindern.« Die Produktionsebene wird durch massive Bürokratie und mangelnde statistische Erfassung erschwert. Diese Unsichtbarkeit erstreckt sich auch auf den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, da viele indigene Filmemacher nicht einmal über Produktionsfirmen verfügen. Auch der Vertrieb indigener Produktionen bleibt ein Hindernis, und Graci Guarani betont die Notwendigkeit einer Ausbildung, die das Wissen der indigenen Völker einbezieht.

Indigene Identität als essenzielles Element im Film

Die Unterstützung von Autorenfilmprojekten indigener Filmemacher ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Investition in die kulturelle Vielfalt und kreative Innovation des Landes. »Indem wir indigenen Filmemachern die Ressourcen und Plattformen bieten, die sie verdienen, stärken wir nicht nur ihre künstlerische Präsenz, sondern tragen auch zur Sensibilisierung und Bildung eines breiteren Publikums bei«, so die Regisseurin. Sie setzt sich entschieden für die Sichtbarkeit indigener Stimmen ein. Für sie ist dies nicht nur eine Frage der kulturellen Repräsentation, sondern eine notwendige Dimension, um die Filmwelt menschlicher und vielfältiger zu gestalten. Als Indigene haben sie die einzigartige Fähigkeit, ihre eigenen Denkweisen und Filmproduktionen infrage zu stellen. Ihre Worte sind ein Appell für ein umfassenderes Verständnis und eine gerechtere Repräsentation indigener Kulturen in der brasilianischen Filmwelt. In ihrem Film »XE NE'E (MEU SER)« von 2023 erforscht die Regisseurin die Entwicklung der indigenen Ästhetik und Sprache durch vielfältige multikünstlerische Stile, intellektuelle und politische Erzählungen und experimentelle Arbeiten. Der Schwerpunkt liegt auf der Weisheit des weiblichen Körpers als Instrument, indem Nacktheit auf innovative und reflektierende Weise dargestellt wird. Die Arbeiten regen zum interkulturellen Dialog an und stellen eine facettenreiche Auseinandersetzung mit dem Thema dar. Der Kampf für indigene Filmschaffende geht über die bloße Anerkennung hinaus und zielt auf die Beseitigung struktureller Barrieren. Ziel ist es, einen Raum zu schaffen, in dem sich authentische und einzigartige indigene Stimmen voll entfalten können. Dies erfordert die Förderung des Dialogs, den Abbau von Barrieren und die Schaffung einer inklusiven Film- und audiovisuellen Landschaft. In den kommenden Jahren sollte die Zusammenarbeit zwischen Filmschaffenden, Kulturinstitutionen und Regierungsstellen verstärkt werden, um sicherzustellen, dass die Geschichten und Perspektiven der indigenen Völker im reichen Spektrum des brasilianischen Kinos voll zum Ausdruck kommen.

Der Kampf für indigene Filmschaffende geht über die bloße Anerkennung hinaus und zielt auf die Beseitigung struktureller Barrieren. Ziel ist es, einen Raum zu schaffen, in dem sich authentische und einzigartige indigene Stimmen voll entfalten können

Katahirine-Netzwerk: das erste Netzwerk indigener Frauen im audiovisuellen Bereich Der April 2023 markierte einen historischen Meilenstein in der indigenen Filmproduktion Brasiliens. Der Startschuss fiel im »Indigenen April«, einem Monat, der der Förderung und Wertschätzung der Kultur und Geschichte indigener Völker gewidmet ist: die Geburtsstunde von Katahirine, dem ersten Netzwerk indigener Frauen im audiovisuellen Bereich. Der Name »Katahirine«, der aus der Sprache der Manichineri stammt und »Konstellation« bedeutet, unterstreicht symbolisch das Potenzial jeder einzelnen indigenen Filmemacherin und die Bildung einer starken Gemeinschaft. 71 Frauen aus 32 ethnischen Gruppen, darunter Regisseurinnen wie Graci Guarani, Olinda Wanderley Yawar Tupinambá und Patrícia Ferreira Pará Yxapy, haben dieses Netzwerk ins Leben gerufen. Die Gründerinnen, bekannte Regisseurinnen mit internationalem Renommee, sind maßgeblich an Projekten wie »Falas da Terra« (TV Globo) und preisgekrönten Filmen beteiligt, die auf renommierten Festivals wie der Berlinale und dem Margaret Mead Film Festival gezeigt wurden. Eine bemerkenswerte Unterstützung erfährt Katahirine durch die Teilnahme der Ministerin für indigene Völker, Sônia Guajajara. Graci Guarani, Gründungsmitglied von Katahirine, unterstreicht die bedeutende Rolle indigener Frauen in der Filmindustrie. Sie ist überzeugt, dass diese dazu beitragen können, das Kino menschlicher, intelligenter und kraftvoller zu gestalten, und somit ein Filmumfeld für starke Frauen schaffen können. Das Netzwerk, als offenes und kollektives Bündnis konzipiert, vereint Frauen im audiovisuellen Bereich. Katahirine hat sich das Hauptziel gesetzt, den Kampf der indigenen Völker durch die transformative Kraft des Kinos zu stärken. Die Entstehung dieses Netzwerks ist das Ergebnis intensiver Arbeit des Catitu-Instituts, das erstmalig eine umfassende Erfassung indigener Filmemacherinnen in Brasilien ermöglichte. Die Gründung von Katahirine verspricht nicht nur eine erhöhte Sichtbarkeit für indigene Frauen im Filmsektor, sondern auch einen nachhaltigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Stärkung indigener Gemeinschaften durch die transformative Macht des audiovisuellen Mediums. Graci Guarani wird auf der diesjährigen Berlinale anwesend sein, um die Arbeit von Katahirine vorzustellen, mit dem Ziel, mehr Sichtbarkeit zu schaffen und zu versuchen, das Kino ein wenig menschlicher, intelligenter und kraftvoller zu machen. Yvonne de Andrés ist Kulturmanagerin und Co-Gründerin von »Power To Transform!«

Gleichgewicht zwischen Kommerz und Kultur

Gayane Umerova im Gespräch über Baukultur in Usbekistan

Gayane Umerova, Vorsitzende der Stiftung für die Entwicklung von Kunst und Kultur in Usbekistan, hat mit den Pritzker-Preisträgern Tadao Ando und Rem Koolhaas zusammengearbeitet. Die Einladung weltberühmter Architekten würde dazu beitragen, die Bauqualität zu erhöhen – eine Strategie, die in Usbekistan zu einer Erfolgsgeschichte geworden zu sein scheint. Philipp Meuser, der seit 20 Jahren die Architektorentwicklung in Zentralasien mit kritischem Blick begleitet, sprach mit Gayane Umerova in Taschkent über die zunehmende Bedeutung von Baukultur und Architektur in ihrer Arbeit und mehr.

Philipp Meuser: Frau Umerova, Sie sind Vorsitzende einer staatlichen Einrichtung, die dem usbekischen Ministerkabinett untersteht. Die »Entwicklung von Kunst und Kultur« ist ein Teil der Aufgabe Ihrer öffentlichen Stiftung. Welche Rolle spielt die Architektur in diesem Zusammenhang?

Gayane Umerova: Architektur war bisher nicht Teil unserer Strategie – bis vor Kurzem. Im Jahr 2017 haben wir mit unserer Mission für Kulturdiplomatie begonnen. Ausstellungen in Usbekistan und im Ausland standen auf unserer Agenda. Unter anderem haben wir die Usbekistan-Ausstellung auf der Museumsinsel in Berlin organisiert (Anm. d. Red.: James-Simon-Galerie, bis 14. Januar 2024). Parallel dazu begannen wir mit der Renovierung des Staatlichen Kunstmuseums, eines 1974 eröffneten Gebäudes aus der Sowjetzeit. Während unserer Arbeit wurde uns klar, dass wir eine hohe Kompetenz bei der Restaurierung antiker Objekte und deren Ausstellung im Ausland haben – aber warum schauen wir nicht nach Orten, an denen wir die Schätze in unserem eigenen Land ausstellen? Daher suchten wir einen bekannten Meister für Museumsdesign und luden den japanischen Architekten Tadao Ando ein. Er erkannte jedoch sehr bald, dass das bestehende Gebäude nicht den Anforderungen eines modernen Museums entspricht: zu viel natürliches Licht, das unsere Sammlungsstücke wie Textilien und Manuskripte zerstören würde. Anstatt das alte Gebäude umzubauen, ziehen wir es vor, ein neues Staatliches Kunstmuseum zu errichten, das im Jahr 2026 fertiggestellt werden soll. Der Entwurf selbst stammt von Tadao Ando, und das Stuttgarter Atelier Brückner hat gemeinsam mit Werner Sobek die Ausführungsplanung samt Ausstattungs-gestaltung übernommen. Andererseits wissen wir aber auch um die Verantwortung für den Altbau. Vor fünf Jahren wurde das Taschkenter Haus der Filmkunst abgerissen, um Platz für die Entwicklung des kommerziellen Quartiers »Tashkent City« zu schaffen. Wir wollen nicht, dass das Kunstmuseum aus der Sowjetzeit ein weiteres Opfer des Abrisses wird. Nachdem Ando begriffen hatte, dass das alte Gebäude nicht geeignet war, um daraus ein modernes Kunstmuseum zu machen, mussten wir umdenken. Das Haus hat durchaus seine Qualitäten, die wieder gezeigt werden sollen. Wir überlegen etwa, ob wir die in den frühen 2000er Jahren angebrachte Fassade entfernen sollen.

Sie erwähnen den Verlust des Hauses der Filmkunst und die Unmöglichkeit, das Kunstmuseum zu modernisieren, beides Beispiele aus der sowjetischen Spätmoderne.

Würden Sie diese Architektur als einen Teil der usbekischen Baukultur betrachten?

Ja, auf jeden Fall. Ich war schon immer von der Architektur fasziniert, aber diese Disziplin wurde als sehr männlich wahrgenommen, als ich noch viel jünger war. Als ich dann nach London ging, um dort zu studieren, beschloss ich, heimlich etwas Architektur zu studieren. Allerdings war Architektur zu dieser Zeit in Usbekistan weniger gefragt. In diesem Bereich zu arbeiten ist etwas Unglaubliches. Allerdings bin

Die Stiftung wurde unter Präsident Shavkat Mirziyoyev im Jahr 2017 gegründet. Sie sind vor drei Jahren zur Vorsitzenden ernannt worden. Welche Tendenzen können Sie auf der Grundlage Ihrer Arbeit in Bezug auf die kulturelle Identität Usbekistans beschreiben?

Usbekistan hat eine vielschichtige Geschichte, und wir müssen alle diese Schichten identifizieren. Wir blicken auf eine lange Geschichte der islamischen Architektur zurück. Wenn Sie unsere traditionellen

In der aktuellen Periode geht es eher um Kompromisse. Es geht eher darum, wie wir alle Schichten der Architekturgeschichte in einer zeitgemäßen Sprache verbinden und wie wir globale Entwicklungen in unser Land bringen können. Vor allem in Taschkent haben wir es immer noch mit einem Generalplan zu tun, der zu Sowjetzeiten entwickelt und danach nur leicht modifiziert wurde. Die stadtentwicklungspolitische Strategie muss immer noch auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren. Und jetzt ist es

Ophelia Aydinova im Auftrag des Staates gebaut. Ihre Planung folgte einer politischen Philosophie des sozialen Lebens nach dem sowjetischen Ideal. Die Investoren, die heute den Markt beherrschen, kommen hauptsächlich aus dem Ausland. Jeder Quadratmeter erfordert eine finanzielle Investition. Natürlich wäre es fantastisch, in Taschkent oder anderswo Wohngebäude als moderne Interpretation einer vertikalen Mahalla zu sehen. In meiner Kindheit hatte ich Klassenkameraden, die im Dschemtschug wohnten. Schon als Kind hatte ich das Gefühl, dass es anders war. Es war cool, in den Höfen zu spielen, die neun Stockwerke über der Straße lagen. Außerdem war es dort sehr sicher.

Die Sowjetzeit hat das Stadtbild von Taschkent um ikonische Gebäude bereichert. Sie haben die Konferenz »Tashkent Modernism« als Teil eines neuen Bewusstseins für die Vergangenheit der Stadt initiiert. Internationale akademische Kreise haben sich an dem Projekt beteiligt. Was sind die nächsten Schritte, an denen Sie arbeiten?

Im Moment konzentrieren wir uns auf die Renovierung und Umgestaltung mehrerer Gebäude in Taschkent. Wir haben die Gebäude identifiziert und analysiert, um alle technischen Probleme zu diagnostizieren. Wir arbeiten mit Werner Sobek als strategischem Partner für den gebäudetechnischen Teil des Projekts zusammen, da viele der Gebäude energetische und infrastrukturelle Probleme aufweisen. Das erste Gebäude, das wir renovieren werden, ist das bereits erwähnte ehemalige Staatliche Kunstmuseum, das nicht länger ein Kunstmuseum sein wird. Wir erwägen, es einem Design- oder Architekturarchiv zu widmen, möglicherweise als Museum oder Forschungszentrum. Da es in Taschkent ein bedeutendes Erbe aus dieser Zeit gibt, könnte die Geschichte der Sowjetmoderne ein besonderer Schwerpunkt werden. Ein weiteres Gebäude, an dem wir arbeiten, ist das ehemalige Inturist-Zentrum, das ehemalige republikanische Haus des Tourismus. Das 1986 fertiggestellte Gebäude ist ein Paradebeispiel für die Spätmoderne und bekannt für seine wohlproportionierte Struktur sowie seine außergewöhnliche volumetrische Komposition. Ursprünglich sollte es für Bildungsaktivitäten genutzt werden, als Kommunikationszentrum für Touristen dienen und internationale Filmfestivals beherbergen. Mit dem Schwerpunkt auf Unterhaltung und Bildung bot das Gebäude einen großzügigen Saal mit 600 Plätzen für Konzerte und Filmvorführungen, ein großes Foyer mit einem Café und einer skulpturalen Treppe sowie einen reizvollen Innenhof mit einem Springbrunnen. Wir arbeiten mit Ekaterina Golovatyuk vom Mailänder Studio GRACE zusammen, der Projektarchitektin für Rem Koolhaas' Umgestaltung des Garage-Kulturzentrums in Moskau vor zehn Jahren. Nach dem Eingriff wird das Gebäude so umgestaltet, dass es Kultureinrichtungen, darunter auch die Büros unserer Stiftung, beherbergen wird. Unser Ziel ist es, den kommerziellen Sektor zu unterstützen und gleichzeitig unsere eigenen Projekte zu verfolgen.

Vielen Dank.

Gayane Umerova ist Vorsitzende der Stiftung für die Entwicklung von Kunst und Kultur im Rahmen des Ministerkabinetts der Republik Usbekistan. Philipp Meuser ist Architekt und Verleger in Berlin



Das Appartementshochhaus »Schemtschug« von Ophelia Aydinova ist eine moderne Interpretation einer »vertikalen Mahalla«. Das Haus gilt als eine Ikone der Sowjetmoderne

ich keine Architektin. Aber als Bauherrin kann ich Impulse geben, und ich sehe, wie die Architektur den Lebensstil der Menschen verändert. Außerdem geht es um das Narrativ der Architektur, dass wir die Städte und letztlich die Identität des ganzen Landes verändern können.

... und wenn es um das Erbe der sowjetischen Architektur geht. Wie wichtig ist diese Zeit für das Verständnis der Architekturgeschichte?

Der Abriss des Hauses der Filmkunst war ein Weckruf für uns. Wir haben daraufhin das Forschungsprojekt »Tashkent Modernism« ins Leben gerufen, das die Vielfalt der sowjetischen Bauten einem breiten Publikum nahebringen soll. Nicht nur in Usbekistan. Ausstellungen, Konferenzen und Publikationen werden unsere Hauptstadt als Reiseziel für Touristen attraktiver machen. Zu diesem Zweck haben wir kluge Köpfe aus vielen Teilen der Welt zusammengebracht. Und wer weiß, wenn es uns gelänge, auch die UNESCO für diesen Zeitraum zu begeistern, hätten wir das Hauptziel unserer Arbeit erreicht!

Mahallas besuchen, werden Sie Typologien der Madrasa und der Moschee finden. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts finden Sie Beispiele für die imperialistische Architektur des Russischen Reichs, die auch unseren Städten ein Gesicht gab. Viele dieser Gebäude verschwanden und wurden von der sowjet-usbekischen Moderne überlagert. Doch heute können wir auch auf 30 Jahre Unabhängigkeit zurückblicken. Die zeitgenössischen Architekten haben die Kuppel als Strukturelement wiederentdeckt, aber auch den weißen Marmor, der allerdings nicht unbedingt zu unserer Baukultur gehört. Wir sind also immer noch auf der Suche nach der besten architektonischen Ausdrucksform.

Dass man aktuelle Tendenzen in der Architektur nicht umfassend beschreiben kann, ist keine Überraschung. Solange es weder eine kritische Auseinandersetzung mit Architektur noch Publikationen mit Substanz gibt, ist es nicht einfach, als Zeitzeuge einen ausgewogenen Blick zu entwickeln. Man kann also nur vermuten ...

wirklich eine Katastrophe mit unserer Stadtplanung. Was wir brauchen, ist eine Vision für die Zukunft. Aber in was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Wir müssen damit aufhören, dass die nächste Generation immer das abreißt, was die alte Generation aufgebaut hat.

Taschkent ist bekannt für seine Vielfalt im sowjetischen Massenvohnungsbau. Der Geist der Sowjetzeit – z. B. das herausragende Beispiel des Wohnungsbauprojekts Dschemtschug – ist verloren gegangen. Die heutigen Bauherren sind nicht mehr bereit, in experimentellen Wohnungsbau zu investieren. Heute folgen die architektonischen Regeln in Usbekistan dem kommerziellen Gesetz des größtmöglichen Profits. Warum sehen wir keine modernen Interpretationen der traditionellen usbekischen Wohnform – der Mahalla?

Ein Grund dafür könnte sein, dass es sich bei den meisten Immobilien, von denen Sie sprechen, um private Investitionen handelt. Das Dschemtschug-Wohnhaus wurde Mitte der 1980er Jahre von der Architektin

FOTO: PHILIPP MEUSER

Mehr Gemeinsames statt mehrfachem Aufwand

Länder wollen in einem Reformmedienstaatsvertrag Ideen für den Umbau des öffentlich-rechtlichen Systems zusammenführen

HELMUT HARTUNG

Vor einem Jahr fand im Weinort Deidesheim eine zweitägige Klausurtagung der Rundfunkkommission statt, die entscheidende Weichen für eine tiefgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stellen und durch eine Veränderung des Auftrages auch Beitragsstabilität ermöglichen sollte. Viele Medienpolitiker hatten im Vorfeld der Klausur selbstkritisch eingeräumt, dass durch die Missstände bei einigen ARD-Anstalten verloren gegangenes Vertrauen nur durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen wiederhergestellt werden kann. So hatten die für Medienpolitik Verantwortlichen der 16 Bundesländer beschlossen, dass die digitale Transformation beschleunigt, die Strukturen verschlankt und die Anstalten enger zusammenarbeiten sollten. Zudem würden künftig einheitliche Transparenz- und Compliance-Regeln gelten. Die Rundfunkkommission hatte sich zudem verständigt, einen Zukunftsrat aus Experten als zeitweiliges Gremium einzusetzen.

Was ist nach einem Jahr aus diesen Vorsätzen geworden? Es liegt kein Entwurf für einen weiteren Reformstaatsvertrag vor, die Anstalten haben eine Reihe von Reformen beschlossen, aber welche wirtschaftlichen Effekte diese Veränderungen bedeuten, wurde nicht gesagt. Zudem hat die Beitragskommission KEF im November bekanntgegeben, dass nach ihren Berechnungen der Rundfunkbeitrag ab 1. Januar 2025 um 58 Cent auf 18,94 Euro steigen soll. Sechs Ministerpräsidenten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit lehnen nach wie vor eine Beitragserhöhung ab.

Öffentlichkeit erwartet substanzielle Reformen bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten

Der von der Gesellschaft erhoffte Umbau des öffentlich-rechtlichen Systems lässt weiter auf sich warten. Gleichzeitig hat der Druck der Öffentlichkeit auf die Länder zugenommen, ARD, ZDF und Deutschlandradio endlich substanziell zu modernisieren und den Auftrag der veränderten Mediennutzung und Medienlandschaft anzupassen. So hat die Grundsatzkommission der CDU im Januar ein Positionspapier, das von einer Kommission unter Leitung von Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, entstanden ist, verabschiedet. Die CDU erwarte, dass sich ARD, ZDF und Deutschlandradio stärker auf Information, Bildung, Beratung, Kultur und Unterhaltung, die einem öffentlich-rechtlichen Profil entspreche, konzentrierten. Dabei hätten sie die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen gleichermaßen in den Blick zu nehmen. Erforderlich sei ein stärker kooperativ arbeitendes Korrespondenten- und Reporternetz von ARD und ZDF im In- und Ausland, die Ausweitung und Intensivierung der EU-Berichterstattung, eine starke regionale Verankerung und regionale Vielfalt, mehr Dokumentationen und mehr Ereignisberichterstattung. Die Grenzen des Wachstums seien erreicht, wird im CDU-Grundsatzpapier betont. Neuentwicklungen müssten durch Einsparungen in anderen Bereichen gegenfinanziert werden. Die CDU lehnt jedoch Beitragserhöhungen nicht



Im Weinort Deidesheim fand eine zweitägige Klausurtagung der Rundfunkkommission in 2023 statt

grundsätzlich ab und bekennt sich zur Rolle der Gebührenkommission KEF. Eine Anhebung der Beiträge komme für sie jedoch nur in Betracht, »wenn und soweit es nach den Feststellungen der KEF und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Austauschentwicklung zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags wirklich erforderlich ist«.

Die ARD-Intendanten haben im vergangenen Jahr einige Veränderungen auf den Weg gebracht, die durch enge Kooperation und die Bündelung von Kompetenzen zu einer Kostensenkung führen könnten. Zudem soll das Angebot in den Mediatheken ausgebaut werden, und das notwendige Geld dafür werde umgeschichtet. Zu möglichen Einspareffekten halten sich die Anstalten der ARD und das ZDF aber weiterhin bedeckt.

rbb-Staatsvertrag als Vorbild für andere Bundesländer

Dagegen haben die Länder Berlin und Brandenburg in relativ kurzer Zeit Schlussfolgerungen aus dem Beitragsmissbrauch beim rbb gezogen, auf die massive Kritik der Beitragszahler reagiert und im November vergangenen Jahres einen novellierten Staatsvertrag für den Rundfunk Berlin-Brandenburg unterzeichnet. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke betonte, dass mit dem überarbeiteten rbb-Staatsvertrag der Weg für eine Neuaufstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Hauptstadtregion frei gemacht werde. Jedes Jahr flössen aus Brandenburg Rundfunkbeiträge von rund 250 Millionen Euro an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. »Wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass mit ihren Beiträgen sorgsam umgegangen wird«, sagt Woidke. Er sei davon überzeugt, dass das Gesetz den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Relevanz und Akzeptanz stärke. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner unterstrich, dass die Novelle des neuen rbb-Staatsvertrages vor dem Hintergrund des immensen Vertrauensverlustes betrachtet werden müsse. Die Vorfälle beim rbb dürften sich nach den

Worten Wegners nicht wiederholen. Daher habe man »an allen in Betracht kommenden Stellschrauben« gedreht und setze das um, was sich der Berliner Senat im Koalitionsvertrag vorgenommen habe: eine Stärkung der Aufsichtsgremien, mehr Transparenz und eine angemessene Vergütungsstruktur. Die Rechnungshöfe aus Berlin und Brandenburg, deren Empfehlungen sich zu großen Teilen in der Novelle wiederfinden, bezeichneten den Staatsvertragsentwurf als »bahnbrechende Entwicklung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk« und als »Muster für weitere Novellierungen von Mediengesetzen für ARD-Anstalten«. Die Kernpunkte der Reformagenda für den rbb sind eine größere Transparenz, bessere Kontrolle, stärkere Verantwortung des Intendanten, der Direktoren und Gremiumsmitglieder sowie eine relevantere regionale Berichterstattung. Im Oktober hatte auch der Landtag des Saarlandes ein neues Mediengesetz beschlossen, nach dem das Gehalt des Intendanten oder der Intendantin des SR gedeckelt wird. An der Spitze des Senders steht künftig ein Direktorium: Es besteht neben dem Intendanten aus zwei Verantwortlichen für die Bereiche Verwaltung und Technik sowie Programm und Information. Im Falle von Uneinigkeit liege die Entscheidung jedoch beim Intendanten. Der Rundfunkrat wurde derweil von 38 auf 26 stimmberechtigte Mitglieder verkleinert.

Gebührenerhöhung ist wahrscheinlich

Geht es nach der Beitragskommission KEF wird der Rundfunkbeitrag ab 1. Januar 2025 um 58 Cent auf 18,94 Euro steigen. Die Experten des unabhängigen Beitragsempfehlungsgremiums haben sicher mit spitzem Bleistift gerechnet, um einen Anstieg auf über 19 Euro zu verhindern. Dennoch kann es eine Erhöhung geben. Geht damit die Strategie der Intendanten auf, durch ihre Verweigerungshaltung, konkrete Zahlen zu nennen, eine Erhöhung zu erreichen? Es sieht danach aus. Denn die KEF kann nur die Fakten berücksichtigen und

keine Hoffnungen. Da ist zum einen die Bedarfsanmeldung von ARD, ZDF und Deutschlandradio, dazu kommen medienspezifische Teuerungen sowie der BIP-Index, der alle im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen berücksichtigt. Diese Zahl liegt bei zwei bis vier Prozent Steigerung. Davon zieht die KEF die möglichen Rationalisierungseffekte und Einsparungen bei Personalkosten ab und berechnet die Kostensteigerung über einen Zeitraum von vier Jahren. Auch die Rücklagen sowie eine Sonderauswertung der Immobilien, die die Kommission vornahm, wirkten sich aus. Alles in allem bleibt so eine Erhöhung von 58 Cent, um den Bedarf für die Auftragserfüllung abzusichern. Das ist laut Bundesverfassungsgericht die Aufgabe der KEF.

Am 13. Dezember hat die KEF ihren Berichtsentwurf den Intendanten und der Rundfunkkommission vorgestellt und erläutert. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass sie von der Notwendigkeit einer Beitragsanhebung abrücken wird. Die vorgesehene Erhöhung von 58 Cent beträgt ca. drei Prozent des bisherigen Beitrages. ARD, ZDF und Deutschlandradio erzielten 2022 laut Aussagen der Beitragszentrale Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag von 8,5 Milliarden Euro. Auf eine Beitragsperiode hochgerechnet sind das 34 Milliarden Euro. Diese drei Prozent Steigerung entsprechen damit etwa 1,1 Milliarden Euro an Mehreinnahmen von 2025 bis 2028. Um eine Erhöhung ab 2025 zu verhindern, müssten in den nächsten Wochen noch Fakten geschaffen werden, um Einsparungen innerhalb von vier Jahren in dieser Größenordnung zu garantieren, oder der Auftrag müsste in dieser Größenordnung reduziert werden. Das ist nicht realistisch.

Rudi Hoogvliet, Staatssekretär für Medienpolitik und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund, hat in weiser Voraussicht gegenüber der FAZ erklärt, dass er es für eine Illusion halte, dass konkrete Einsparziele der Sender bei der Ermittlung des Beitrages ab 2025 durch die KEF noch berücksichtigt werden könnten. »Die Forderung nach ›Preisschildern‹ kommt zu früh. Die Reformen, die sowohl die Länder als auch die Anstalten jetzt auf den Weg bringen, benötigen einige Jahre Zeit, bis sie wirken können. Erst 2030, also zur übernächsten Beitragsperiode, werden die Erfolge sichtbar und messbar sein, aber nicht innerhalb von zwölf Monaten. Zudem haben die Anstalten erhebliche Kostensteigerungen zu verkraften. Auch für die digitale Transformation sind Investitionen erforderlich. Deshalb betrachte ich, ohne mich in die Angelegenheiten der KEF einmischen zu wollen, eine geringe Beitragserhöhung auf dem Niveau eines Inflationsausgleichs als Mindestanforderung. Wenn einige Ministerpräsidenten gegenwärtig eine Beitragsstabilität und damit keine Erhöhung fordern, geht das nach meiner Meinung an der Realität vorbei«, sagt Hoogvliet.

Zukunftsrat präferiert tiefgreifende Strukturreform

Am 18. Januar hatte der achtköpfige Zukunftsrat, der von den Ländern im März vergangenen Jahres berufen worden war, seinen Bericht öffentlich vorgestellt. Die Experten aus Medienunternehmen, der Medienforschung und des Medienrechts empfehlen der Rundfunkkommission eine Neubestimmung des Auftrages, tiefgreifende strukturelle Umbauten und Veränderungen an der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine Neubesetzung der Gebührenkommission KEF. »Erforderlich sind nicht bloß Veränderungen im System, sondern Umbauten des Systems«, heißt es in dem Bericht.

Der Zukunftsrat empfiehlt die Errichtung einer ARD-Anstalt mit zentraler Leitung, die die Arbeitsgemeinschaft ersetzt. Diese ARD-Anstalt soll

Dachorganisation der Landesrundfunkanstalten sein. Sie hat die alleinige Strategie-, Steuerungs-, Finanz- und Organisationskompetenz für die bundesweiten Angebote der ARD und für alle zentralen Aufgaben und Dienstleistungen. Die Landesrundfunkanstalten, von zentralem Abstimmungsaufwand befreit, könnten sich, so die Erwartung, stärker auf ihre Aufgabe konzentrieren: die regionale Grundversorgung und regionale Perspektive. Das Modell folgt dem Gedanken der organisierten Regionalität: Zentrales zentral, Regionales regional. Für die zukünftige ARD-Anstalt, ZDF und Deutschlandradio schlägt der Zukunftsrat jeweils einen pluralistisch besetzten Medienrat als Hüter der Auftragserfüllung, einen überwiegend nach Fachexpertise besetzten Verwaltungsrat zur Stärkung von Strategiefähigkeit und Kontrolle und eine kollegiale Geschäftsleitung vor. Um die Digitalisierung rasch, erfolgreich und zu vernünftigen Kosten voranzutreiben, empfiehlt der Zukunftsrat, eine Gesellschaft für die Entwicklung und den Betrieb einer gemeinsamen technologischen Plattform zu gründen.

Klausurtagung der Rundfunkkommission in Bingen

Auf einer erneuten Klausurtagung, dieses Mal in Bingen am Rhein, sollen, wie es die Medienstaatssekretärin in Rheinland-Pfalz und Koordinatorin der Medienpolitik der Länder, Heike Raab, der FAZ sagte, die vier Reformstränge zusammengeführt werden. Neben den Überlegungen der Länder, des Zukunftsrates und der Sender habe auch die KEF konkrete Forderungen. Ziel der Länder sei es, zu den drei großen Themenfeldern Digitalisierung, Stärkung der Qualität, effizienterer Einsatz der Beitragsmittel und Good Governance konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Dabei wollen die Länder auch in den Blick nehmen, wie künftig die Jüngeren besser erreicht werden. So zeige eine neue Studie der Landesmedienanstalten, dass die unter 30-Jährigen bereits heute das Internet zu 52 Prozent für ihren Medienkonsum nutzten. Die Anstalten müssten den Wandel von der linearen Verbreitung hin zu Onlineangeboten viel stärker vorantreiben. Außerdem soll das »Gemeinsame« bei ARD und ZDF zur Regel werden, das »Nicht-Gemeinsame« die Ausnahme. Das bedeute, stärker als bisher Doppelstrukturen abzubauen. Dazu werde es von den Ländern bei der Klausurtagung konkrete Vorschläge geben. Im Vorfeld sind bereits einige Überlegungen bekannt geworden, die Eingang in einen neuen Reformstaatsvertrag finden könnten: Zu den diskutierten Vorgaben gehörten Kriterien für außertarifliche Gehälter, auch der Intendanten, und ein mögliches Abrücken vom bisherigen Intendantenprinzip. Zwar wollen die meisten Länder nicht so weit gehen, wie Rainer Robra, Kultur- und Medienminister in Sachsen-Anhalt, der einen ans Aktienrecht angelehnten Vorstand forderte, aber ein Kompromiss zwischen beiden Konzepten scheint möglich. Zu den Vorgaben, die ernsthaft erwogen werden, gehören eine gemeinsame Onlineplattform mit einer einheitlichen Organisation, die Pflicht zur engeren Zusammenarbeit und die Schaffung von Kompetenzzentren. Zudem soll ein Mantelprogramm für alle Dritten Programme festgeschrieben werden. Die Telemedien der öffentlich-rechtlichen Sender sollen weiterhin werbefrei sein. Aber auch eine zentrale Steuerungseinheit für Verwaltung und Technik oder eine Deckelung der Sportrechte werden ins Auge gefasst. Bei allen Landesregierungen besteht die Hoffnung, dass noch in diesem Jahr der Entwurf eines Medienstaatsvertrages mit weitreichenden Reformschritten vorliegen wird.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

Der Roman als Seelenkost

Nele Pollatschek im Porträt

ANDREAS KOLB

Nele Rahel Pollatschek, 1988 in Berlin geboren, hat Englische Literatur und Philosophie in Heidelberg, Cambridge und Oxford studiert. An der Oxford University promovierte sie 2018 mit der Arbeit »Writing against theodicy. Evil, secular ethics, and Victorian realism with particular reference to J. A. Froude, A. H. Clough, and George Eliot«. Für ihren Debütroman »Das Unglück anderer Leute« (2016) erhielt sie den Friedrich-Hölderlin-Förderpreis (2017) und den Grimmshausen-Förderpreis (2019). Es folgte das Sachbuch »Dear Oxbridge. Liebesbrief an England« (2020). Nele Pollatschek schreibt für das Feuilleton der Süddeutschen Zeitung und erhielt 2023 den Deutschen Reporterpreis des Magazins »Medium«.

Zur Vorbereitung des Interviews mit Nele Pollatschek entscheide ich mich für die Lektüre ihres jüngsten Buches, »Kleine Probleme«, das wie ihre anderen Publikationen bei dem kleinen, exquisiten Berliner Verlag Galiani erschienen ist. Es kam im Sommer 2023 auf den Markt, landete umgehend auf der Spiegel-Bestsellerliste und hat auch Anfang

Nach der Lektüre von »Kleine Probleme« weiß ich, Nele Pollatschek schreibt auch für mich

2024 noch Wirkung etwa in Form des Förderpreises Komische Literatur der Stiftung Brückner-Kühner und der Stadt Kassel für Pollatschek.

Den Buchumschlag von »Kleine Probleme« ziert die Reproduktion eines japanischen Drucks mit einem weißen Reiher, der, auf einem Bein stehend, seinen Kopf ins Gefieder legt und den Betrachter mit seinem Goldauge anschaut. Der Umschlag spricht den Leser nicht nur optisch an, sondern auch haptisch: Das weiße Gefieder ist erhaben, und man kann darüberstreichen und es fühlen. Den Hintergrund bilden goldene senkrechte Striche auf

schwarzem Hintergrund. »Das ist der Nieselregen«, sagt die Autorin. Fast die ganze Handlung findet bei Niesel statt. Nele Pollatschek ließ während des Schreibens Bild und Ton von Nieselregen am Laptop laufen, mit dem Ziel, dass die Handlung, die an einem Tag spielt, stets »eine konsistente Stimmung, quasi einen Ton und einen kontinuierlichen Rhythmus hat«. Auch der Reiher steht für sie sinnbildlich für die Stimmung dieses Buches. Er steht auf einem Bein im besagten feinen Nieselregen und versucht münchhausmäßig, sich aus dem Sumpf herauszuziehen. »Diese Mischung aus kleinlaut, verzweifelt, beglückt, elegant, tollpatschig macht für mich Sinn«, erläutert Pollatschek, »das ist Lars, die Figur eines Mannes namens Lars«.

Als Leser wage ich eine Interpretation: »Der Reiher steht als Symbol dafür, auf den richtigen Moment im Leben zu warten.« Frau Pollatschek widerspricht nicht, und wir sind mitten in ihrem Roman. Die Story konzentriert sich auf den 31. Dezember eines Jahres und kann gemäß eines Presstextes von Galiani wie folgt zusammengefasst werden: »Kleine Probleme« ist ein Roman über unser Leben mit tausend unerledigten Dingen, die man später, also morgen, also eigentlich jetzt, schnell tun müsste. Der Held, ein 49-jähriger Familienvater und angehender Schriftsteller, hat sich vorgenommen, in der letzten Woche des Jahres endlich einmal alles zu erledigen, was in der Regel alles so liegen bleibt: Steuererklärung, Wohnungsputz, Bett für die Tochter zusammenschrauben, Lebenswerk schreiben, mit dem Rauchen aufhören. Das neue Jahr, so sein Plan, sollte in einem aufgeräumten Leben beginnen. Doch der 31. Dezember ist inzwischen angebrochen: Es bleiben nur noch wenige Stunden, um doch noch alles zu schaffen.«

»Lange nicht mehr so oft laut gelacht« hieß es in einer Buchrezension, und von einem guten Freund berichtet Nele Pollatschek, der habe beim Lesen nur gelacht und gesagt, »es ist ja keine Note Moll dabei«. Da hat er wohl ein ganz anderes Buch gelesen als beispielsweise ich. Mir ist das Lachen im Hals stecken geblieben: »Kleine Probleme« ist nicht nur ein witziger Roman voller überraschender Wendungen, sondern vor allem ein hintergründiger, psychologischer, ein tragischer

und letztlich sehr philosophisch angehauchter. Es ist ein Buch über die Kunst des Liebens und die verzweifelte Angst vor dem Tod. Und darüber, wie schwer es sein kann, ein gelingendes Leben zu leben.

Auf die Frage, für wen sie schreibe, antwortet Nele Pollatschek: »Ich schreibe für alle meine Leser; ich freue mich über jeden Menschen, der sich entscheidet, seine Zeit mit mir zu verbringen. Ich habe mein Bestes gegeben, dieses Buch zu schreiben. Manchmal

habe ich das Gefühl, dass Bücher sozusagen korrespondierende Röhren sind. Manchmal trifft einen das richtige Buch zum richtigen Moment in der richtigen Stimmung, und dann beseelt es einen. Auf einer Lesung kam ein Mann zu mir, guckte mich an und sagte: »Dein Buch ist der Grund, warum ich mir letztes Jahr nicht das Leben genommen habe.« Es gibt Menschen, die einen existenziellen Zugang zu Lars haben.«

Und weiter: »Ich bin lebenslang Atheist gewesen und finde das eigentlich keinen schönen Zustand. Literatur beseelt mich. Es geht nicht darum, dass sie mich unterhält oder amüsiert, sondern dass sie mir das Gefühl gibt, eine Seele zu haben, die ich in meinem Alltagsleben nicht habe. Beim Lesen

wie beim Schreiben habe ich den Anspruch, dass es darum gehen muss, dass im Menschen etwas ist, was größer ist, als die Küche aufräumen oder die Steuererklärung machen. Ein Gefühl ganz tief in mir drin, dass man nicht alleine ist. Dann gibt es die Momente, in denen dieses Gefühl die Rechtfertigung für die Existenz des Menschen ist, und für diese Momente lese ich und für diese Momente schreibe ich.«

Jetzt, nach der Lektüre von »Kleine Probleme« und nach diesem Interview mit der Autorin, habe ich nicht nur das Gefühl, sondern ich weiß, Nele Pollatschek schreibt auch für mich.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur



Liebt England, feinen Nieselregen und ihre Leser: Nele Pollatschek

FOTO: URBAN ZINTEL

Vor den Wahlen in Ostdeutschland

Was ist jetzt zu tun?

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Zu Beginn des neuen Jahres denke ich, wie so viele, mit Sorge an die bevorstehenden Wahlen in den östlichen Bundesländern und an den unaufhaltbar scheinenden Aufstieg der Rechtsextremen. Zugleich muss ich mir – als durch und durch Westdeutscher – eingestehen, dass ich zu wenig weiß von ostdeutschen Erfahrungen und Einstellungen, als dass ich mir ein sicheres Urteil und sinnvolle Ratschläge zutrauen würde. Deshalb habe ich mir wieder ein Interview aus dem vergangenen Sommer hervorgeholt. Tobias Bilz, der sächsische Landesbischof, hatte es dem sehr lesenswerten Internetmagazin »Die Eule« gegeben (dort ist es über die Suchfunktion leicht zu finden, wenn man es in Gänze lesen möchte). Ich finde immer noch sehr hilfreich, was Bilz auf die Fragen von Philipp Greifenstein

zu sagen hatte – als einer, der nicht aus der Ferne Diagnosen stellt, sondern dessen Heimat Sachsen ist und der eine besondere, nämlich pastorale Verantwortung trägt.

Nüchtern und klar analysiert er die historischen Ursachen für die neue Popularität der Rechtsextremen. Ein zentraler Faktor ist für ihn die lange Diktaturerfahrung: »Ich denke ..., dass es unter uns Ostdeutschen viele Menschen gibt, die kein Grundvertrauen in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung haben. Mir kommt es tatsächlich so vor, dass die Nachwirkungen der beiden Diktaturen, die wir hier im Osten hatten, ein spezielles Verhältnis zum Staat hervorgerufen haben, das weitervererbt wird. Wir identifizieren uns nicht mit dem Staatswesen, sondern wir bewerten es. Wir betrachten es wie von außen. Wenn wir das Gefühl haben, dass etwas schief läuft, dann treten wir nicht etwa in einen Diskurs ein, sondern dann wollen wir etwas

ganz anderes haben. Bis zu 80 Prozent der Sachsen sagen, dass sie mit Politik gar nichts zu tun haben wollen. Politik, die machen »die da oben«. »Die« habe ich vielleicht gewählt oder



nicht, aber ich schaue mir das nur an. Eine freiheitlich-demokratische Ordnung funktioniert so nicht.« (Ähnliches könnte man auch einigen Menschen in Westdeutschland sagen.)

Beim Wiederlesen fällt mir zweierlei auf: zum einen, wie anders ich aufgewachsen bin und wie sprachlos mich diese Analyse macht; zum anderen, dass Bilz auch dort von »wir« spricht, wo er Einstellungen beschreibt, die er für sehr problematisch hält. Vielleicht liegt in Letzterem ein

Schlüssel, um nicht nur meine Ratlosigkeit für etwas anderes zu öffnen. Als Seelsorger weiß Bilz allerdings, dass man nicht zu schnell mit Lösungen und Maßnahmen kommen sollte: »Die Ablehnung der Demokratie ist da. Das müssen wir als Phänomen erst mal zur Kenntnis zu nehmen. Das ist, glaube ich, auch einer der größten Schmerzen, den wir gerade aushalten müssen: Dass wir das eben nicht wie einen Fleck behandeln können, den man nur geschickt wegwischen muss.«

Deshalb hält Bilz wenig von gut gemeinten – aus dem Westen – kommenden Erziehungsmaßnahmen: »Ich habe in der DDR wie viele andere Ostdeutsche auch gelernt, was Agitation bedeutet: Wie es sich anfühlt, wenn irgendwer versucht, an meiner Meinung zu arbeiten, mit Plakaten oder im Staatsbürgerkundeunterricht. Nicht wenige Menschen haben sich dem entzogen, oft durch den Rückzug in eine innere Welt. Ich habe Sorge, dass die Art und Weise, wie

wir rechtes Gedankengut bekämpfen wollen, bei manchen Menschen den gleichen Reflex auslöst. Es gibt viele, die sich Gesprächen entziehen, weil sie wissen, da wird jemand versuchen, sie zu überzeugen. So funktioniert es offenbar nicht.«

Aber was soll man dann tun? Bilz ist Folgendes wichtig: »Faktenklarheit herstellen«, »nicht voreilig auf persönliche Distanz gehen«, Prinzipien benennen, »von denen wir sagen: Die sind vom Evangelium aus gesetzt«, beispielsweise: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt eins in Christus Jesus« (Galaterbrief 3,28). Diese Gedanken nehme ich mit auf meine anstehenden Reisen nach Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Übrigens kann ich dies als einen der wenigen sinnvollen Vorsätze für das neue Jahr nur empfehlen: Häufiger nach Ostdeutschland fahren!

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON ...

Timon Gremmels ist neuer Kulturminister in Hessen
Am 18. Januar 2024 nahm der neu gewählte Hessische Landtag seine Arbeit auf und die neue Regierung wurde vereidigt. Damit steht auch das Hessische Ministerium für Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) unter neuer Führung. Am 19. Januar 2024 hat Timon Gremmels die Amtsgeschäfte als Staatsminister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur übernommen. Als neuer Staatssekretär wird ihm Christoph Degen zur Seite stehen.

Der deutsche Beitrag zur Kunstbiennale in Venedig steht fest
Die israelische Künstlerin Yael Bartana und der deutsche Theaterregisseur Ersan Mondtag bespielen den Deutschen Pavillon auf der diesjährigen Kunstbiennale in Venedig. Außerdem wird neben den Arbeiten der beiden im Deutschen Pavillon abseits der Giardini, auf der Insel La Certosa, ein dritter Beitrag gezeigt. Laut ifa werden dort Michael Akstaller, Nicole L'Huillier, Robert Lippok und Jan St. Werner einen in der Natur beheimateten Resonanzraum schaffen, der der Monumentalität des Deutschen Pavillons entgegensteht. Der Beitrag für den Deutschen Pavillon wird von der Kuratorin und Dramaturgin Çağla İlk kuratiert, Kommissar ist das ifa – Institut für Auslandsbeziehungen.

Künstlerin Iris Hoppe erhält Ida Dehmel-Kunstpreis der GEDOK
Die Künstlerin Iris Hoppe wird mit dem Ida-Dehmel-Kunstpreis der GEDOK 2024 ausgezeichnet, welcher altersunabhängig das Gesamtwerk einer Künstlerin und ihre interdisziplinäre Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Gegenwart ehrt. Hoppe überzeugte mit ihren audiovisuellen Installationen, Performances und partizipativen Projekten im öffentlichen Raum. In ihrem Werk reflektiert sie das gesellschaftliche Miteinander und beleuchtet künstlerisch das Spannungsverhältnis zwischen persönlichem Erleben und kollektivem Funktionieren. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Tricia Tuttle neue Intendantin der Internationalen Filmfestspiele Berlin
Tricia Tuttle übernimmt ab dem 1. April 2024 die Intendanz der Internationalen Filmfestspiele Berlin. Dies hat der Aufsichtsrat der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) unter Vorsitz der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, beschlossen. Damit löst sie Mariëtte Rissenbeek und Carlo Chatrian ab, denen seit 2019 die Leitung des Festivals oblag. Tuttle war zuvor fünf Jahre lang Direktorin des BFI London Film Festival. Die kommende Berlinale findet noch unter der Leitung von Chatrian und Rissenbeek vom 15. bis zum 25. Februar 2024 statt.

Neue Mitglieder im Vorstand und Fachbeirat des NJO
Im Dezember 2023 wurde der Vorstand des Netzwerks Junge Ohren (NJO) für die kommenden vier Jahre gewählt. Dabei wurde Gerald Mertens, Geschäftsführer der unisono, erneut als Vorsitzender des Vorstands bestätigt. Die Ämter der stellvertretenden Vorsitzenden übernehmen Andrea Tober, Rektorin der Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin und Antje Valentin, Generalsekretärin des Deutschen Musikrates. Neue Mitglieder des Fachbeirats des NJO sind Kian Jazdi, Cathy Milliken und Anna-Mareike Vohn.

Depression & Tteokbokki

Im Dialog: Mentale Gesundheit

Tteokbokki sind ein Klassiker der koreanischen Küche. Das beliebte Imbissgericht besteht aus weißen, zylinderförmigen Reiskuchen, die in einer würzig-scharfen roten Soße gekocht werden. In Korea findet man dieses »Comfort Food« überall: an Marktständen, bei mobilen Imbissen an Straßenecken oder im Supermarkt. Mit ihrem Buch »Ich will sterben, aber Tteokbokki essen will ich auch« macht Baek Sehee diesen Snack nicht nur in Deutschland bekannt, sondern schreibt vor allem mutig über psychische Gesundheit und den Umgang mit Depression.

Auf den ersten Blick geht es der Autorin, die zugleich Protagonistin und Icherzählerin ist, gut. Auf Arbeit und im Freundeskreis kann sie anfangs ihren inneren Kampf mit sich selbst verbergen – bis dies immer schwerer fällt. Macht es vielleicht noch trauriger, noch ängstlicher, noch verzweifelter, eine solche Fassade aufrechtzuerhalten? Im Dialog mit ihrem Therapeuten sucht Baek Sehee nach den Ursachen dieser Gefühle und schreibt sie in diesem ganz persönlichen Buch auf.

Südkorea hat unter den OECD-Ländern sowohl die höchste Rate an Krankenhausaufenthalten wegen psychischer Erkrankungen als auch die höchste Selbstmordrate. Trotz dessen sind psychische Erkrankungen in der südkoreanischen Gesellschaft immer noch stark stigmatisiert. Nur langsam ändert sich dies unter jungen Menschen.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung des Werkes der koreanischen Autorin deutlicher: Das Buch ist nicht nur in einer ungewöhnlichen und zugleich innovativen Form des Dialoges geschrieben, es ist auch eine interessante Mischung aus Memoiren und Ratgeber – und vor allem ist es absolut mutig, ja fast furchtlos, die eigenen Gefühle und Ängste ehrlich und authentisch zu teilen. Und auch der Erfolg gibt Baek Sehee recht: Das Buch ist nicht nur ein Bestseller in ihrem Heimatland, sondern wurde Stand 2023 in sieben asiatischen Sprache sowie ins Englische und Deutsche übersetzt. *Theresa Brüheim*

Baek Sehee. Ich will sterben, aber Tteokbokki essen will ich auch. Übersetzt von Lara Emily Lekutat. Hamburg 2023



Pommesduft und Herkunftsfragen

Ein Randzonendasein?

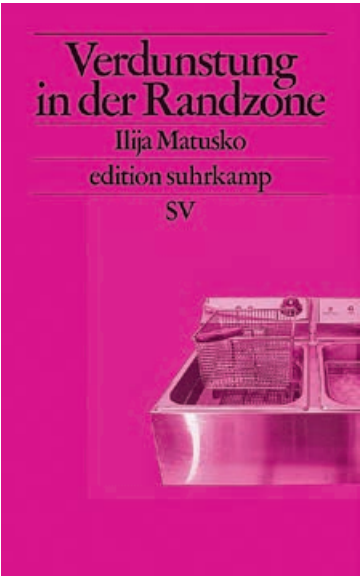
Wenn Ilija Matusko an seine Vergangenheit zurückdenkt, steigt ihm der Geruch von Pommes und Frittierfett in die Nase. Doch wird dieser nicht begleitet von einem wohligh warmen Gefühl der Nostalgie oder der Sehnsucht, nur für einen Moment mal wieder Kind sein zu können. Es ist vielmehr die Scham, die ihn verfolgt, und die omnipräsente Angst, dass dieser Geruch auch heute noch an ihm haftet. Wie ein olfaktorischer Stempel, der unfehlbar auf seine soziale Herkunft zu verweisen scheint und dessen fettiger Abdruck selbst von seiner frisch gewaschenen Kleidung nicht beseitigt werden kann.

Matusko wächst in Bayern als Sohn einer Deutschen und eines Kroaten auf. Seine Eltern betreiben eine Gastwirtschaft nach der anderen, und auch er muss schon als Kind in diesen Lokalen mitarbeiten, weil das Geld immer knapp ist. Das bemerken auch seine Mitschüler: »Es riecht nach Pommes, Ilija kommt!«, ruft einer mal und manifestiert damit eine Konstante im Leben des Autors, welche gleichzeitig als Ausgangspunkt für sein Debüt »Verdunstung in der Randzone« dient.

In diesem ergießt sich ein fragmentarischer Bewusstseinsstrom aus persönlichen Erinnerungen, die Matusko an Zitate aus Coaching-Ratgebern, Amazon-Produktbewertungen, Lexika und Gesetzestexten montiert. Dieses literarische Handwerk beherrscht er dabei so gut, dass man förmlich hineingesogen wird in das, was seine Realität ist: eine Kindheit geprägt von

dem Wunsch nach Zugehörigkeit und den scheinbar hoffnungslosen Bemühungen, die Prekarität seiner Lebensumstände zu verstecken; danach der Versuch einer Abgrenzung von dieser Vergangenheit und die Hinwendung zu Kunst und Kultur; schließlich seine akademische Laufbahn und die Kolumination dieser in seiner Tätigkeit als Autor. Er befindet sich zunehmend in einer Randzone, in einer inneren Zerrissenheit, in einem »unaufhörlichen Erbstreit«, wie er schreibt. Muss er das Erbe seiner sozialen Herkunft antreten? Kann er sich diesem überhaupt entziehen? Ilija Matuskos nuancierte Reflexionen darüber finden sich in seinem absolut lesenswerten Debüt. *Anna Göbel*

Ilija Matusko. Verdunstung in der Randzone. Berlin 2023



Sprachenvielfalt

Ob die Bibel recht hat?

Babylonische Sprachverwirrung? Nicht mit dieser Lektüre! Dafür garantieren schon der Herausgeber Michael P. Streck und fünf weitere Fachwissenschaftler. Die altorientalischen Völker sind uns mit ihren Sprachen auf unzähligen Keilschriften – waagrechten, senkrechten und schrägen Keilen, zu meist auf Tontafeln eingedrückt – gut bekannt: Akkader, Aramäer, Assyrer, Babylonier, Elamer, Hethiter, Hurriter, Sumerer und einige andere. Jede ihrer Sprachen wird mit ihrer Chronologie, Charakteristika, geografischen Verbreitung, Größe des Textkorpus in Wörtern und vor allem ihrer Grammatik bis in kleinste Details analysiert – auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes. Dabei nimmt das Sumerische eine besondere Bedeutung ein, handelt es sich doch um die älteste überlieferte Sprache der Menschheit. Chronologisch umfassen diese Sprachen den ungefähren Zeitraum vom Ende des 4. Jahrtausend v. Chr. bis zum Beginn hellenistischer Strukturen um Christi Geburt. Besonders interessant wird es, wenn die Bibel zitiert wird, etwa die Stadt Babel, vielen bekannt durch den legendären Turmbau zu Babel. Die Leserschaft erfährt so einiges zur Bedeutung biblischer Überlieferungen, etwa aus dem Buch Genesis. Hat doch der »Herr die Sprache der Menschen verwirrt und von dort aus die Menschen über die ganze Erde zerstreut« (11,9) – und dies in Babel (Babylon). Mit diesem bedeutenden Zitat beginnt zu Recht der erste

Satz des Buches. Sieht doch die Bibel den Ursprung der Sprache in Babylon im heutigen Irak zwischen den Strömen Euphrat und Tigris, dem antiken Zweistromland. Diese Publikation, eine Orientierungshilfe für alle Altertumsforscher und vor allem Philologen und Sprachinteressierte, ist eine für unser heutiges Sprachverständnis nicht gerade leichte Kost. Deshalb sollten sie über eine linguistisch-philologische Vorbildung verfügen. Dann dürfte dieses Standardwerk keine bestehenden Fragen offenlassen. Ein Glossar mit den wichtigsten Fachtermini dieses weit gefächerten Forschungsgebietes hätte die anspruchsvolle Lektüre sicherlich noch etwas einfacher gemacht. *Thomas Schulte im Walde*

Michael P. Streck (Hg.). Sprachen des Alten Orients. Darmstadt 2021



Vatermal

Ein Buch über Menschen

Arda findet, dass »Papa« wie ein Fremdwort klingt, das er irgendwo aufgeschnappt oder nachgelesen hat. Denn seinen Vater hat er nicht kennengelernt. Dieser verließ die Familie, als Arda noch gar nicht geboren war, und ging in die Türkei zurück.

Als Arda, der schwer krank ist, wahrscheinlich nicht mehr viel Zeit im Leben bleibt, schreibt er einen Brief an seinen Vater und erzählt von seinem Leben: Er erzählt von seiner Kindheit und von schwierigen Familienverhältnissen, von seiner Jugend, seinen Freunden Bojan, Danny und Davaş und ihrer gemeinsamen Zeit am Bahnhofsplatz.

An manchen Stellen unterbricht Arda die Erzählung, um direkt zu seinem Vater zu sprechen. Dabei zeugen Sätze wie »Ich möchte dir für immer die Möglichkeit nehmen, nicht zu wissen, wer ich war« oder »Ich verspreche dir, sollte ich es doch irgendwie aus diesem Krankenhaus schaffen, wird dein Enkelkind mir in zwanzig Jahren keinen Brief schreiben müssen« von den Spuren, die die Abwesenheit des Vaters hinterlassen haben. In Ardas Rückblick aufs Leben geht es auch immer wieder um die zwei Frauen in seinem Leben, seine Mutter Ümran und seine Schwester Aylin, deren Geschichte und Lebensperspektiven ihren ganz eigenen Platz in der Erzählung bekommen.

Vatermal ist ein Familienporträt, eine Coming-of-Age-Geschichte, aber auch ein gesellschaftskritischer Roman, der von Flucht und Migration, vom Warten auf den deutschen Pass und von Rassismus im Alltag erzählt.

Vor allem aber ist Vatermal ein Buch über Menschen, das durch seinen direkten Ton, sprachliche Abwechslung und viel Witz, trotz Scheitern und Schicksalen, überzeugt. *Lisa Weber*

Necati Öziri. Vatermal. Berlin 2023



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur



THEMA

Während der Amtseinführung von Joe Biden im Januar 2021 beeindruckt Amanda Gorman Menschen weltweit mit ihrem Gedicht »The Hill We Climb«

Sprache: Mehr als Worte

Über den Zugang zur Welt

OLAF ZIMMERMANN

Dem Reformator und Bibelübersetzer Martin Luther wird nachgesagt, dass er mit seiner Übersetzung des Neuen Testaments aus dem Griechischen in das Frühneuhochdeutsche dem Volk auf das Maul schauen wollte. D. h., er wollte die Heilige Schrift so übersetzen, dass sie für die Bevölkerung, die weder Griechisch noch Latein oder Hebräisch konnte, verständlich war, und die Übersetzung sollte so sein, dass die Lesunkundigen allein vom Hören die Texte im Ohr behielten. Einige Sätze aus der Luther-Bibel, insbesondere aus dem zu Heiligabend gelesenen Lukas-Evangelium, sind so eingängig, dass sie den meisten Nichtchristen und Christen bekannt sind, wie etwa »Es begab sich aber zu der Zeit ...« oder auch »Siehe, ich verkündige Euch große Freude«. Sie sind im Ohr und klingen vertraut.

Luthers Bibelübersetzung war mehr als eine Übertragung eines antiken Textes in eine andere, seinerzeit moderne Sprache. Luther war Wortschöpfer, war Sprachschöpfer. Seine Bibelübersetzung ist ein Kernelement des Protestantismus. Jede und jeder soll selbst Zugang zu den Heiligen Schriften haben. Reformation ist Emanzipation.

Luther nutzte bei seiner Übersetzung die sich im 16. Jahrhundert etablierende Sächsische Kanzleisprache, die als Frühneuhochdeutsch ein erstes Standarddeutsch war. Die süddeutschen Ausprägungen des Deutschen wurden dort in der Schriftsprache erst im 18. Jahrhundert vom Neuhochdeutschen abgelöst.

Anfang des 17. Jahrhunderts wurde in Weimar die »Fruchtbringende Gesellschaft« gegründet. Als Akademie von

protestantischen Fürsten hatte sie sich der Pflege der deutschen Sprache verschrieben. Zu ihren Zielen gehörte daher auch, dass sich die Mitglieder ausländischer Sprachen enthalten sollten. Die »Fruchtbringende Gesellschaft« hatte sich nicht nur die Sprachpflege im Sinne der Bevorzugung des Deutschen auf die Fahnen geschrieben, sie war, ganz in der Tradition des Barocks, auch eine Dichterschule. Mitte des 17. Jahrhunderts wurde von Patriziern in Nürnberg der nach wie vor bestehende »Pegnische Blumenorden« gegründet, der sich als Dichterschule verstand und ebenfalls die Sprachpflege zu seinen Zielen zählte.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass in einer Zeit, die durch Krieg, Tod, grundumsstürzende Umbrüche, Krankheit und Pestilenz, gekennzeichnet ist, wie die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts, eine Lyrik entsteht, die sehr formal ist und oftmals auf Gegensatzpaaren wie Tod und Leben aufbaut. Sprache, Dichtung als Halt in einer Welt, die auseinanderbricht, in der sich alles verändert, in der die Religion, ein wesentlicher Bezugspunkt im Leben der damaligen Bevölkerung, zwischen katholisch und evangelisch – je nach Fortschritt der Kriegshandlungen der einen oder der anderen Seite – wechselte.

Gab im Barock die Sprache in einer unsicheren und zutiefst verunsicherten Zeit durch Formalisierung Halt, so wurden in der expressionistischen Lyrik und im Dada die bestehenden Sprachmuster und -formen gesprengt. Jakob van Hoddis' im Jahr 1911 veröffentlichtes Gedicht »Weltende« markiert den Einschnitt im Umgang mit Sprache und Lyrik. Die expressionistische Lyrik zeichnet den Bruch mit den traditionellen Formen der Lyrik aus. Insbesondere die im Ersten Weltkrieg entstandenen Dichtungen schreiben den Schmerz

über das Grauen heraus. In der von Kurt Pinthus herausgegebenen Anthologie »Menschheitsdämmerung« sind Werke jener literarischen Epoche versammelt, die Zeugnis über die Sprachlosigkeit und Sprachschöpfung jener Zeit Auskunft geben. Dada und Futurismus sind demgegenüber spielerische Varianten des Aufbruchs in die neue Epoche der Moderne.

Sprache ist mehr als Worte. Sprache ist mehr als Kommunikation. Sprache verbindet und Sprache trennt. Sprache schafft Zugang und Sprache grenzt aus.

Gerade weil die Sprache im menschlichen Zusammenleben eine so große Bedeutung hat, wird so oft darüber gestritten. Sei es zum Nutzen der deutschen Sprache, wie etwa im Barock, sei es zur Abwertung des Deutschen als Sprache des Volkes wie etwa zur Zeit Friedrichs des Großen, der, so wird es überliefert, Französisch dem Deutschen vorzog.

Sprache wandelt sich so, wie sich die Gesellschaft verändert oder andersherum, gesellschaftliche Veränderungen finden in der Sprache ihren Ausdruck. So ist das »Fräulein« inzwischen aus dem aktiven Wortschatz der meisten Deutschen verschwunden, aus Flüchtlingen wurden sukzessive die »Geflüchteten«, um Beispiele aus der jüngeren Zeit zu verwenden.

Wie politisch Sprache ist, zeigt sich an der sogenannten Gendersprache. Eigentlich ein alter Hut. Sprachwissenschaftlerinnen wie Luise F. Pusch und Senta Trömel-Plötz setzten sich bereits seit Ende der 1970er Jahre für eine gendergerechte Sprache ein. Vieles, was heute zum Glück selbstverständlich ist, etwa die Nennung der weiblichen und männlichen Form, geht auf diese und andere Pionierinnen zurück, die anfangs verlacht wurden. Vermutlich wird in 40 Jahren über die heute

Gerade, weil die Sprache im menschlichen Zusammenleben eine so große Bedeutung hat, wird so oft darüber gestritten

teils höchst emotional geführten, fast schon an Glaubenskriege erinnernden Auseinandersetzungen um »Gendersprache« nur noch müde gelächelt werden. Wahrscheinlich werden sie politisch und linguistisch in eine Zeit eingeordnet, die ebenfalls durch Unsicherheit, Pandemie, Krieg und dem Verlust von alten Gewissheiten geprägt ist und in der die Sprache Halt geben soll.

Mit Händen und Füßen reden, dieses Sprichwort kennen sicherlich die meisten. Und fast jeder hat auf einer Urlaubsreise schon einmal die Erfahrung gemacht, was es bedeutet, sich verständlich zu machen, wenn man der Sprache nicht mächtig ist. Moderne Übersetzungsprogramme, die mit dem Smartphone abgerufen werden können, nähern sich dem von mir seit meiner Jugend ersehnten »Universalübersetzer« von »Raumschiff Enterprise« an. Ich habe aber auch erfahren, wie schmerzlich es ist, wenn die Sprache fehlt oder, anders gesagt, die Worte, die auf der Zunge liegen, einfach nicht herauskommen wollen. Noch heute bin ich den Logopädinnen und Logopäden dankbar, die mich in meiner Jugend gelehrt haben, mein Stottern weitgehend zu bezwingen und mit meiner Sprachstörung umzugehen und zu leben.

Gebärdensprache, Leichte Sprache oder auch Einfache Sprache sind eigene Sprachen, die Zugang zur Welt bieten. Sie ermöglichen Teilhabe und Partizipation an gesellschaftlichen Debatten und damit dem gesellschaftlichen Diskurs, der leidenschaftlich und mit Respekt geführt werden sollte. Sprache ist mehr als Worte, sie ist Zugang zur Welt.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ASSOCIATED PRESS | PATRICK SEMANSKY



Deutsch im Wandel

Die (gefühl) kürzeste Geschichte der deutschen Sprache

STEFAN HARTMANN

Haben Sie auch das Gefühl, dass gefühlt alle gefühlt ständig das Wort »gefühl« verwenden? Dann sind Sie Zeugen eines Sprachwandelprozesses geworden. Dass sich jede lebendige Sprache immerzu wandelt, liegt in der Natur der Sache: Kulturelle Artefakte passen sich stets an die Kontexte an, in denen sie verwendet werden, an die Erfordernisse der Umgebung ebenso wie an Moden und Trends. Das gilt für Kleidung oder Gebrauchsgegenstände genauso wie für Sprache. Wenn wir sagen, dass Sprache sich wandelt, ist das natürlich eine Vereinfachung: Wir sind es nämlich, die Sprache verändern, durch kreativen Sprachgebrauch, aber auch, indem wir bestehendes

Landeshauptstadt zu verwechseln ist, sorry Hannover! –, schleichen sich immer wieder subtile Regionalismen ein, und sei es auch nur, dass jemand in die »Kürche« statt in die »Kirche« geht.

In der Forschung zur deutschen Sprachgeschichte wird der Beginn dessen, was wir als »Deutsch« bezeichnen, um das Jahr 750 herum angesetzt. Natürlich ist dieser Zeitpunkt ebenso willkürlich wie alle anderen Epochengrenzen, aber er ist nicht unmotiviert. In diese Zeit datieren die ältesten überlieferten Texte des Althochdeutschen. Die Sprachbezeichnung »Deutsch« geht dabei zurück auf das althochdeutsche Wort »thiutisk«, das sich als »das eigene Volk betreffend, volkssprachlich« übersetzen lässt. In der gängigen Periodisierung der deutschen Sprachgeschichte folgen dem

»Frühneuhochdeutsch« nur grobe Wegmarken dar, mit deren Hilfe sich die hochdynamische Geschichte eines in sich alles andere als homogenen Dialektkontinuums besser verstehen lässt. Wie vielfältig die Wandelprozesse sind, die sich durch die gesamte deutsche Sprachgeschichte ziehen, lässt sich an einem einfachen Beispiel illustrieren, dem ersten Satz des St. Galler Paternoster (um 800), einer Übersetzung des Vaterunsers: »Fater unseer thu pist in himile« lesen wir dort. Im Vergleich zum heutigen Deutschen fallen zunächst Unterschiede auf der graphematischen Ebene auf, also auf der Ebene der Schrift – »Fater« mit F statt mit V beispielsweise. Andere Unterschiede zum heutigen (Standard-) Deutschen betreffen die lautliche Ebene: Da es sich um einen oberdeutschen Text

»Die« deutsche Sprache gibt es dabei streng genommen gar nicht. Nicht nur, weil das Deutsch von Luther ein anderes ist als das von Goethe oder Jelinek, und das wiederum ein anderes als das von Walther von der Vogelweide

Kettenreaktion in Gang. Aber kein Sprachwandelprozess findet völlig isoliert von anderen Faktoren statt. Diese Faktoren können auch kultureller Natur sein. Das ist oft der Fall, wenn es um Bedeutungswandel geht. Beispielsweise bedeutete das Wort »krank« ursprünglich einfach »schwach«. Was wir heute als »krank« bezeichnen, hieß bis ins Frühneuhochdeutsche hinein noch »siech«. Nun ist es aber so, dass Krankheit bis heute mit bestimmten kulturellen Tabus behaftet ist. Daher greifen wir bis heute gern zu Euphemismen, also zu beschönigenden Bezeichnungen – sagen beispielsweise, dass eine Person »angeschlagen« ist oder »geschwächt«. Das Wort »krank« hat seine Karriere ebenfalls als ein solcher Euphemismus begonnen und dadurch im Lauf der Zeit seine Bedeutung verändert.

Um zu erklären, wie und warum sich eine Sprache wandelt, müssen wir daher immer auch einen Blick auf die kulturellen Begleitumstände werfen. Diese Interaktion zwischen Sprache und gesellschaftspolitisch-kulturellem Kontext zeigt sich übrigens



Bei der Sondersitzung des Deutschen Bundestages aus Anlass des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine spricht Bundeskanzler Olaf Scholz erstmals von der später viel diskutierten »Zeitenwende«

Sprachmaterial neu interpretieren. Im oben erwähnten Beispiel von »gefühl« kommt beides zusammen: Eine bestehende Wortform, wie sie in Äußerungen wie »Es ist gefühlt 15 Grad« vorkommt, wird neu gedeutet und kreativ auf Kontexte ausgedehnt, in denen es weniger um physische Wahrnehmung als um subjektive Einschätzungen geht. Solche Sprachwandelprozesse finden andauernd statt – und führen in der Summe dazu, dass das Deutsch von vor 500 oder gar 1.000 Jahren für uns heute wie eine Fremdsprache anmutet.

»Die« deutsche Sprache gibt es dabei streng genommen gar nicht. Nicht nur, weil das Deutsch von Luther ein anderes ist als das von Goethe oder Jelinek, und das wiederum ein anderes als das von Walther von der Vogelweide. Sondern auch, weil es sich beim deutschen Sprachraum um ein Dialektkontinuum handelt. Dass es eine überregionale Standardsprache gibt, ist eine vergleichsweise junge Entwicklung, die einerseits damit zusammenhängt, dass die Welt sprichwörtlich kleiner geworden ist – vom Buchdruck über moderne Transportmittel bis hin zu neuen Medien haben viele Entwicklungen dazu geführt, dass heute die Hamburgerin mit dem Münchener ebenso problemlos in Austausch treten kann wie mit der Lübeckerin. Die Grenzen zwischen Dialekt und Sprache sind dabei fließend: So gilt das Niederdeutsche als eigene Sprache.

Allen überregionalen Ausgleichstendenzen zum Trotz ist unsere Sprache im Alltag nach wie vor stark regionalsprachlich gefärbt. Selbst bei Menschen, die von sich glauben, perfektes Hochdeutsch zu sprechen – das übrigens entgegen einer weitverbreiteten Legende nicht mit der regionalen Varietät der niedersächsischen

Althochdeutschen in 300-Jahres-Schritten das Mittelhochdeutsche (1050-1350), das Frühneuhochdeutsche (1350-1650) und das Neuhochdeutsche (ab 1650). In der althochdeutschen Periode lag die literarische Tätigkeit vor allem in Händen von Geistlichen oder geistlich Gebildeten. In der mittelhochdeutschen Periode findet sich zunehmend weltliche Dichtung, etwa in Form von Minnesang und Heldenepik. Mit der höfischen Literatur entstanden, oft in Anlehnung an französische Vorbilder, einige der wichtigsten Texte der frühen deutschen Literaturgeschichte. Das Frühneuhochdeutsche fällt in mehrfacher Hinsicht in eine Zeit des Umbruchs: Reformation, Buchdruck oder Gründung des »Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation« sind nur einige Schlagworte, die auch in engem Zusammenhang mit dem aufkommenden Streben nach einer überregionalen Standardsprache stehen. Diese Tendenz setzt sich im Neuhochdeutschen fort, das unter anderem geprägt ist durch ein verstärktes Bemühen um eine Kodifizierung des Deutschen durch Regelwerke zu Grammatik und Rechtschreibung. Einige Forschende setzen ab dem 20. Jahrhundert eine weitere Sprachstufe, das Gegenwartsdeutsche, an. Dies ist insofern sinnvoll, als sich das Deutsch von 1650 vom heutigen Deutsch doch recht deutlich unterscheidet, was sich teilweise auch mit gesellschaftlichen und technologischen Umbrüchen in Verbindung bringen lässt, und hat zugleich den angenehmen Nebeneffekt, dass sich der erwähnte 300-Jahres-Rhythmus für die Periodisierung der deutschen Sprachgeschichte aufrechterhalten lässt. Selbstverständlich stellen Periodenbezeichnungen wie »Althochdeutsch« oder

handelt, finden wir statt des stimmhaften »b« ein stimmloses »p« im Wort »bist«. Das Doppel-e in »unseer« zeigt an, dass dieses e lang war; erst im Mittelhochdeutschen ist hier eine Kürzung eingetreten. Auf der grammatischen Ebene fällt auf, dass das Wort »Himmel« ohne Begleiter auskommt – es heißt schlicht »in Himmel«, ohne den bestimmten Artikel, der sich in der gegenwartsdeutschen Version in dem Wörtchen »im« versteckt. Das liegt daran, dass solche Begleiter im heutigen Deutschen zumeist die Funktion erfüllen, grammatische Merkmale wie Kasus und Numerus auszudrücken: »der Himmel – des Himmels – den Himmel – dem Himmel – die Himmel« etc. Im Althochdeutschen lassen sich die Kasusformen zumeist noch durch ihre Endungen unterscheiden: Nominativ (und Akkusativ) »himil«, Genitiv »himiles« oder »himilas«, Dativ »himile« oder »himila«, um nur das Paradigma für den Singular zu nennen. Im Laufe der deutschen Sprachgeschichte wurden unbetonte Nebensilben jedoch immer stärker reduziert und sind teilweise ganz geschwunden. Dadurch sind, wie im Fall von »Himmel«, viele Kasusformen zusammengefallen. In der Folge wurden Begleiter, wie eben beispielsweise bestimmte und unbestimmte Artikel, in immer mehr Kontexten genutzt und damit obligatorisch: »in Himmel« erscheint uns heute falsch oder, wie man in der Linguistik sagt, ungrammatisch.

Dieses Beispiel zeigt auch, wie unterschiedliche Wandelprozesse ineinandergreifen können. Ein Wandel auf lautlicher Ebene kann weitreichende Konsequenzen auch für die Grammatik einer Sprache nach sich ziehen. Natürlich setzt nicht jeder Sprachwandelprozess eine solche

auch im Bereich der metasprachlichen Reflexion, die viele auffälligere Sprachwandelprozesse begleitet. Die Kritik an Anglizismen beispielsweise durchzieht seit vielen Jahrzehnten die Feuilletons – meist mit den gleichen Argumenten, mit denen etwa im 19. Jahrhundert Gallizismen, also Lehnwörter aus dem Französischen, gegeißelt wurden. Ein weiterer Dauerbrenner der Sprachkritik ist die Kritik an vermeintlich »falschen« grammatischen Formen – »wegen dem« statt »wegen des« – oder festen Wendungen – »das macht Sinn« statt dem angeblich richtigeren »das ergibt Sinn«. Diese Kritik zeigt deutlich, dass Sprache in mehrfacher Hinsicht identitätsstiftend ist: Mit dem Gebrauch einer bestimmten Sprache oder eines bestimmten Dialekts können wir die Zugehörigkeit zu einer Gruppe signalisieren, und durch den Gebrauch vermeintlich »besserer« sprachlicher Formen können wir uns von anderen Personen abgrenzen. Zu der Frage, inwieweit das Prestige sprachlicher Formen auch zum Sprachwandel beiträgt, gibt es allerdings bislang noch recht wenig Forschung. Auch die Frage, inwieweit die Normierung von Sprache etwa durch kodifizierte Grammatikregeln die Entwicklung einer Sprache beeinflusst und Sprachwandel möglicherweise ausbremst, ist bislang nur in Ansätzen erforscht. Klar ist allerdings, dass Sprachwandel niemals aufhört – auch wenn einige Sprachwandelprozesse für die Sprachbenutzenden gefühlt auffälliger sein mögen, während sich andere eher »unter dem Radar« vollziehen.

Stefan Hartmann ist Juniorprofessor für Germanistische Sprachwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Frühkindliche Sprachentwicklung

Beschreibung und Verlauf der typischen Sprachentwicklung

GISELA SZAGUN

Die meisten Kinder sprechen ihre ersten Wörter im Alter von neun bis 18 Monaten. Monatelang bleibt es bei einigen wenigen Wörtern. Danach beschleunigt sich das Wortschatzwachstum – mit wechselnden Phasen von schnellerem und langsamerem Fortschritt. Im Alter von vier Jahren ist ein Basiswortschatz erreicht.

Schon mit der ersten Beschleunigung des Wortschatzwachstums geschieht ein entscheidender Schritt: Die Kinder beginnen, Wörter zu kombinieren. Zwischen 17 bis 28 Monaten produzieren sie ihre ersten Zweiwortsätze. Das ist der Beginn des Aufbaus einer Grammatik und damit eines Systems zur Kombination von Wörtern und Morphemen, zu dem – soweit wir wissen – nur Menschen fähig sind. Eine Grammatik ermöglicht uns, immer neue Sätze zu bilden. Sie wird daher als kreativ und zentrales Element der Sprache betrachtet. In der Kindersprache dominieren zunächst Kombinationen von kleinen Wörtern und Substantiven wie etwa »da Auto«, »Hund weg«. Schon bald folgen Zweiwortsätze mit Subjekt und infinitem Verb wie in »du holen«, aber auch solche mit konjugiertem Verb »Hund bellt«. Aus diesen werden schnell Mehrwortsätze, in denen oft monatelang die infiniten Verbformen überwiegen. Dann jedoch erfolgt, entweder allmählich oder etwas abrupt, ein Anstieg von Mehrwortsätzen mit finitem Verb, gefolgt von Sätzen mit Hilfsverb plus Infinitiv. Das alles geschieht zwischen 24 und 34 Monaten. Besonders bemerkenswert ist, dass die Kinder kaum Fehler bei der Verbstellung machen. So steht das konjugierte Verb in Zweitstellung und Infinitive in Endstellung.

Parallel zum Aufbau der Syntax erfolgt der Aufbau der Flexion. Die wesentlichen Paradigmen sind: Plural der Substantive, Genus (grammatisches Geschlecht), Kasus an Artikeln und anderen Artikelwörtern und die Konjugation der Verben. Alle Flexionsmarkierungen beginnen zwischen 21 und 30 Monaten. Die Präsensformen des Verbs und das grammatische Geschlecht der Substantive sind mit 34 bis 36 Monaten erworben, während die Pluralbildung, das Partizip des Verbs und insbesondere die Kasusmarkierung bis zur Schulzeit noch mehr oder weniger fehlerhaft bleiben können. Bis zum Alter von vier Jahren, haben die Kinder eine grundlegende Grammatik erworben.

Lernmechanismen

Zur Erklärung der erstaunlichen Schnelligkeit und Mühelosigkeit, mit der kleine Kinder die Grammatik ihrer Muttersprache erwerben, wird das aus der Ethologie stammende Konzept der »sensiblen Phase« herangezogen. Eine sensible Phase ist eine begrenzte Zeitspanne während der Entwicklung, in der ein Organismus eine erhöhte Sensibilität gegenüber einer bestimmten Art von Erfahrung hat. Auf die menschliche Sprache angewandt umfasst diese Zeitspanne die ersten vier Lebensjahre. In dieser Zeit wirkt sprachliche Erfahrung besonders stark auf das Gehirn, sodass Sprache sehr schnell gelernt wird. Danach lässt die erhöhte Sensibilität für sprachliches Lernen sehr allmählich nach. Für die Annahme einer sensiblen Phase für sprachliches Lernen spricht, dass Kinder in den unterschiedlichsten Sprachen und Kulturen in den ersten vier Jahren eine grundlegende Grammatik ihrer Muttersprache erwerben.



Die Frauenrechtlerin und Abolitionistin Sojourner Truth fordert in ihrer Rede »And ain't I a woman?!« (Und bin ich keine Frau?!) auf der Frauenrechtskonvention 1851 in Ohio Gleichberechtigung

Ein weiterer wichtiger Lernmechanismus ist die Analogiebildung beim Aufbau von Flexionssystemen. Interessanterweise geben uns die Fehler der Kinder Aufschluss über den Lernprozess. Beim Erwerb von Plural und Genus nutzen Kinder Regelmäßigkeiten in den Lautmustern des Substantivs. Beim Erwerb der Pluralmarkierung gruppieren sie Wörter mit gleichem Auslaut zusammen und bilden ein abstraktes Schema: »Blume-n«, »Lampe-n«, »Puppe-n« wird zu: Wörter auf -e erhalten -n. »Oma-s«, »Sofa-s« wird zu: Wörter auf Vollvokal erhalten -s. Auf der Basis dieser Regelmäßigkeiten produzieren Kinder dann »Tier-e-n«, »Hund-e-n«, aber auch »Tiger-s« und »Bagger-s«, da ein -er am Wortende wie ein kurzes -a klingt.

Auch beim Erwerb der Genus Markierung folgen die Kinder den Klangmustern. Substantive mit Konsonant Kombinationen am Wortanfang und Wortende und solche, die auf -en, -el und -er enden, tendieren dazu, maskulin zu sein. Beispiele sind: »der Zwerg«, »der Wagen«, »der Eimer«, »der Igel«.

Bei Ausnahmen gebrauchen die Kinder die Artikel gelegentlich fehlerhaft. Und nicht nur das: Sie gebrauchen den maskulinen Artikel. So produzieren sie »der Brett«, »der Butter«, »der Fohlen«. Die Kinder folgen damit der Regelmäßigkeit.

So geben uns die Fehler der Kinder Aufschluss über ihren Lernprozess. Beim Lernen durch Analogiebildung führt die Orientierung an Klangmustern besonders bei der Genus-Zuordnung zu einem schnellen Erwerb des Systems, jedoch sowohl bei Plural und Genus ebenso zu Fehlern. Diese verschwinden, wenn Ausnahmen und weitere Regelmäßigkeiten erworben werden. Dabei unterstützt auch die Häufigkeit, mit denen die Wörter des Basisvokabulars gebraucht werden.

Individuelle Unterschiede

Der frühkindliche Spracherwerb ist durch eine extreme individuelle Variabilität gekennzeichnet. Repräsentative Normierungsstudien in vielen Sprachen inklusive Deutsch zeigen, dass der

Altersunterschied zwischen Kindern auf dem gleichen Sprachstand bis zu elf Monate betragen kann. So können eineinhalbjährige und zweieinhalbjährige Kinder den gleichen Sprachstand aufweisen und erreichen dennoch bis zum Alter von vier Jahren eine grundlegende Grammatik. Der Grund für dieses scheinbare Paradox ist, dass Entwicklungsverläufe auch beim gleichen Individuum stark schwanken. Anfänglich langsame Kinder werden schneller und umgekehrt. Ehemals gültige Phasenmodelle, nach denen jedes Kind im gleichen Alter bestimmte sprachliche Errungenschaft erwirbt, sind seit Langem überholt. Wir können nur Altersspannen angeben, in denen das Lernen bestimmter Paradigmen beginnt, und Altersspannen, wann das Paradigma erworben ist – so wie ich es hier im ersten Abschnitt dargestellt habe.

Einflüsse auf den Spracherwerb

Beim Erwerb einer Sprache interagieren der Aufbau neuronaler Systeme und

die Erfahrung mit Sprache. Das Produkt sind die typischerweise bei Erwachsenen beobachteten neuronalen Aktivitätsmuster zur Verarbeitung von Grammatik und Semantik. Die stärksten Umwelteinflüsse sind die Eltern-Kind-Interaktion und die häusliche Lernumwelt. Förderlich auf den Spracherwerb wirken sprachlich vermittelte Erfahrungen – auch mit Büchern und außerhäuslichen Ereignissen – und eine kindgerichtete Sprache, die dem kognitiven Niveau des Kindes angepasst, aber dennoch strukturell und im Vokabular abwechslungsreich ist. Soziale Benachteiligung oder Migrationshintergrund allein wirken nicht per se negativ, sondern nur, wenn andere Faktoren wie geringes Interesse an sprachlicher Interaktion mit dem Kind oder ungenügender Zugang zu Deutsch hinzukommen. Umgekehrt ist höherer Bildungsstand nicht per se förderlich, sondern eher dann, wenn die Eltern-Kind-Interaktion sensibel gegenüber den Interessen und dem Kommunikationsbedürfnis des Kindes ist.

Es mag ernüchternd klingen, aber der beste Rat an Eltern und Betreuer von Kleinkindern ist, mit abwechslungsreicher Sprache und echtem Interesse an der Kommunikation mit dem Kind zu reden.

Gisela Szagun ist Universitätsprofessorin (pens.) am Institut für Psychologie, Fachbereich VI – Medizin und Gesundheitswissenschaften an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg

ZU DEN BILDERN

Als zentrales Mittel menschlicher Kommunikation spielt Sprache eine wichtige Rolle für das menschliche Miteinander und gesellschaftliche Zusammenleben. Mithilfe von Sprache teilen wir anderen unsere Gedanken sowie unsere Empfindungen wie Freude oder Ärger mit. Darüber hinaus kann Sprache Emotionen wecken und sogar unser Denken und Verhalten beeinflussen. Sie kann Identität stiften, verbinden oder auch spalten und hat daher nicht zuletzt auch eine gewisse Macht.

Das wird deutlich, wenn wir einen Blick auf die bedeutenden Reden der Geschichte und unserer Zeit werfen. Eine Auswahl dieser wirkmächtigen Reden und legendären Worte, die heute noch nachhallen, zeigen wir in diesem Schwerpunkt. Von einigen der abgebildeten Reden ist in den Köpfen der Menschen vor allem ein bestimmter Satz hängen geblieben. Beispiele dafür sind »Ich bin ein Berliner« von John F. Kennedy oder »Yes We Can«, der Wahlkampfslogan von Barack Obama. Andere wiederum sind Auslöser kontroverser Debatten und Anstoß für gesellschaftliche Veränderung gewesen. Dazu zählt z. B. die Rede zum Gesetzesentwurf zur Legalisierung der Abtreibung der ehemaligen französischen Ministerin und Auschwitz-Überlebenden Simone Veil vor dem französischen Parlament, das damals im Jahr 1974 aus 481 Männern und neun Frauen bestand. Sie löste heftige Widerstände aus und ist ebenso ein Meilenstein für die Selbstbestimmung von Frauen. Ein anderes Beispiel ist die Rede »I have a dream« des Bürgerrechtlers Martin Luther King beim Marsch auf Washington, in der er die Gleichberechtigung für Afroamerikanerinnen und -amerikaner forderte. Die Rede gilt als rhetorisches Meisterwerk und zählt zu den bedeutendsten Reden der US-Geschichte.

Auch wenn es sich bei den dargestellten Reden ausschließlich um eine kleine Auswahl handelt, besteht kein Zweifel: Sprache bewegt!



Den Menschen im Blick

Anja Katschner im Gespräch über logopädische Arbeit

Zur Sprache und Sprachkultur gehört auch die logopädische Arbeit: Die Leiterin der Frühförderstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe im Regionalverband Westthüringen, Anja Katschner, gibt im Gespräch mit Theresa Brüheim Einblick in ihre Arbeit und blickt auf die Zukunft des Berufsfeldes.

Theresa Brüheim: Frau Katschner, Sie sind Logopädin. Wie sieht ein typischer Arbeitstag bei Ihnen aus?
Anja Katschner: Wir therapieren Kinder bis Schuleintritt und arbeiten dabei interdisziplinär mit anderen Professionen wie Ergotherapie, Motopädie, Physiotherapie und Heilpädagogik zusammen. Das rein therapeutisch logopädische Arbeiten, wie es noch vor 15 Jahren überwiegend stattfand, ist nicht mehr mein Alltag. Wir versuchen über das eigene therapeutische Arbeitsfeld hinauszublicken, denn es gibt Überschneidungen zwischen den Professionen. Es geht vielmehr darum, die Patientin oder den Patienten ganzheitlich zu sehen, um Therapieziele schneller zu erreichen. Seit mehr als zwei Jahren ist zur Frühförderstelle auch eine Praxis für Logopädie und Ergotherapie hinzugekommen, sodass wir über des Schuleintrittsalter hinaus betreuen.

Ist das interdisziplinäre Arbeiten eine Entwicklung, die Sie allgemein sehen? Oder ist das spezifisch für die Arbeit in einer Frühförderstelle?
Beides. In der Frühförderstelle betreuen wir gemeinsam professionenübergreifend Patientinnen und Patienten. Da ist es nicht weit her, sich über die Bedarfe auszutauschen, um gemeinsam an Zielen zu arbeiten und zu verstehen, was in die eigene Arbeit adaptiert werden kann. Zugleich lässt sich diese Entwicklung der interdisziplinären Zusammenarbeit allgemein verstärkt beobachten.

Lassen Sie uns noch mal zum typischen Arbeitstag zurückkommen. Mein Arbeitsort befindet sich in Gotha, aber meine Kolleginnen und ich sind viel mobil im Landkreis unterwegs. Das bedeutet, dass ein typischer Arbeitstag früh beginnt. Ich bin täglich um 7 Uhr vor Ort in der Frühförderstelle, packe meine Sachen und fahre dann mit einem Dienstfahrzeug in einen der Kindergärten, die ich betreue. Dort nehme ich mir in der Einzelförderung Kinder aus dem Kindergartenalltag heraus und betreue sie logopädisch. Das heißt, ich mache mit ihnen logopädische Therapien und spreche mich mit dem pädagogischen Personal ab, um zu wissen, was sie bei den Kindern beobachten und was ggf. weiter in die Förderung eingebaut werden könnte. Danach betreue ich entweder noch Kinder in der Grundschule – dafür fahre ich auch in die Grundschule und therapiere vor Ort –, oder ich bin im Anschluss in unserer Frühförderstelle und habe dort Patientinnen und Patienten.

Was ist konkret unter logopädischer Betreuung zu verstehen? Da sind therapeutische Maßnahmen im Rahmen der Logopädie, die bei jeder Patientin und jedem Patienten unterschiedlich sind – je nachdem, was die Diagnostik ergeben hat und welche Ziele und Förderschwerpunkte gesetzt werden. Ein Beispiel: Ein Kind hat orofazial, also im Bereich der Mundmotorik, ein muskuläres Ungleichgewicht. Deshalb kann es Zischlaute wie »s«, »ch«, »sch« und »z« schlecht aussprechen – aufgrund der Tatsache, dass die Zunge zwischen

den Zähnen durchkommt. In dem Fall trainieren wir sowohl die Mundmotorik also auch die Muskulatur und ihre Koordination, die an der Artikulation der Laute beteiligt ist. Wichtig ist es, die Laute dann rezeptiv und expressiv zu üben: Wie hören sich die Laute korrekt an? Wie unterscheiden sie sich? Sodass die Kinder zukünftig nicht nur die bekannten Wörter, die diese Laute enthalten, produzieren können, sondern eben auch, wenn sie neue Wörter mit diesen Lauten hören oder lesen, genau identifizieren

zum »K« gemacht hat. Heute kommen vielmehr Kinder, die schon in ganz jungen Jahren, ab zwei, therapiert werden, weil sie einen zu geringen Wortschatz und kaum Sprachverständnis haben. Für jedes Alter gibt es bestimmte Grenzsteine, die man erreichen sollte. Wenn Kinder diese nicht erreicht haben, verzögern sich häufig andere Entwicklungsprozesse. Ist das Sprachverständnis bzw. der Wortschatz nicht entsprechend ausgebildet, entstehen Herausforderungen beim Ausdruck und



Der frühere amerikanische Präsident John F. Kennedy hält am 26. Juni 1963 seine berühmte Rede mit dem Ausspruch »Ich bin ein Berliner«

können, um welchen spezifischen Laut und um welchen Buchstaben es sich handelt. Denn wir können natürlich nicht alle Wörter, die diese Laute enthalten, trainieren. Unsere Therapie funktioniert also nicht wie das Einmaleins, das die Kinder auswendig lernen – so funktioniert Sprache generell nicht. Sie müssen verstehen, um welchen Laut es sich handelt, wie er gebildet wird, wie er klingt und wie er sich unterscheidet.
Des Weiteren betreue ich viele Kinder, die Deutsch als Zweitsprache erlernen und dann z. B. eher Schwierigkeiten mit dem Wortschatz, im Sprachverständnis oder in der Grammatik haben. Ich betreue auch Kinder in der Grundschule, die eine Lese-Rechtschreib-Schwäche oder eine Dyskalkulie, also eine Rechenschwäche haben. Wir haben auch ältere Patienten im Hausbesuch oder in der Tagespflegeeinrichtung, die nach einem Schlaganfall oder einem Hirninfarkt logopädische Betreuung brauchen, weil sie eine Aphasie, Wortfindungsstörungen oder Schreibschwierigkeiten entwickelt haben. Die logopädische Betreuung und Therapie sind von Fall zu Fall unterschiedlich.

Gibt es bestimmte Sprach-, Sprech- oder Stimmstörungen, die besonders häufig auftreten und therapiert werden? Was beobachten Sie in Ihrem Berufsalltag?
Ich kann mich nur für den Bereich der Kinder und Kindersprache äußern. Hier sehen wir vor allem, dass die sogenannten Störungsbilder komplexer werden. Vor über zehn Jahren kamen vermehrt von Sigmatismus betroffene Kinder, sprich sie haben gelispelt. Oder sie hatten eine KT-Lautvertauschung, also sie haben z. B. das »T«

bei grammatischen sowie artikulatorischen Prozessen. Wenn Kinder mit sprachlichen Herausforderungen zu uns kommen, arbeiten wir daran, den Wortschatz und das Sprachverständnis aufzubauen. Im nächsten Schritt betrachten wir die Grammatik und Phonologie. Gerade im Nachgang der Coronapandemie lassen sich diese Störungsbilder gehäuft beobachten. Insgesamt verzeichnen wir ein höheres Maß an Anmeldungen sowohl in der Frühförderung als auch in den anderen Professionen. Vieles bedingt sich natürlich gegenseitig: Kann ein Kind sich z. B. aufgrund von mangelndem Sprachverständnis nur schwer ausdrücken, kann es nicht immer deutlich machen, was es will oder wie es ihm geht. Das kann zu einem Rückzug oder sozial unangepasstem Verhalten führen. Wenn man schlecht kommunizieren kann, kann man häufig soziale Interaktionen schlechter interpretieren. Denn Sprachverständnis und Wortschatz haben viel mit Kognition zu tun.

Welche aktuellen Herausforderungen bestehen in der Logopädie?
Es wird immer schwieriger, dem Patientenstrom gerecht zu werden. Wir verzeichnen regelmäßig Anmeldungen in den verschiedenen Disziplinen, besonders in der Logopädie. Leider können wir nicht alle Patientinnen und Patienten annehmen. Wir sind gezwungen, abzuwägen, welche Behandlungen dringlicher sind. Meldet sich z. B. eine ältere Person an, die eine Schluckstörungen hat, deswegen nicht essen kann oder vielleicht sogar Gefahr läuft, dadurch eine Lungenentzündung zu bekommen, dann wird diese von uns so schnell wie möglich versorgt. Es wird getauscht

und geschoben, um die Person zu therapieren. Wir könnten alle von 7 bis 20 Uhr arbeiten. Das ist eine große Herausforderung. Hinzu kommt, dass es sehr schwierig geworden ist, Personal zu finden. Nun nehmen Sie beides vor dem Hintergrund der komplexer werdenden Störungsbilder – es sind sehr große Herausforderungen, die sich stellen.

Das führt uns zum nächsten Thema: der Fachkräftemangel in der Logopädie.
Da ich die Leitung der Frühförderstelle inne habe, laufen die Bewerbungen über meinen Tisch. Die letzten Einstellungen haben wir 2021 getätigt – weil wir einfach kein passendes Personal finden. Mein Gefühl ist, die

Ausbildung in der Regel gar keinen Platz. Hinzu kommt, dass viele Logopädieschulen ein Schulgeld verlangen.

Wie blicken Sie auf die Zukunft des Berufsfeldes?
Mit gemischten Gefühlen. Auf der einen Seite freue ich mich, dass in den Studiengängen und Ausbildungsstätten das interprofessionelle Arbeiten mehr angegangen wird. Auch der Lehrkräftenachwuchs nimmt zu, und die wissenschaftliche Evidenz für das interprofessionelle Arbeiten ist durch einschlägige Forschung immer mehr gegeben. Auf der anderen Seite bin ich skeptisch, da es Probleme gibt, Nachwuchs an den Berufszweig heranzuführen. Dadurch sehe ich Schwierigkeiten, die zunehmende Anzahl an Patientinnen und Patienten weiter zu versorgen. Es liegt sicher nicht nur daran, dass junge Menschen sich nicht vorstellen können, was einen Beruf in der Logopädie ausmacht, sondern ggf. sind andere Berufe und Studiengänge einfach attraktiver. Ich frage mich, ob heute der Wunsch besteht, weniger Verantwortung im Beruf zu übernehmen oder vermeintlich mehr Work-Life-Balance zu haben. Ich möchte das nicht beurteilen, jede und jeder hat unterschiedliche Prioritäten im Leben. Aber natürlich macht mir die Versorgungslage bei mangelndem Nachwuchs mit entsprechender Qualifikation Sorge. Logopädin bzw. Logopäde ist ein Beruf, der mit Menschen zu tun hat. Ich muss mich auf Menschen einlassen und mit ihnen arbeiten können. Dazu gehört eine Form des Beziehungsaufbaus mit den Patientinnen und Patienten sowie ihren Angehörigen, aber auch mit Ämtern, Ärztinnen und Ärzten, pädagogischem Personal etc. Man ist immer im sozialen Austausch. Das muss man mögen und können.
Denn Logopädin/Logopäde ist ein wertiger, vielseitiger und ganz wichtiger Beruf – mit vielen Chancen für junge Menschen. Nicht jeder Patient oder jedes Störungsbild ist gleich. Entsprechend wird die Arbeit nie langweilig. Man kann sich individuell weiterbilden. Und auch wichtig zu erwähnen: Der Beruf ist heute nicht mehr schlecht bezahlt, es lässt sich ein gutes Leben mit dem Gehalt führen.

Wie könnte mehr Aufmerksamkeit für Ihr Berufsfeld geschaffen werden?
Die Fachverbände im Bereich der Logopädie betreiben natürlich schon Lobbyarbeit. Aber das ist oftmals nicht genug und zu wenig präsent. Im täglichen Austausch habe ich häufig das Gefühl, dass viele Leute – nicht nur Privatpersonen, sondern zum Teil auch therapeutische Fachkräfte sowie Ärztinnen und Ärzte aus anderen medizinischen Bereichen – nicht genau wissen, was Logopädie beinhaltet. Da wünsche ich mir mehr Aufklärungsarbeit. Ich wünsche mir auch, dass die Krankenkassen offener für die logopädische Arbeit sind. Therapeutinnen und Therapeuten werden bzgl. der Abrechnung viele Steine in den Weg gelegt, was zum Teil auch ein Kündigungsgrund ist. Ähnlich wie in der Pflege scheitern Logopädinnen und Logopäden, die bereits gearbeitet haben, an systemischen Strukturen, weil Rezepte nicht bezahlt oder Leistungen erst im dritten, vierten Anlauf vergütet werden. Ich sehe es auch problematisch, dass es keinen therapeutischen Direktzugang gibt wie z. B. in Österreich.

Vielen Dank.

Anja Katschner ist Logopädin, Therapiewissenschaftlerin und Leitung der Frühförderstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe im Regionalverband Westthüringen. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur



Am 28. August 1963 hält der Bürgerrechtler Martin Luther King seine berühmte Rede »I have a dream ...« beim Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit

Im Getriebe der Weltliteratur

Immer neue Ausdrucks- wege mittels Übersetzung

PATRICIA KLOBUSICZKY

Wer in Deutschland Literatur übersetzt, kann auf eine lange Tradition zurückgreifen und auf eine Sprache, die, nicht zuletzt durch ebendiese Tradition, ungeheuer reich ist, an Begriffen, Formen und generell an schöpferischem Potenzial und Ausdruckskraft. Bekanntlich hat Luther durch seine epochale Bibelübersetzung die Möglichkeiten der Volkssprache ausgeschöpft und sie zugleich erweitert – und das tut bis heute jede literarische Übersetzung, die diesen Namen verdient. Begünstigt wird unsere Praxis aber auch durch eine beständig wachsende Welt-offenheit und Weltläufigkeit seitens der Leserschaft, denn so muss eine Übersetzung heute im Gegensatz zu manch früheren Zeiten nicht mehr radikal »einbürgern«, sie kann Fremdes gelegentlich fremd belassen und ihre Urheberin je nach Werk darauf vertrauen, dass der Kontext anschaulich genug ist, oder ein Geleitwort verfassen oder ein Glossar erstellen. Tatsächlich ist die Art und Weise, in der zu einer gegebenen Zeit übersetzt werden darf (unendlich vielfältig in liberalen Systemen) oder muss (ohne jeden Spielraum dort, wo Zensur herrscht), immer auch ein Spiegel der Gesellschaft, genau wie das, was übersetzt und wie es rezipiert wird. So gesehen, leben wir hier, noch jedenfalls, in einem literarischen Schlaraffenland, denn es wird nicht nur viel entdeckt und vermittelt, zunehmend aus uns, die wir immer noch stark westlich-abendländisch geprägt sind, fernerer Kulturen wie die Asiens oder Afrikas, deren Gegenwartsliteratur sich sehr produktiv mit den Auswirkungen von Globalisierung und Kolonialismus auseinandersetzt, sondern auch rege diskutiert, beispielsweise über Themen wie Klassismus oder kulturelle Aneignung, und das fließt wiederum in Werke der aktuellen deutschsprachigen Literatur ein.

So war es schon immer: Ohne inhaltliche und formale Inspiration durch Werke der Weltliteratur hätte es in den Nationalliteraturen keine Entwicklung und Neuerung gegeben – kein französisches Sonett ohne Petrarca, kein russischer Roman ohne Balzac, und hätten Stimmen wie die von Annie Ernaux oder Didier Eribon in Deutschland nicht so nachhaltige Debatten ausgelöst, wären wir vielleicht um ein paar deutschsprachige Entdeckungen ärmer. Die literarische Übersetzung spielt für unsere Kultur also nach wie vor eine viel größere Rolle, als manch einer vermuten mag. Und sie ist ein Feld, auf dem weiterhin geistig-kreative Bravourstücke vollbracht werden, gerade im deutschsprachigen Raum,

Übersetzung ist ein zutiefst menschlicher Austausch. Die Übernahme durch KI befremdet

wo selbst das, was in vielen anderen Ländern über Jahre, Jahrzehnte oder Jahrhunderte als unübersetzbar galt oder noch gilt, durch kühne Sprachkünstler und akribische Wortartistinnen übertragen wird, in jüngster Zeit etwa Joshua Cohens Monumentalroman »Witz«, den Ulrich Blumenbach in jahrelanger Knobelarbeit virtuos aus dem Englischen übertragen hat, oder Andrej Platonows durch und durch experimentelles und politisches Werk »Die Baugrube«, für das seine Übersetzerin Gabriele Leupold im Deutschen eine eigene Kunstsprache der völligen Entfremdung geschaffen hat. Auf diese Weise werden nicht nur räumliche, sondern auch zeitliche Distanzen überwunden, das zeigen die vielen Neuübersetzungen bekannter Klassiker etwa von Cervantes, Flaubert oder Tolstoi, aber auch etliche Erstübersetzungen, die zu einer

Feminisierung und Diversifizierung unseres Kanons beitragen. So schärfen aktuelle Diskurse den Blick für das, was in der Vergangenheit übersehen wurde, und tragen zu einer noch intensiveren Vermittlungstätigkeit bei, die ohne Übersetzungen nicht zu leisten wäre. Diese Diskurse werfen zudem Fragen auf, die uns dazu animieren, die Strukturen der Branche zu hinterfragen, beispielsweise die Frage, ob sie die zunehmende Diversität in unserer Gesellschaft abbildet oder tatsächlich noch viel zu homogen ist. Erfreulicherweise hat die Debatte um die Übersetzung von Werken der jungen afroamerikanischen Lyrikerin Amanda Gorman einiges in Gang gesetzt, sowohl eine wachsende Sensibilisierung für diskriminierende Sprache als auch eine immer sichtbarer werdende Vielfalt im Literaturbetrieb.

Da die Übersetzung einen zutiefst menschlichen Austausch darstellt, befremdet die Vorstellung, dass diese Tätigkeit, die doch so vieles voraussetzt – Wissen, Kreativität, Feingefühl, Musikalität, Welt- und Lebenserfahrung, Empathie, pedantische Genauigkeit genau wie anarchische Spielfreude, die Fähigkeit, alles Erdenkliche unbefangen auszuprobieren und zugleich das eigene Tun zu reflektieren –, in absehbarer Zeit angeblich von der so trügerisch bezeichneten Künstlichen Intelligenz übernommen werden könnte. Wer dieser Tage etwa DeepL, den laut Eigenwerbung »präzisesten Übersetzer der Welt«, testet, dürfte umgehend feststellen, dass von Übersetzung keine Rede sein kann, denn es geht mitnichten darum, das nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit und den Berechnungen des Algorithmus Erwartbare einzusetzen, sondern im Gegenteil: Literarische Übersetzer und Übersetzerinnen bahnen immer neue Ausdruckswege für das, was in unserer Sprache und Literatur noch nicht vorhanden ist und unbedingt Eingang finden soll.

Patricia Klobusiczky ist literarische Übersetzerin und Sprecherin der Deutschen Literaturkonferenz

Was steht im Duden?

Vier Fragen an Kathrin Kunkel-Razum

1880 veröffentlichte Konrad Duden erstmals ein Vollständiges Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Heute gilt der Duden nicht nur als Marke der deutschen Sprache, sondern bildet die Grundlage einer einheitlichen deutschen Rechtschreibung. Politik & Kultur spricht mit Kathrin Kunkel-Razum, die seit 1997 Redakteurin im Dudenverlag ist und seit 2016 die Dudenredaktion leitet.

Wie kommt ein neues Wort ins Duden-Wörterbuch?
Die meisten Neuaufnahmen ermitteln wir durch die Analyse des Dudenkorpus. Das ist eine Art digitale Bibliothek, in der wir Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften, aber auch Sach- und Fachtexte, populärwissenschaftliche Texte, Romane und Ähnliches sammeln. Diese Sammlung umfasst derzeit etwa 6,7 Milliarden laufende Wortformen, ein bestimmtes Wort wie »Jahr«, »arbeiten«, »singen« tritt also mehrfach und in unterschiedlichen Formen (»Jahre«, »arbeitete«, »sang« ...) auf. Insgesamt sind etwa 20 Millionen unterschiedliche Wörter enthalten. Diese Sammlung wächst ständig, und wir durchforsten sie mit computerlinguistischen Hilfsmitteln regelmäßig nach den am häufigsten belegten neuen Wörtern. Diese müssen aber weiteren Kriterien entsprechen – sie sollen über einen längeren Zeitraum vertreten, also keine Eintagsfliegen, und keine Individualbildungen eines Autors bzw. einer Autorin sein sowie möglichst in unterschiedlichen Textsorten auftreten. Aus dieser – zunächst maschinell erzeugten – Sammlung wählen wir dann in der Redaktion die Neuaufnahmen für den Rechtschreibduden oder für Duden online aus.

Was kennzeichnet Ihre Arbeit in der Duden-Wörterbuchredaktion? Wie sieht ein typischer Arbeitstag aus?
Unsere Arbeitstage sind sehr vielfältig. Zunächst einmal werden sie gefüllt durch viele Managementaufgaben, dazu gehört z. B. die Programmplanung. Wir legen also in Abstimmung mit anderen Abteilungen des Verlags wie Vertrieb und Marketing fest, wann welches (Wörter-)Buch neu aufgelegt oder auch neu entwickelt wird und welche Kapazitäten dafür benötigt werden. Das gilt für Print- und digitale Titel gleichermaßen. Natürlich sind wir auch immer auf der Suche nach neuen Themen, die mit Sprache und ihrer Entwicklung zu tun haben, und nach Menschen, die diese Bücher zusammen mit uns erarbeiten möchten. Dann wird die wirtschaftliche Seite des Programms beleuchtet, die Titel werden kalkuliert. Wir arbeiten aber auch selbst redaktionell, schreiben also Artikel oder lekturieren Werke. Und einen beachtlichen Teil unserer Arbeitszeit nimmt die Öffentlichkeitsarbeit ein – wir beantworten Fragen der Journalistinnen und Journalisten, halten Vorträge, besuchen Konferenzen und Tagungen – natürlich auch zur eigenen fachlichen Weiterbildung. Oft bringen die Tage Überraschendes mit sich: Gerade wenn die Presse sich meldet, heißt es schnell zu recherchieren und zu informieren. Und wir arbeiten in vielen Gremien mit, so z. B. im Rat für deutsche Rechtschreibung, im Ständigen Ausschuss für geographische Namen, in verschiedenen DIN-Ausschüssen.

In jüngster Vergangenheit sind bei Duden zahlreiche thematisch gebundene Wörterbücher erschienen. Beispiele reichen von »Vielfalt: das andere Wörterbuch«

über »Sächsisch« bis zu »Sprachschätze: Mode und Beauty«. Was ist der Mehrwert?
Sprache interessiert und fasziniert die Menschen, das erleben wir jeden Tag: Sie ist vielfältig, sie entwickelt sich, sie ist Teil der Identität eines Menschen. Sie ist so viel mehr als das, was wir zwischen den beiden gelben Buchdeckeln des Rechtschreibdudens abbilden können. Darum gibt es so viele Themen, unter denen man die Sprache und ihre Entwicklung betrachten kann und auch so viele Modi: sachlich, spielerisch, emotional, aktuell, historisch ... Dialekte beispielsweise vermitteln uns ein Heimatgefühl, sie haben manchmal präzisere Wörter für Gegenstände oder auch für Gefühle als die Standardsprache und sie zeugen von Zugehörigkeit. Deshalb legen wir eine Dialektreihe auf, deren Titel aber nicht klassische Wörterbücher sind, sondern in denen die Autorinnen und Autoren von den Besonderheiten des Plattdeutschen, Hessischen, Wienerischen, Bairischen, Sächsischen oder von Ruhrdeutsch erzählen. Weitere Bände sind in Vorbereitung, so zum Pfälzischen, Badischen, Schwäbischen, Fränkischen, Berlinischen und auch zum Luxemburgischen, wiewohl das natürlich kein Dialekt ist.

Auf der anderen Seite gibt es viele aktuelle Entwicklungen, die sich in der Sprache manifestieren: Wir beobachten eine viel stärkere Entwicklung, eine Ausdifferenzierung unterschiedlicher Lebensentwürfe. Die Anerkennung dieser Vielfalt muss zum Teil auch erkämpft werden, und all dies geschieht durch und mit Sprache. Viele neue Wörter entstehen, und da der Rechtschreibduden ja nur alle drei bis vier Jahre neu erscheint, haben wir den Band »Vielfalt« veröffentlicht – ein aktuelles Wörterbuch mit 100 Diversity-Stichwörtern, erklärt von 100 Schreibern. Dieses Buch findet so große Resonanz, weil es neue Wörter ausführlicher erklärt, als es das klassische Wörterbuch kann, und es lebt auch von dem Kontrast zwischen der Duden-Definition zu jedem Stichwort und dem individuellen Blick der jeweiligen Autorin, des Autors auf das Wort.

Und Bücher nimmt man gern als Geschenk mit, zu Weihnachten, zum Geburtstag, zu einer Party. Daraus resultierte die Idee zu der Sprachschätze-Reihe: Basierend auf Artikeln aus dem Duden-Herkunftswörterbuch ordnen wir hier Wörter beispielsweise aus der Mode historisch ein, zeigen ihre Wurzeln und ihre Entwicklung auf. Versehen mit schönen Illustrationen und schön gestaltet sind so Duden-Geschenkbücher entstanden.

Inwieweit ist das Duden-Wörterbuch heute noch eine Instanz der deutschen Sprache?
Selbstverständlich ist Duden auch heute noch eine Instanz. Er wird millionenfach, besonders auch in der digitalen Form, konsultiert, wenn es um die richtige Schreibung, die Aussprache oder die Bedeutung geht. Die Nutzerinnen und Nutzer setzen sich mit dem, was wir festhalten, auseinander, bestätigen es oder melden Kritik an. Jeden Tag erhalten wir Belege zur Funktion von Duden-Bedeutungswörterbüchern als Referenz, beispielsweise in Zeitungsartikeln. Und nicht zuletzt werden in »Wer wird Millionär«-Fragen zum Duden gestellt, z. B. danach, welches Wort noch nicht im Duden steht – das ist immer wieder bewegend auch für uns.

Kathrin Kunkel-Razum leitet die Dudenredaktion



An ihrem 16. Geburtstag, dem 12. Juli 2013, forderte Malala Yousafzai in ihrer bewegenden Rede vor der UN kostenfreie Schulbildung für alle

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ASSOCIATED PRESS | MARY ALTAFFER

Die Renaissance der Sprachpolitik

Die sprachpolitischen Positionen im Grundsatzprogramm der AfD

HENNING LOBIN

Die gegenwärtig zu beobachtenden Auseinandersetzungen zum Thema Gendern zeigen überdeutlich, wie ein vermeintlich nebensächlicher »Triggerpunkt« (Stefen Mau) zum Zentrum kulturpolitischer Debatten werden kann. Dabei war Sprachpolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich ein nur selten diskutiertes Thema. In ihrer Programmatik hatten die Parteien kaum einen Satz dafür übrig. Es war schließlich die AfD, die der Sprachpolitik als erste Partei in ihrem Grundsatzprogramm von 2016 größere Aufmerksamkeit zumaß und dadurch als ein Betätigungsfeld markierte. Seitdem wird dieses mit einem kontinuierlichen Strom von Anträgen, Anfragen und Gesetzesinitiativen in den Parlamenten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bespielt.

Im AfD-Grundsatzprogramm werden konkrete Ziele formuliert, die der Bedeutung der deutschen Sprache Rechnung tragen sollen: die Forderung nach Aufnahme des Deutschen als Staatssprache ins Grundgesetz, die Etablierung der deutschen Sprache als immaterielles Kulturerbe, die Betonung der auswärtigen Sprachpolitik und des Status des Deutschen in der EU, der Vorrang des Deutschen an deutschen Hochschulen; schließlich auch sprachpraktische Zielsetzungen wie die Zurückdrängung des Englischen, die Ablehnung von »Sprachvorgaben«, »politischer Korrektheit« oder des Genderns.

Mittlerweile haben auch die anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien verstanden, dass sprachpolitische Themen das Potenzial besitzen,

stellvertretend für weitaus größere politische Themenbereiche zu stehen und diese in verständlicher Form zugänglich zu machen. Sprachpolitik ist in allen Teilen des politischen Spektrums zu einem Querschnittsthema geworden, mit dem in beispielhafter Weise komplexe Politikbereiche erschlossen werden. In den Programmen zur Bundestagswahl 2021 etwa haben mit Ausnahme der SPD alle Parteien ihre sprachpolitische Programmatik ausgebaut – zum Teil moderat, zum Teil aber auch in erheblichem Maße wie die CDU und die Grünen. Weiterhin führt dabei die AfD hinsichtlich der Anzahl der sprachpolitischen Positionen das Feld der Parteien mit großem Abstand an.

Exklusiv werden dabei nur wenige Positionen vertreten – Deutsch ins Grundgesetz, die Deutsch-Kompetenz medizinischen Fachpersonals und die Forderung nach mehr Deutsch in den Institutionen der EU bei der AfD, die Förderung von Sprachtechnologie als Zukunftsfeld bei der CDU. Andere Themen tauchen bei dieser Wahl das erste Mal in mehreren Programmen auf: Dass nicht nur der Islamunterricht selbst, sondern auch die islamkundliche Ausbildung der Lehrkräfte und Imame in deutscher Sprache zu erfolgen habe, fordern AfD und CDU. Das Thema Leichte Sprache wird eher ablehnend von der AfD aufgegriffen, deutlich befürwortend von den Grünen und der Linken. Zur Rolle der deutschen Sprache bei der Qualifikation für den Arbeitsmarkt äußern sich CDU und FDP in ihren Wahlprogrammen.

Die Schwerpunkte sprachpolitischer Positionierungen liegen jedoch in anderen Bereichen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien beschreiben ihre Positionen zu sprachlicher Integration in der Folge von Migration, besonders ausführlich die CDU und die Grünen, und auch das Thema der sprachlichen Bildung wird von diesen beiden Parteien großgeschrieben. Eine ganze Liste von Zielen

und Maßnahmen zur sprachlichen Bildung finden sich etwa bei der CDU in einem bildungspolitischen Abschnitt. Auch AfD, FDP und die Linke bekennen sich explizit zu sprachlicher Bildung, die AfD bei dieser Wahl erstmals in ihrer sprachpolitischen Programmatik.

Die zentrale Frage bei der Betrachtung dieser Entwicklung ist die, warum die AfD die deutsche Sprache zu ihrem politischen Anliegen gewählt hat und damit so erfolgreich Sprachpolitik auf die politische Agenda setzen konnte. Ist der AfD so sehr an der deutschen Sprache gelegen, dass sie ganz uneigennützig diese als ein Kulturgut schützen und fördern möchte?

Die AfD selbst gibt an verschiedenen Stellen eine Antwort auf diese Frage: Es ist der Zusammenhang zwischen Sprache, Kultur und Identität, der sie antreibt. »Kultur ist (...) die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert«, heißt es etwa in der Präambel zu dem in dieser Hinsicht zentralen siebten Kapitel »Kultur, Sprache und Identität« des Grundsatzprogramms. Kultur bestimme die gemeinsame Identität, und die deutsche Sprache sei ein wesentlicher Teil davon, wie es in diesem Kapitel weiter heißt: »Unsere Kultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider (...).«

Bereits zuvor wurde im Programm ausgeführt, worin die Bedrohung einer so verstandenen Kultur besteht: »Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und

Die sprachpolitischen Positionen in ihrem Grundsatzprogramm bieten der AfD somit die Möglichkeit, ein allseits als wichtig angesehenes und positiv bewertetes Thema zu besetzen

für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit.«

Sprache ist danach nicht einfach nur ein Kommunikationsmittel, sondern kodiert und bewahrt eine kulturelle Prägung. Das »Selbstverständnis« des »Raumes in der Mitte Europas« und die »Werthaltungen der Deutschen«, wie es die AfD schreibt, bilden zusammen mit der deutschen Sprache nach dieser Auffassung zwei Seiten ein und derselben Medaille. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass man die deutsche Kultur nur erfassen kann, wenn man außer der Sprache auch das besagte Selbstverständnis und die Werthaltungen teilt. Sprache allein genügt also nicht, um der deutschen Eigentümlichkeit teilhaftig zu werden. In einer Zeit, in der Begriffe wie »Nation« oder »Volk« (und erst recht »Rasse«) verdächtig geworden sind, erweist sich ein in dieser Weise ethnokulturell aufgeladener Sprachbegriff somit als geeignet, eine gesellschaftspolitisch als notwendig angesehene Distinktionsfunktion zu übernehmen.

Die sprachpolitischen Positionen in ihrem Grundsatzprogramm bieten der AfD somit die Möglichkeit, ein allseits als wichtig angesehenes und positiv bewertetes Thema zu besetzen und dabei mit ihren allgemeinpolitischen Positionen zu verknüpfen – die Ablehnung des Genderns etwa mit Wertvorstellungen zu Familie und Gesellschaft, Sprachförderung mit Einwanderungs- und Gesellschaftspolitik oder die Forderung nach Stärkung des Deutschen in den europäischen Institutionen mit einem ablehnenden Blick auf die EU. Das Thema der deutschen Sprache wird auf diese Weise zu einem Vehikel, um darüber hinausgehende politische Positionen wie mit einem Trojanischen Pferd weit hineinzutragen in die Mitte der Gesellschaft.

Henning Lobin ist Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache

»Jedes Land hat eine eigene Gebärdensprache«

Markus Meincke im Gespräch

Was macht Gebärdensprache aus? Sandra Winzer spricht mit dem tauben Dolmetscher und Vorstandsmitglied im Berufsverband der tauben GebärdensprachdolmetscherInnen Markus Meincke über die Entwicklung, Praxis und aktuelle Präsenz von Gebärdensprache in Deutschland. Das Interview fand per Video-Meeting statt. Meincke antwortete in Gebärdensprache, sein hörender Kollege Daniel Rose, staatlich geprüfter Dolmetscher für Gebärdensprache und Kind gehörloser Eltern, dolmetschte den Austausch.

Sandra Winzer: Die Deutsche Gebärdensprache ist eine natürlich entstandene Sprache mit umfassendem Vokabular und eigenständiger Grammatik. Jede Gebärde besteht aus einem Zusammenspiel von Handformen, Kopf- und Körperhaltung, auch die Mundgestik ist wichtig. Ist die Sprache international gleich?
Markus Meincke: Jedes Land hat eine eigene Gebärdensprache, sogar Dialekte innerhalb Deutschlands. Von Wochentagen bis hin zu Farben gibt es regionale Unterschiede von Bundesland zu Bundesland. Etwa 60 bis 70 Prozent der Gebärden sind deutschlandweit einheitlich, während Gebärden, wie z. B. die für »Montag«, je nach Region variieren. Die Gebärdensprache umfasst mehr als nur Gestik, Mimik oder Körpersprache, sie ist eine eigenständige und vollwertige Sprache. Es ist auch wichtig, die historische Entwicklung zu beachten. Bis 1880 war in Europa die Gebärdensprache für taube Menschen selbstverständlich und wurde in den Schulen unterrichtet. Danach, nach dem Mailänder Kongress, auf dem hörende Lehrer beschlossen, dass in den Schulen für taube Menschen nur noch in Lautsprache unterrichtet werden soll, begann der allgemeine Abstieg für taube Menschen. Lediglich die USA hatten sich dieser Strömung nicht angeschlossen. Erst ab 1980 wurde auch in Deutschland damit begonnen, die Gebärdensprache zu erforschen.

Unterschiedliche Dialekte, aber auch Jugendsprache werden gebärdet. Wie erlernen Sie Dialekte, die Sie vorher noch nicht kannten?
Meincke: Wenn taube Menschen ausschließlich zu Hause blieben und kaum soziale Kontakte pflegten oder wenig soziale Medien nutzten, würde die Identifizierung von Dialekten tatsächlich erschwert. In der Zeit der deutschen Teilung hatte die Gebärdensprache im Osten deutliche russische Einflüsse, während im Westen andere Prägungen vorherrschten. Taube Menschen treffen sich oft bei Großveranstaltungen wie Sport- oder Kulturveranstaltungen, bei dem schnell die Herkunft erkannt werden kann – sei es Berlin, Bayern oder NRW. Die Aktivität der tauben Menschen spielt eine entscheidende Rolle, und heutzutage tragen soziale Medien erheblich dazu bei, neue Gebärden zu erlernen.

Syntax und Grammatik der Gebärdensprache unterscheiden sich durchaus vom gesprochenen Wort. Insofern ist eine sinnngemäße Übersetzung der wörtlichen vorzuziehen. Haben Sie ein markantes Beispiel?
Meincke: In der Deutschen Gebärdensprache (DGS) wird die Syntax grundlegend anders aufgebaut. Im

Deutschen steht das Verb an zweiter Stelle im (Haupt-)Satz. In der DGS steht es am Satzende. So gebärdet man nicht »Ich kaufe einen Apfel«, sondern »Apfel kaufen«.

Wie drücken Sie unterschiedliche Emotionen aus?
Meincke: Emotionen in der Gebärdensprache werden durch Mimik vermittelt. Bei Fragen wie »Geht es dir gut?« zieht man die Augenbrauen nach oben – damit wird die Satzart markiert. Die Augen und der Mund

hat sich stetig entwickelt. Was sind die wichtigsten Bausteine der Ausbildung?
Meincke: Die Ausbildung für hörende Gebärdensprachdolmetschende existiert bereits seit einiger Zeit. Hingegen gibt es die Ausbildung für taube Dolmetschende erst seit etwa 2011, und sie erstreckt sich über zwei Jahre. Persönlich habe ich die taube Dolmetscherausbildung in Österreich absolviert, da ich die Österreichische Gebärdensprache (ÖGS) zusätzlich für mich erlernen wollte. Österreich ist ein

kognitiv eingeschränkter tauben Menschen und tauben Menschen mit Migrationshintergrund zu arbeiten. Insbesondere wenn es um taube Menschen mit geringen Deutschkenntnissen geht, können hörende Dolmetschende an ihre Grenzen stoßen, weil viele taube Menschen aus anderen Ländern kaum Mundbild benutzen. Taube Dolmetschende sind aufgrund ihrer kulturellen Sensibilität und Sprachkompetenz prädestiniert für diese Zielgruppe.

Für welche Einsatzbereiche wird Ihre Arbeit angefragt?
Meincke: Die finanziellen Ressourcen spielen eine entscheidende Rolle. Die Bereitschaft, taube wie auch hörende Dolmetschende zu finanzieren, variiert. Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht die sprachliche Barrierefreiheit vor, z. B. bei Behörden. Das führt dazu, dass taube

indem es jede Sprache unterstützt. Gebärdensprache ist dort allgegenwärtig. In Deutschland hingegen sind Gebärdensprachdolmetschende bei öffentlichen Reden, wie bei Olaf Scholz, oft nur online verfügbar und selten im linearen Fernsehen zu sehen. Dies steht im Kontrast zu Ländern wie Spanien oder Portugal, wo Dolmetschende ganz selbstverständlich eingeblendet werden. Es gibt in Deutschland noch eine gewisse Scham, die überwunden werden sollte.

Wie wichtig ist es Ihnen, sich auf Ihr Gegenüber im Vorhinein einzustellen?
Meincke: Sehr wichtig. Die Individualität eines jeden Menschen, unabhängig von der Hörfähigkeit, ist von großer Bedeutung. Die Anerkennung von Persönlichkeiten und



Den Ausspruch und späteren Wahlkampf-Slogan »Yes We Can« verwendete Barack Obama zum ersten Mal am 8. Januar 2008 bei seiner Ansprache nach der verlorenen Vorwahl im Bundesstaat New Hampshire

reflektieren dabei die Stimmung. Bei einer Antwort wie »so lala« könnten die Augenbrauen etwa nach unten gezogen werden. Manchmal werden die Gebärden mit Handbewegungen unterstützt, z. B. bei einem begeisterten »Mir geht's spitze«. Die Gebärde bleibt gleich, aber Augen, Mund und Mimik variieren – je nach Stimmung.

Nutzen Sie Füllwörter? Oder ist das eher eine Sache des gesprochenen Wortes?
Meincke: Fachbegriffe werden zum Teil umschrieben, und Füllwörter kommen eher selten zum Einsatz. Es gibt sie in der DGS natürlich auch, aber nicht so, wie man es aus der Lautsprache gewohnt ist. Beim Dolmetschen durch Dolmetschenden wird das Translat in der Regel länger, da die Gebärde in einem vollständigen Satz übertragen wird. Gebärdensprache ist visueller und darüber hinaus dreidimensional. Ein Beispiel finden wir im deutschen Satz »Mir läuft das Wasser im Mund zusammen«. Hier wird der Finger durch eine kurze Bewegung von Mundwinkel zum Kinn geführt. Die Dolmetschenden müssen diese Gebärde im Gesprochenen in einen wohlgeformten Satz dolmetschen.

Die Gebärdensprache ist seit Anfang der 2000er Jahre offiziell linguistisch anerkannt. Auch die Ausbildung für Dolmetschende

deutschsprachiger Raum, und trotzdem gibt es signifikante Unterschiede. In der Ausbildung werden verschiedene Dolmetsch-Techniken und -Strategien erlernt. Nicht nur die Gebärdensprache selbst, sondern auch die Kultur und ihre vielfältigen Facetten werden vermittelt. Das erfordert ein tiefes Verständnis und eine innere Auseinandersetzung mit der Kultur, um sie authentisch zu übertragen.

Herr Meincke, Sie sind Dolmetscher und selbst gehörlos. Herr Rose, Sie sind hörend und ebenfalls staatlich geprüfter Gebärdensprachdolmetscher. Inwiefern unterscheiden sich Ihre Arbeitsweise? Arbeiten gehörlose Dolmetschende »besser« – etwa weil sie wissen, was es für eine gute Übersetzung, wie gute Lichtverhältnisse etc., braucht?
Daniel Rose: Das Dolmetschen erfordert weit mehr als nur Gebärdensprachkompetenz und sprachliches Talent. Es erfordert die Fähigkeit, schnell zwischen verschiedenen Sprachen und Kommunikationskanälen zu wechseln. Eine intensive Ausbildung im simultanen Dolmetschen und die Fertigkeit, unterschiedliche Grammatik und Syntax fließend zu beherrschen. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die sowohl Können als auch Praxiserfahrung braucht.
Meincke: Taube Dolmetschende sind besonders qualifiziert, um mit

Dolmetschende vermehrt auf barrierefreie Webseiten zu sehen sind. Auch in Bereichen wie Medizin, Gerichtsverfahren, Polizei und Theater wird unsere Arbeit angefragt. Leider bleibt oft ungeklärt, wer die Kosten dafür übernimmt.

Beobachten Sie eine Veränderung der Nachfrage in den letzten Jahren? Ist Gebärdensprache präseanter geworden – gibt es eine Art neues Bewusstsein hierfür?
Meincke: Ja. Es ist erfreulich, zu sehen, dass sich das Bewusstsein bezüglich der Barrierefreiheit für Ertaubte, Schwerhörige, Gehörlose und taube Menschen entwickelt hat. Die Tatsache, dass Gebärdensprachdolmetschende bei öffentlichen Veranstaltungen von der Stadt teilweise als selbstverständlich betrachtet werden, zeigt diese positive Entwicklung. Und es unterstreicht die Notwendigkeit, allen Menschen den Zugang zu Veranstaltungen und zur hörenden Gesellschaft zu ermöglichen.

Ist Gebärdensprache in den USA medial präseanter?
Meincke: Absolut. Die historische Entscheidung des Mailänder Kongresses 1880 hat die Entwicklung der Gebärdensprache in Europa leider insgesamt negativ geprägt. Die USA hingegen hielt die Wahrung der Gebärdensprache aufrecht. Amerika setzt nach wie vor auf Antidiskriminierung,

individuellen Sprachregistern ist entscheidend. Wir wollen die Ziel- und Ausgangssprache so verdolmetschen, dass taube Menschen in ihrer spezifischen Gebärdensprache optimal erreicht werden können.

Wo sehen Sie Entwicklungsbedarf – was wünschen Sie sich für Ihr Berufsfeld?
Meincke: Mein Traum wäre eine selbstverständliche Präsenz sowohl hörender als auch tauber Dolmetschenden in Deutschland. Auch das Ungleichgewicht im Verhältnis von etwa 800 hörenden Gebärdensprachdolmetschenden zu ca. 150 tauben Dolmetschenden zeigt, dass es mehr Ausbildungsmöglichkeiten braucht. Eine vermehrte Ausbildung würde nicht nur das Bewusstsein für Gebärdensprache stärken, sondern auch dazu beitragen, eine stärkere Vertretung von tauben Dolmetschenden zu erreichen.

Vielen Dank.

Markus Meincke ist tauber Dolmetscher, Lehrbeauftragter, Vorstandsmitglied im Berufsverband der tauben GebärdensprachdolmetscherInnen (tsgd) und Mitglied im Berufsfachverband Bayern. Daniel Rose ist staatlich geprüfter Dolmetscher für Gebärdensprache. Sandra Winzer ist ARD-Journalistin beim Hessischen Rundfunk

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/ DPA | ABACA DENNIS VAN TINE

Die Abkehr vom Elfenbeinturm

Wie Leichte und Einfache Sprache kulturelle Zugänge schaffen

ANJA DWORSKI

Veduten, evozieren, Retrospektive, Eskapismus, Œuvre, konviviale Arbeitsprozesse ...« – Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen nutzen eine Sprache, die einiges an Vorwissen voraussetzt. Sie geben sich damit elitär. Dabei sind es meist staatlich geförderte Orte, die allen Menschen offenstehen sollen. Sprache ist eine Barriere, die viele Menschen ausschließt. Beispielsweise Personen, die eine Behinderung haben, die Deutsch lernen oder nicht gut lesen können. Oft reicht es schon, nicht studiert zu haben oder Laie zu sein, um Texte von Kultureinrichtungen nicht zu verstehen.

Aber es tut sich etwas. Museen, Theater und Spielstätten bemühen sich um Vielfalt, um bauliche und auch sprachliche Barrierefreiheit. Dazu nutzen sie auch Fördergelder. Es gibt inzwischen immer mehr Internetseiten, Ausstellungstexte und sogar erste Theaterstücke in besonders verständlicher Sprache.

Leichte und Einfache Sprache

Die Begriffe Leichte Sprache und Einfache Sprache werden häufig gleichgesetzt oder verwechselt. Beide Konzepte unterscheiden sich jedoch, z. B. im Sprachniveau und in den Zielgruppen.

Leichte Sprache wurde für und gemeinsam mit Menschen mit Lernschwierigkeiten (geistiger Behinderung) entwickelt. Die Texte sind auf einem sehr einfachen Sprachniveau und daher recht inklusiv. Bei einer Textübertragung in Leichte Sprache müssen wir Hintergrundwissen ergänzen. Dabei handelt es sich z. B. um Erklärungen zu Kunstepochen oder historischen Abläufen. Es ist also streng genommen keine »Übersetzung« in Leichte Sprache,

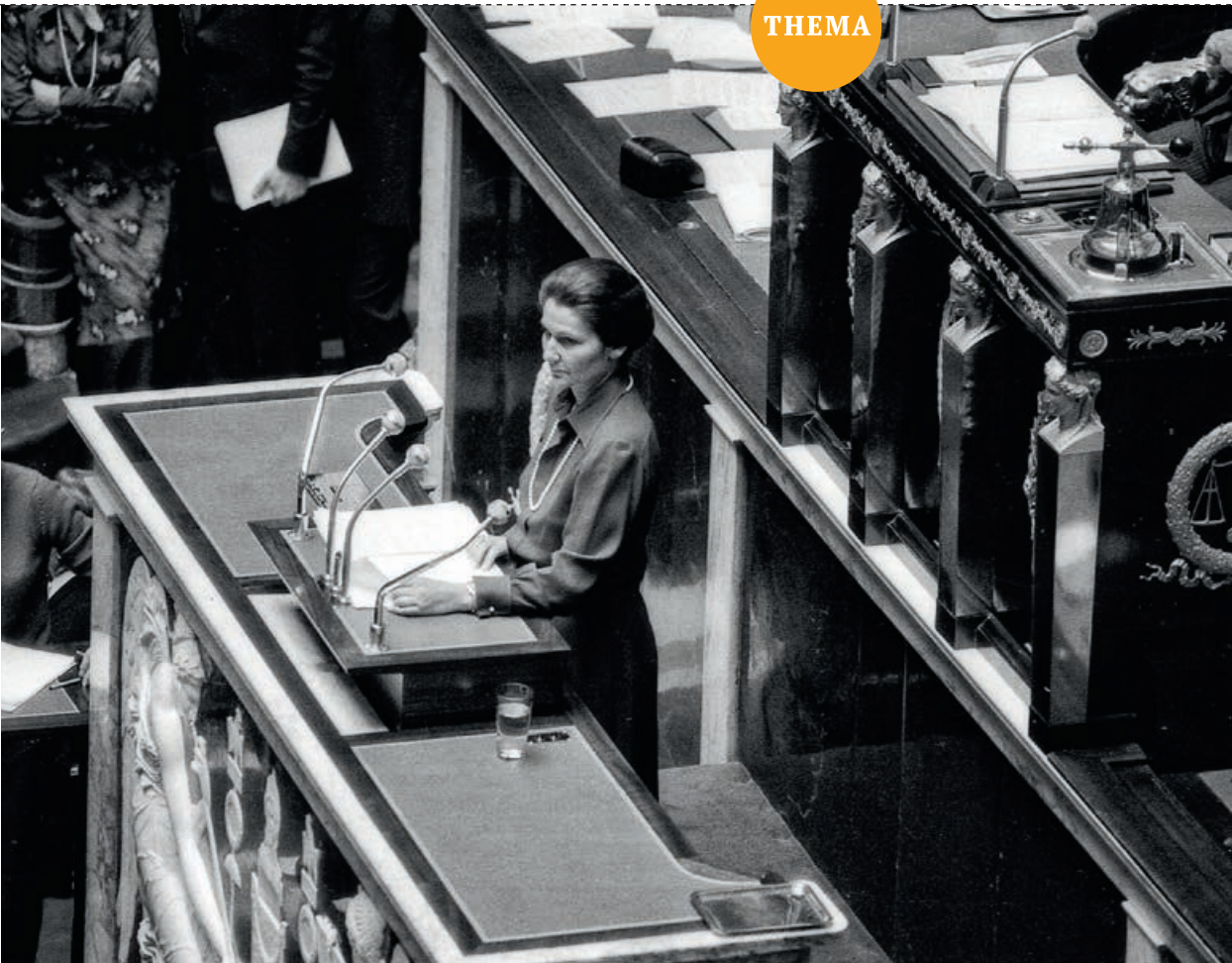
sondern eher eine Neu-Redaktion. Die Texte sollen auch für Menschen mit einer kognitiven Einschränkung verständlich sein.

Es gibt etwa 40 Regeln für Leichte Sprache. Dazu gehören kurze, einfach strukturierte Sätze, der Verzicht auf Fachwörter und das Beibehalten aller Texte. Aber die wichtigste Regel ist, dass alle Texte von Menschen mit Lernschwierigkeiten auf Verständlichkeit geprüft werden. Sie korrigieren als Expertinnen und Experten in eigener Sache den Inhalt und die Gestaltung der Medien, bevor sie veröffentlicht werden. Diese inklusive Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung zeichnet das Konzept der Leichten Sprache aus. Bedroht wird dieses Verfahren durch aktuell aufkommende automatisierte, KI-basierte Übertragungen in Leichte Sprache, bei denen diese Zielgruppenprüfung fehlt. Leichte Sprache ist Teil der Barrierefreiheit. Zahlreiche Gesetze und Verordnungen schreiben (digitale) Barrierefreiheit vor. Dadurch hat sich Leichte Sprache sehr verbreitet.

Einfache Sprache ist ein zweites Konzept für mehr Verständlichkeit. Sie richtet sich an Nichtmuttersprachler und an Menschen mit Leseschwierigkeiten. Das Sprachniveau entspricht einer klaren, verständlichen Alltagssprache. Einfache Sprache ist weniger stark geregelt. Sie bietet einen größeren kreativen Spielraum und ist unauffälliger als Leichte Sprache. Dennoch gibt es Schnittmengen zwischen beiden Konzepten. Die Regeln ähneln sich.

Millionen Menschen als Zielgruppe

Sehr viele Menschen profitieren von einer verständlichen Sprache. Über sechs Millionen Erwachsene in Deutschland haben gemäß der Leo-Studie 2018 der Universität Hamburg Probleme beim Lesen und Schreiben. Die aktuellen PISA-Ergebnisse zeigen, dass etwa ein Viertel der Schülerinnen und Schüler nicht richtig lesen kann. Lesen ist wichtig für gesellschaftliche Teilhabe. Wie soll man



Am 26. November 1974 eröffnete die französische Gesundheitsministerin Simone Veils die Debatte über die Legalisierung der Abtreibung in der Nationalversammlung in Paris

sonst Mathetextaufgaben lösen, Anträge stellen oder einen Job finden? Können wir uns leisten, so viele Menschen durch komplizierte Texte auszuschließen? In der Praxis ist es zudem so, dass viele Angebote in Einfacher Sprache auch von Menschen bevorzugt werden, die eigentlich nicht darauf angewiesen sind. Denn wir sind alltäglich mit »Amtssprache«, »Juristendeutsch« oder einer wissenschaftlich geprägten Sprache konfrontiert. Uns begegnen Texte, die unnötig kompliziert sind. Der Grund ist, dass Komplexität gern mit Kompetenz gleichgesetzt wird. Hier können Einfache und Leichte Sprache Zugänge schaffen, nutzer- und bürgerfreundlicher sein. Sie ermächtigen Menschen, sich selbst zu informieren, und verhindern Nachfragen, die Zeit und Geld kosten.

Die Perspektive wechseln

Je nach Kultureinrichtung stoßen wir auf unterschiedliche sprachliche Hindernisse. In Museen sind die Texte sehr lang und orientieren sich an einer wissenschaftlichen Sprache. Auf Internetseiten findet man nicht immer gleich,

was man in den Ausstellungen sehen kann. Im Theater sind es häufig Beschreibungen moderner Stücke, die eine sprachliche Herausforderung darstellen. Die einfache Frage: »Worum geht's?« wird in den schwierigen und abstrakten Texten oft nicht beantwortet. Diese Information ist jedoch ein wichtiger Impuls, sich für einen Theaterbesuch zu entscheiden. Sehr häufig steht die Sicht der jeweiligen Institution im Zentrum von Broschüren und Internetseiten und nicht das Informationsbedürfnis der Besucherinnen und Besucher.

Bei Leichter und Einfacher Sprache gehen wir anders vor. Wir wechseln die Perspektive und stellen die Leserinnen und Leser ins Zentrum. Und wir setzen, vor allem bei Leichter Sprache, möglichst wenig Vorkenntnisse voraus. Schreiben wir eine Internetseite für ein Opernhaus, beschreiben wir zunächst, was eine Oper ist. Schwieriger ist es, komplizierte Ticketsysteme zu erklären.

Wie man eine verständliche Museumsführung sprachlich gestaltet, vermitteln wir in entsprechenden Workshops. Bei den Übungen erleben wir einen interessanten Effekt: In gemäßigem

Tempo einfach zu sprechen fühlt sich ungewohnt an. Die Sprecherinnen und Sprecher denken oft, sie seien zu langsam oder inhaltlich oberflächlich. Bei den Zuhörern ist es genau andersherum: Sie empfinden das verringerte Tempo als angenehm. Sie können gut folgen und sich die Inhalte besser merken als bei einem schnell vorgetragenen, komplizierten Vortrag.

Inklusive Sprache

Gibt es eine inklusive Sprache, die alle Menschen gleichermaßen erreicht? Unserer Erfahrung nach: nein. Das, was für bestimmte Menschen und Zielgruppen gut ist, kann andere ausschließen. Ein Beispiel ist das Gendersternchen. Es sorgt in Texten für Geschlechtergerechtigkeit. Aber es vermindert dabei die Lesbarkeit und damit Verständlichkeit eines Textes. Hier gilt es, in der Praxis Kompromisse zu finden. Wie schön, dass uns Sprache die Möglichkeit dazu gibt.

Anja Dworski leitet das Büro für Leichte Sprache bei der Lebenshilfe Sachsen

Sprachliche Bildung neu denken

Mehrsprachigkeit in Deutschland

TILL WOERFEL

Deutschland ist ein mehrsprachiges Land. Dies ergibt sich nicht aus einer Vielzahl von Amts- und Verkehrssprachen, wie z. B. in der Schweiz, sondern aus der individuellen Mehrsprachigkeit eines erheblichen Teils der Bevölkerung. Diese Form der Mehrsprachigkeit bezieht sich auf die Fähigkeit einer Person, sich in mehr als einer Sprache mündlich und/oder schriftlich zu verständigen. Vor allem durch Migration sind viele Sprachen in unser Land gekommen, die von den nachfolgenden Generationen oft ohne formalen Unterricht in der Familie gelernt werden. Daher sind viele Kinder in Deutschland bereits mehrsprachig, wenn sie in die Kita oder Schule kommen. Sie lernen das Deutsche entweder parallel zu einer anderen Sprache oder sukzessiv, spätestens aber mit Eintritt in die Kita oder Schule. Der genaue Anteil der mehrsprachig aufwachsenden Menschen in Deutschland lässt sich anhand der verfügbaren Bevölkerungsstatistiken

(Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit, im Haushalt überwiegend gesprochene Sprache) nicht exakt bestimmen. Repräsentative Sprachensurveys zeigen aber, dass – mit regionalen Unterschieden – etwa 30 bis 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler beim Übergang in die Grundschule neben Deutsch mindestens eine weitere Sprache im Alltag verwenden.

Trotz der offensichtlichen Präsenz von Mehrsprachigkeit in Deutschland wird die individuelle Mehrsprachigkeit in der Schule oft auf wenige Nationalsprachen reduziert

Aus der Perspektive der postmigrantischen Gesellschaft ist die sprachliche Vielfalt in Deutschland insbesondere durch die sogenannten Herkunftssprachen wie Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Kurdisch, Griechisch, Serbisch, Kroatisch, Bosnisch und viele andere

geprägt. Hinzu kommen die in formalen Kontexten erworbenen Fremdsprachen.

Mehrsprachigkeit und sprachliche Vielfalt spiegeln sich in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens wider. Durch kulturelle und gesellschaftliche Transformationsprozesse sind auch Herkunftssprachen sichtbar geworden. Sie sind in Kultur, Musik, sozialen Netzwerken und »urban landscapes« präsent, und ihre Verbreitung und Nutzung wird durch die Kultur der Digitalität beschleunigt. Sie werden oft kreativ verwendet, und jugendsprachliche Varietäten sind durch Einflüsse des Arabischen z. B. »yalla«, Türkischen z. B. »hayvan« oder Zazaaischen z. B. »babo« geprägt.

Trotz der offensichtlichen Präsenz von Mehrsprachigkeit in Deutschland wird die individuelle Mehrsprachigkeit in der Schule oft auf wenige – meist europäische – Nationalsprachen reduziert. Programme, in denen Fachunterricht in Deutsch und einer Partner-/Herkunftssprache erteilt wird, sind selten, obwohl die Wirksamkeit einer solchen »Zwei-Wege-Immersion« international seit Langem bekannt ist. Angebote wie der herkunftssprachliche Unterricht, der vor allem in Randstunden und außerhalb des regulären Unterrichts

stattfindet, sind eher marginale Wahlmöglichkeiten; ob man daran teilnimmt oder nicht, ist für die Bildungsbiografie irrelevant, da er nur in Einzelfällen den fremdsprachlichen Leistungen gleichwertig ist.

Damit verbunden ist die weitverbreitete Annahme, Einsprachigkeit sei die Norm in unserer Gesellschaft. Dies führt unter anderem dazu, dass mehrsprachige Lernende nur auf Deutsch schreiben lernen und in ihrem Alltag mit Formen des Linguizismus konfrontiert werden (»Auf dem Schulhof wird Deutsch gesprochen«). Immer wieder werden Debatten im Kontext von Schulleistungen geführt, in denen Mehrsprachigkeit problematisiert wird, wenn es sich nicht um Deutsch-Französische oder Deutsch-Englische handelt. Dabei liegen seit Jahrzehnten empirische Befunde vor, die belegen, dass mehrsprachiges Aufwachsen keine Belastung darstellt, unabhängig davon, um welche Sprachen es sich handelt. Vielmehr zeigen Studien, dass mehrsprachige Lernende ihre Sprachenkenntnisse und Sprachlernerfahrungen für Lernprozesse nutzen können. Dafür müssen aber Lehrpersonen Lernorte und Lerngelegenheiten so gestalten, dass mehrsprachige Ressourcen didaktisch genutzt werden können. Bislang sind die dafür notwendigen sprachwerbs- und mehrsprachigkeitsdidaktischen Grundlagen im Lehramtsstudium

jedoch bei Weitem noch nicht flächendeckend implementiert. Ob Studierende während ihres Studiums entsprechende Kompetenzen erwerben, hängt derzeit vor allem davon ab, in welchem Bundesland sie studieren, oder von der intrinsischen Motivation praktizierender Lehrpersonen, diese in Fortbildungsangeboten zu erwerben.

Deutschland als Einwanderungsland zu begreifen bedeutet auch, sprachliche Bildung mehrsprachig zu denken. Die vorhandenen mehrsprachigen Ressourcen der Lernenden müssen für Bildung und Arbeitsmarkt nutzbar gemacht werden. Internationale Fachkräfte nehmen sehr genau wahr, wie hierzulande mit Menschen mit internationaler Geschichte – und ihren Sprachen – umgegangen wird (»Zu Hause wird Deutsch gesprochen«). Derzeit bevorzugen vor allem Hochqualifizierte bei der Rekrutierung andere Länder.

Das Selbstverständnis, Mehrsprachigkeit als Norm zu begreifen, ist nicht nur aus postmigrantischer Perspektive wichtig, sondern auch ein Pfeiler, um Deutschland in Zukunft für qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv zu machen und dem demografischen Wandel zu begegnen.

Till Woerfel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache an der Universität zu Köln

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AP IMAGES | BODINI

Spiegel der Zeit

Jugendsprachen: ein Faktor sprachlichen Wandels

EVA NEULAND

Jugendsprache gilt immer noch und immer wieder als Stein des Anstoßes, der Verständigungsprobleme zwischen den Generationen und negative Einflüsse auf die Allgemeinsprache auslöse. Zugleich wirkt Jugendsprache aber auch als ein Faszinosum und als Attraktion, vor allem auf dem Markt der Jugend- und Szenewörterbücher. In Familie, Schule und Jugendarbeit herrscht Informations- und Aufklärungsbedarf im Hinblick auf den Umgang mit Jugendsprache bei Kindern und Jugendlichen im Spektrum zwischen Akzeptanz, Duldung und Abwehr. In den Sprach- und Kulturwissenschaften werden die oben genannten Lesarten von Jugendsprache als mediale Konstruktionen kritisiert. Die linguistische Jugendsprachforschung charakterisiert die unterschiedlichen Sprachgebrauchsweisen von Jugendlichen als ein Variationsspektrum und Ensemble subkultureller Sprachstile.

weithin eine Perspektivenverengung auf die Kritik an Umgangsformen und sprachlichen Ausdrucksweisen von Jugendlichen vor.

Demgegenüber halten wir mit unserer Forschung für weiterführend:

- eine zeitdiagnostische Analyse des Sprachgebrauchs Jugendlicher im Hinblick auf die jeweils vorherrschenden kulturellen Normvorstellungen, wobei sich die Jugendlichen eben auch als »Kinder ihrer Zeit« und Jugendsprachen auch als Spiegel der Zeit erweisen,
- die Berücksichtigung des kulturellen Wandels von Generationsdifferenzen, die kultursoziologischen Analysen zufolge zunehmend im Schwinden begriffen sind,
- die Unterscheidung von Jugend und Jugendlichkeit als Prestigephänomen, das durch Medien und Werbung als Promotoren des kulturellen und sprachlichen Wandels auch die Wirkung von Jugendsprache befördert bis hin zu den medialen Konstruktionen eines »Doing Youth«.

derzeitiger konventioneller Höflichkeit – »Siezen, gewählte Ausdrucksweise« – und vermögen diese zu ironisieren z. B. »Würden Sie mir ein Gläschen Wein reichen?«. Sie verwenden diese aber normalerweise nicht untereinander, sondern eher adressatenspezifisch gegenüber Erwachsenen. Intragenerationell praktizieren Jugendliche im Rahmen von Scherzkommunikation eine »mock politeness«, d. h. Ausdrucksformen, die von Erwachsenen als Beleidigungen aufgefasst werden können – z. B. »wir benutzen das Wort Opfer oder Dödel, aber nur zum Spaß«.

Jugendsprache als Faktor des Sprachwandels

Der rasche Wandel der Jugendsprachen gilt seit ihrer Entdeckung als eines ihrer Hauptmerkmale. Die linguistische Jugendsprachforschung setzt diesen in einen größeren Kontext rekursiver Prozesse von Stilbildung, Stilverbreitung und Stilauslöschung (2018). Im Bestreben nach Abgrenzung und Identifikation bemühen sich Jugendliche ständig um neue eigene Ausdrucksweisen – »Unsere



Marcus Tullius Cicero, hier bei einer Rede vor dem römischen Senat, publizierte mit »De oratore« ein grundlegendes Werk zur Rhetorik, in dem er u. a. den Aufbau der Rede sowie die Pflichten des Redners erörtert

Und die Jugendlichen selbst? Sie scheinen von der Existenz einer eigenen Jugendsprache fest überzeugt, nutzen sie in ihren Gruppen und Szenen, vergnügen sich am Spiel mit Sprache und an der Abwandlung von Gewohntem und setzen die Wirkung eines solchen Sprachgebrauchs oft bewusst ein.

An der Bergischen Universität Wuppertal haben wir eine Reihe von Forschungsprojekten durchgeführt, darunter zwei DFG-geförderte zur deutschen Schülersprache im Jahr 2016 und zum Umgang mit Höflichkeit bei Jugendlichen 2020. Dabei konnten wir manche öffentliche Vorurteile über Jugendsprache widerlegen, wie z. B. Sprach- und Dialogunfähigkeit von Jugendlichen, Jugendsprache als Symptom für »Sprachverfall« und Jugendsprache als Fäkalsprache, Comicsprache, Denglisch, Türkendeutsch.

Als Auslösefaktoren für wissenschaftliche Analysen werden oft »Jugendprobleme« geltend gemacht, die sich allerdings meist als verschleierte Gesellschaftsprobleme erweisen, wie z. B. die Jugendbewegungen der 1968 und der 1980er Jahre. Diese können daher auch als Indikatoren gesellschaftspolitischer Konflikte gesehen werden. In der Öffentlichkeit herrscht

Jugendsprachen als Spiegel der Zeit

Eine zeitdiagnostische Perspektive auf Jugendsprachen kommt kaum in den Blick, wenn man sich vorschnell auf die zumeist erfundenen »Jugendwörter des Jahres« bezieht, die alljährlich von einem Verlag ausgelobt werden. In der Lexik spiegelt sich zwar der sprachlich-kulturelle Wandel besonders deutlich wider. Dies erkennt man schon in Wortbildungen in der Geschichte der Jugendsprachen, so in den historischen deutschen Studentensprachen vom 17. bis 19. Jahrhundert und der deutschen Nachkriegszeit ab 1945. In der »Teenagersprache« der 1960er Jahre wurde z. B. auf zeitgenössische Entwicklungen oft ironisch-abwertend Bezug genommen – z. B. »Illusionsbunker« für Kino, »Schlaglochsucher« für Kleinwagen. Ähnliches findet sich heute im Bereich Mode und Konsum.

Beispiele finden sich aber auch in der Pragmatik, wie wir mit unseren Studien zur sprachlichen Höflichkeit belegen können. Obwohl Jugendliche in den öffentlichen Diskussionen als zunehmend unhöflich betrachtet werden, zeigt sich pragmatisch wie metapragmatisch ein anderes Bild: Demnach kennen Jugendliche durchaus die üblichen Formeln

Sprache ist die Zukunft, und da kann keiner was dran ändern, denn jede Generation hat ihren Teil zur deutschen Sprache beigetragen«. Die Möglichkeiten der Bildung einer neuen Sprache sind allerdings begrenzt. Daher prägen Jugendliche – übrigens regelgerecht – neue Wortformen im Deutschen, z. B. »Tus-si« aus »Tusnelda«, »Proll« aus »Proletarier«, verändern ursprüngliche Bedeutungen (z. B. »geil«, »Braut«) oder greifen zu Anglizismen (z. B. »chillen«).

Im Zuge der Stilverbreitung werden solche Ausdrucksformen, denen das Sozialprestige der Jugendlichkeit zugeschrieben wird, vermittelt über Werbung und Medien von der Öffentlichkeit verwendet und verlieren so ihre Funktion der Distinktion und Identifikation: »nerven ... das sagt meine Mutter schon, voll peinlich«. Ein Beleg für diese Prozesse ist die kontinuierliche Aufnahme ursprünglich jugendsprachlicher Wörter in die allgemeinen Wörterbücher des Deutschen, zunächst mit der Markierung »jugendsprachlich«, bald schon unmarkiert. Der Kreislauf von Neubildung, Übernahme und Verlust setzt sich fort.

Eva Neuland ist Professorin (i. R.) für Germanistik/Didaktik an der Bergischen Universität Wuppertal

Bedrohung oder Bereicherung?

Anglizismen in der deutschen Sprache

KARIN PITTNER

Eine Umfrage des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim aus dem Jahr 2022 zeigt, dass der Einfluss des Englischen die am stärksten wahrgenommene Veränderung im Deutschen ist und dabei noch weit vor einem anderen stark kontrovers diskutierten Thema, dem Gendern, liegt. Die englischen Einflüsse wurden von fast einem Viertel der Befragten negativ bewertet und von wenigen sogar als sehr negativ. Die restlichen Befragten bewerteten den Einfluss des Englischen als neutral, niemand fand ihn positiv. Allerdings wurden auch die anderen am häufigsten genannten Veränderungen, an zweiter Stelle das Gendern, an dritter Stelle die Jugendsprache, nicht positiv bewertet.

In vielen Lebensbereichen ist ein massiver Einfluss des Englischen festzustellen

Auch wenn die Anglizismen-Diskussion derzeit durch das sprachliche Aufregertema Nummer eins, das Gendern, etwas in den Hintergrund gerückt ist, zeigen diese Ergebnisse, dass Anglizismen im Deutschen nach wie vor als die stärkste Veränderung der deutschen Sprache wahrgenommen werden. Gefühlt treten sie sehr häufig auf und nehmen eher noch zu als ab.

Die Sprache wird ständig den sich ändernden Kommunikationsbedürfnissen angepasst. Neue kulturelle, gesellschaftliche und technische Entwicklungen erfordern neue Bezeichnungen, häufig sind dies Anglizismen. Besonders deutlich wurde dies während der Coronapandemie, als »Covid«, »Lockdown«, »Social Distancing«, »Homeoffice«, »Distance Learning«, »Homeschooling« und »boostern« überall zu lesen und zu hören waren.

In vielen Lebensbereichen ist ein massiver Einfluss des Englischen festzustellen. So werden beispielsweise an den Universitäten keine Master- und Diplomabschlüsse mehr vergeben, sondern ein Master of Arts oder Bachelor of Science. Anstelle des Dokortitels kann man auch einen Ph.D. erwerben. Man »tindert«, um ein »Date« zu bekommen, oder nimmt am »Speeddating« teil. Wenn man heiratet, dann nicht ohne »Weddingplaner«, wenn man nicht sowieso ein »Elopement« plant. Dann geht es in den »Honeymoon« und später kann ein »Babymoon« folgen. Wer sportlich ist, betreibt in seiner Freizeit vielleicht Sportarten wie »Inlineskaten«, »Bouldern« oder »Kitesurfen«. Mit der zunehmenden Bedeutung der Internetkommunikation sind Anglizismen allgegenwärtig. Fast alle Internetdienste haben englische Bezeichnungen; wir liken, mailen, chatten, twittern, whatsappen und zoomen.

Auch das aktuell kontrovers diskutierte »Gendern« wird mit einem Anglizismus bezeichnet, ebenso negativ

konnotierte Phänomene wie »Blackfacing« und »Greenwashing«, In den Fachsprachen finden sich viele auf Anglizismen basierende Akronyme wie »CEO« oder »CRISPR/Cas9«. Da viele Fachbegriffe nicht mehr ins Deutsche übersetzt werden, ist in den Fachsprachen ein lexikalischer Ausbaurückstand für das Deutsche zu verzeichnen, der allerdings nicht die Ursache für den Bedeutungsverlust des Deutschen als Wissenschaftssprache ist, sondern diesen widerspiegelt.

Dass Anglizismen im Trend liegen, zeigt sich auch in der Jugendsprache deutlich. Das Jugendwort des Jahres 2023 war »goofy«, nach der bekannten Comicfigur als Bezeichnung für eine tollpatschige oder alberne Person, die andere zum Lachen bringt. In der engeren Auswahl war auch »side-eye«, auf Deutsch »Seitenblick«, das Verachtung oder Missbilligung ausdrückt. Den dritten Platz belegte das Akronym NPC für »Non-Player-Character«, eine abwertende Bezeichnung für jemanden, den man als unwichtig betrachtet. Das ursprünglich jugendsprachliche »cool« ist mittlerweile in die Alltagssprache übergegangen.

Der Wortschatz ist ein Spiegel unserer stark angloamerikanisch geprägten Kultur. Nicht zu unterschätzen ist auch, dass sich Englisch als Lingua franca in der internationalen Kommunikation etabliert hat. Ähnlich starke Einflüsse aus anderen Sprachen gab es auch schon früher, z. B. massive Entlehnungen aus dem Französischen in der Alamodezeit, als sich vornehme Kreise an der Kultur Frankreichs orientierten. Dies sind Moden, die dann auch wieder

Der Wortschatz ist ein Spiegel unserer stark angloamerikanisch geprägten Kultur

vergehen. Einen Widerstand dagegen gab es auch damals; sprachpuristische Tendenzen, wie sie sich in Vorschlägen zur Übertragung ins Deutsche manifestieren, sind keineswegs neu und waren teilweise erfolgreich, man denke an »Bahnsteig« für »Peron« oder »Torwart« für »Goalkeeper«. Aber wollen wir wirklich den »Laptop« Klapprechner oder das »Mountainbike« Bergfahrrad nennen? Anglizismen wirken modern und erleichtern die internationale Verständigung. Damit soll nicht geleugnet werden, dass sie auch zu Verständnisproblemen führen können, was nicht zuletzt Umfragen der Werbeagentur Endmark zur Verständlichkeit englischsprachiger Slogans, die teilweise von vielen der Befragten nicht richtig übersetzt werden konnten. Ein kritischer Blick darauf, was eine Bereicherung unseres Wortschatzes ist und was zu unverständlichem Slang führt, ist daher weiterhin notwendig.

Karin Pittner ist Professorin für Germanistische Linguistik mit dem Schwerpunkt Sprache der Gegenwart an der Ruhr-Universität Bochum

Wer ändert Sprache?

Geschlechtersensibler Sprachgebrauch und Gesellschaft

HORST J. SIMON

In seiner Regierungserklärung vom 5. Dezember 2023 sagte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder: »Für Bayern steht fest: Mit uns wird es kein verpflichtendes Gendern geben. Im Gegenteil: Wir werden das Gendern in Schulen und Verwaltungen sogar untersagen.« Das ist insofern überraschend, als zwei Jahre zuvor sein eigener Wissenschaftsminister anlässlich einer in eine ähnliche Richtung gehenden Äußerung Söders gar keine klaren Belege für die hier unterstellte Verpflichtung zum Gendern beibringen konnte (siehe Tagesspiegel vom 19.9.2021). Es stellt sich hier die grundsätzlichere Frage, welche Wirkung Verpflichtungen und Verbote in sprachlichen Angelegenheiten überhaupt haben können. Denn: Die Wirkkräfte, die Sprachwandel erzeugen – bzw. verlangsamen oder gar verhindern –, sind vielfältig; sie interagieren in komplexer Weise miteinander. Staatliche steuernde Eingriffe in Sprachwandelprozesse sind extrem selten erfolgreich. Im Folgenden sollen die wichtigsten dieser Wirkkräfte bzw. Akteure, die bei sozial/kulturell bedingtem Sprachwandel eine Rolle spielen, besprochen werden.

Während die allermeisten längerfristigen Sprachwandelprozesse ablaufen, ohne dass sich die Sprachteilhaberinnen dessen bewusst sind, z. B. Umschichtungen im Satzbau oder subtile Bedeutungsverschiebungen bei einzelnen Wörtern, gibt es manchmal auch sprachliche Veränderungen, die in den jeweiligen Gesellschaften mit kultureller/sozialer/politischer Bedeutung aufgeladen werden. Dazu zählen unter anderem der Fremdwortgebrauch

– den man z. B. in Frankreich mittels des »Loi Toubon« von 1994 versucht, in öffentlichen Diskursen einzuschränken – oder auch die Entwicklungen hin zu geschlechtergerechtem/-sensiblen Sprachgebrauch, die in den letzten Jahren in sehr vielen europäischen Gesellschaften stattgefunden haben.



Die Freilassung von Nelson Mandela am 11. Februar 1990 und seine Rede kurz danach zählen zu den Schlüsselmomenten in der Geschichte Südafrikas

Die Frage, wie auf die Geschlechtsidentität von Personen Bezug genommen wird, ist im Wesentlichen eine grammatische. Welches Pronomen: »er« oder »sie« oder »...«? Welche Endung: »Lehrer« oder »Lehrende« oder »Lehrer*innen« oder »...«? Gerade an den Formen mit Genderstern oder Ähnlichem, z. B. Doppelpunkt im Wortinneren,

entzündeten sich die ideologisch aufgeladenen Kämpfe, wobei es gerade diese Formen sind, die im engeren Sinne reguliert werden können. Sie beinhalten nämlich ein spezielles orthografisches Element – und einzig dafür hat der die Orthografie regulierende Rat für deutsche Rechtschreibung ein Mandat: Die amtliche Rechtschreibung ist im deutschsprachigen Raum als solche

geregelt – nichts anderes aber. Weder grammatische Strukturen noch Wortwahl unterliegen offiziellen Regelungen. Der häufig konsultierte Duden kann als privatwirtschaftliches Unternehmen im Grunde nur Hinweise geben, auch wenn er qua Reputation landläufig als mit besonderer Autorität ausgestattete Norminstanz betrachtet wird. Er verzeichnet

die üblichen Formen und gibt entsprechende Empfehlungen.

Eine in der Praxis sehr wichtige Norminstanz stellen Lehrpersonen dar, sowohl in Schulen als auch in Universitäten, da sie durch ihre tägliche Beobachtung und Kommentierung der Lernenden deren sprachliches Verhalten mit mehr oder weniger Erfolg beeinflussen. Gerade im Zuge der Korrektur und Bewertung sprachlicher Leistungen kommt ihnen eine wichtige sprachwandelbezogene Funktion zu: Einerseits fungieren sie als Hüter der Tradition, indem sie die Sozialisationsprozesse auf genau diese ausrichten; andererseits können sie selbst vorbildhaft wirken und dadurch die Legitimität neuer Formen erhöhen, indem sie sie tolerieren oder sogar empfehlen. Bei gesellschaftlich derart umstrittenen Phänomenen wie dem geschlechtergerechten Sprachgebrauch werden sie aber gut beraten sein, in alle Richtungen tolerant und mäßigend zu wirken, solange nicht abzusehen ist, welche Formen sich im derzeitigen Wandel wirklich durchsetzen werden. Eine weitere Gruppe von Menschen, die gewissermaßen als Transmissionsriemen für sprachliche Wandelprozesse fungieren, sind Medienschaffende jedweder Couleur, insofern auch sie als Modellsprecher- und -schreiber:innen mit großer Reichweite vorbildhaft wirken können.

Wünschenswert wäre es, dass bei gesellschaftlich relevanten Themen auch die jeweilige fachliche Expertise eine gewichtige Stimme erhält: Im Falle des geschlechtergerechten Sprachgebrauchs kommen Argumentationen, die auf kognitionswissenschaftlicher oder psycholinguistischer Faktenbasis basieren, interessanterweise kaum zu Wort. Vielmehr wird der Mediendiskurs durch eine Reihe von Personen geprägt, deren Expertentum nicht über jeden Zweifel erhaben ist, denn auch besonders sprach sensible Sprachnutzer:innen sind eben genau dies: Nutzer:innen. Der

in der öffentlichen Wahrnehmung häufig entstehende Eindruck, »die Wissenschaft« – genau wie »die Gesellschaft« – sei sich in der Ablehnung sprachlicher Neuerungen einig, ist unvollständig, solange man nicht auch die Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler hört, die die psychosozialen Effekte studieren, die mit den verschiedenen Formen einhergehen.

Wünschenswert wäre, dass bei gesellschaftlich relevanten Themen fachliche Expertise eine Stimme erhält

Die im Hinblick auf Sprachwandel alles entscheidende Gruppe von Menschen ist natürlich die Gesamtheit aller Deutschsprachigen. Vor dem Hintergrund dessen, was die oben genannten Akteure tun und sagen, entscheidet jede Sprachnutzerin und jeder Sprachnutzer in jeder einzelnen kommunikativen Situation, welche der im Prinzip zur Verfügung stehenden Formulierungen er/sie verwendet. Jede Wahl, wie auch immer sie ausfällt, wird von den Gesprächspartner:innen als zeichenhaft interpretiert: Man wird als konservativ, geschlechtersensibel, cool, sympathisch oder unsympathisch wahrgenommen. Je nach Gegenüber fallen diese Wertungen natürlich unterschiedlich aus. Falls die Mehrheit der Menschen die Sprecher:innen, die keine geschlechtersensible Sprache verwenden, als unsympathisch empfindet und so deren soziales Ansehen mindert, werden sich die neueren Formen mittelfristig in der Sprecher:innengemeinschaft verbreiten, wird der Sprachwandel also stattfinden – und andernfalls eben nicht.

Horst J. Simon ist Professor für Historische Sprachwissenschaft an der Freien Universität Berlin

»Auch ChatGPT beherrscht Esperanto«

Vier Fragen an Martin Haase zur internationalen Sprache Esperanto

Wie ist es aktuell um die weltweit am meisten verbreitete Plansprache Esperanto bestellt? Welche Sprachkultur hat sich mit ihr entwickelt? Politik & Kultur hat bei Martin Haase, dem Vorsitzenden des Deutschen Esperanto-Bunds, nachgefragt.

Was ist Esperanto? Wie ist die Sprache entstanden, wo liegen die Wurzeln?

Die Grundlagen der internationalen Sprache Esperanto wurden von Ludwik Zamenhof (1859-1917) entwickelt und 1887 in Warschau veröffentlicht. Aus dem ersten Sprachentwurf hat sich eine lebendige Sprache mit einer internationalen Sprachgemeinschaft und damit auch eine ganz besondere internationale Kultur entwickelt – mit Literatur, Musik, Theater und auch einer Alltagskultur bei den Veranstaltungen und in den Esperanto-Familien. Der Esperanto-Wortschatz stammt überwiegend aus romanischen, germanischen und slawischen Sprachen. Meist wurden Wörter ausgewählt, die in mehreren Sprachen genutzt werden. Beispielsweise »la muro« für die Mauer; im Französischen »le mur«, im Italienischen »il muro«, im Lateinischen »murus« oder im Englischen »mural«. Die Sprache hat eine einfache regelmäßige Grammatik. Neue Wörter können mit Vor- und Nachsilben gebildet werden: kafo – Kaffee; kafejo – Café; lerni – lernen;

lernejo – Schule. So ist -o die Endung für Substantive, -i die Endung für den Infinitiv der Verben. Daher ist Esperanto in ungefähr einem Viertel der Zeit erlernbar, die für Sprachen wie Englisch oder Spanisch aufzuwenden ist. Das gilt auch für Personen, die als Muttersprache etwa eine asiatische Sprache sprechen – eben wegen der einfach aufgebauten Struktur, die es zudem ermöglicht, sich sehr nuanciert auszudrücken. Sehr viele erreichen in Esperanto ein Niveau, das über dem in ihren anderen Fremdsprachen liegt – oft schon nach wenigen Jahren.

Wer spricht heute Esperanto? Wo und wie wird es genutzt?

Weltweit sprechen Menschen in etwa 130 Ländern Esperanto; darunter finden sich fast alle Flächenstaaten, mit ein paar Ausnahmen in Afrika und Asien. Man schätzt, dass einige Millionen Menschen Esperanto gelernt haben und es einige Hunderttausend sprechen – gelegentlich oder auch täglich. Es gibt ein paar Tausend Esperanto-Muttersprachler, davon einige in zweiter, dritter oder sogar vierter Generation. Esperanto wird bei örtlichen, regionalen oder internationalen Veranstaltungen gesprochen, mittlerweile auch viel bei Videokonferenzen im Internet (siehe eventaservo.org). Es gibt einige Tausend Bücher in Esperanto, Lieder, die man im Internet leicht findet, auch Vorträge auf Esperanto bei YouTube. In den sozialen Netzwerken und per Mail wird Esperanto verwendet. Die Esperanto-Wikipedia umfasst zur Zeit etwa 350.000 Artikel; das ist mehr als etwa auf Griechisch oder

Hebräisch. Viele Menschen nutzen Esperanto auf Reisen, sei es bei Veranstaltungen oder bei privaten Besuchen.

Auch ChatGPT beherrscht Esperanto – ebenso wie der Google-Übersetzer. Das zeigt, dass schon so viel Sprachmaterial vorhanden ist, dass automatische Übersetzung mit Esperanto möglich ist.

Was macht der Deutsche Esperanto-Bund genau? Welche Ziele verfolgen Sie?

Der Deutsche Esperanto-Bund organisiert mehrere jährliche Veranstaltungen wie den Deutschen Esperanto-Kongress, ein Silvestertreffen und ein Ostertreffen. Unsere Orts- und Regionalgruppen sowie Landesverbände treffen sich regelmäßig. Wir geben eine Zeitschrift heraus und machen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unter esperanto.de. Außerdem bieten wir eine Reihe von kleinen örtlichen Bibliotheken an sowie in Zusammenarbeit mit der Stadt Aalen die Deutsche Esperanto-Bibliothek, die auch an die Fernleihe angeschlossen ist.

Eine wichtige Aufgabe ist für uns, unseren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, mit Esperanto internationale Kontakte zu knüpfen. Wir sehen Esperanto als eine sehr gute Möglichkeit, Kontakt mit Menschen aus dem Ausland zu haben: Es ist schnell erlernbar, und in Esperanto kommen Menschen aus vielen Kulturen gleichberechtigt miteinander in Kontakt. Das möchten wir gerne noch stärker in die Öffentlichkeit tragen, um Vorurteile und unzutreffende Ansichten auszuräumen. Wir möchten auch

gerne die Idee einer Schulstunde über Esperanto verbreiten. Jedes Schulkind sollte zumindest ein wenig wissen, was Esperanto ist.

Wie schätzen Sie die Zukunft von Esperanto ein?

In den letzten Jahrzehnten hat sich Esperanto deutlich ausgebreitet und sich viele neue Anwendungsbereiche erschlossen: Es gibt heute mehr Veranstaltungen, viel mehr Musik, internationale Paare und Esperanto-Muttersprachler. Esperanto hat sich ebenso an vielen Stellen im Internet etabliert. Auch die Anerkennung nimmt zu: Polen hat Esperanto als Träger der Esperanto-Kultur in die Liste des Kulturerbes aufgenommen, Kroatien hat die Esperanto-Tradition als Kulturgut anerkannt. Es gibt ein Esperanto-PEN-Zentrum der internationalen Schriftstellervereinigung. China verbreitet täglich Nachrichten in Esperanto.

Ich gehe davon aus, dass sich Esperanto weiter ausbreiten wird. Es macht einfach viel Freude, in einer rasch erlernbaren Sprache mit Menschen aus sehr vielen Ländern zusammenzukommen, und zwar direkt von Mensch zu Mensch. Außerdem zeigt sich, dass das Englische bei seiner Ausbreitung an Grenzen stößt. Im jüngsten Bericht des British Council zur Zukunft des Englischen heißt es, dass in China nur etwa ein Prozent der Bevölkerung in der Lage ist, sich auf Englisch zu unterhalten. Etwa 30 Prozent lernen dort Englisch, aber das ist für Chinesen sehr aufwendig. Die Begrenztheit des Englischen wird deutlich.

Esperanto ist eine Chance für diejenigen, denen beschränkte Englischkenntnisse nicht ausreichen. In Europa ist der Anteil der Bevölkerung, die Englisch spricht, besonders in Süd- und Osteuropa oft bei nur 20 bis 35 Prozent. Zumindest zwei Drittel sind somit von internationaler Kommunikation ausgeschlossen; selbst Menschen mit guten Englischkenntnissen können mit Esperanto weitaus leichter Freude an internationalen Kontakten haben. Schön ist dabei auch, dass man mit Esperanto die Kulturen sehr vieler verschiedener Länder kennenlernen kann. Die Esperanto-Originalliteratur ist von Menschen aus Dutzenden von Ländern geschrieben. Ein interessanter Aspekt ist auch das Lernen von Esperanto als erster Fremdsprache, also noch vor Englisch. Das kostet keine Unterrichtszeit: Mit 50 Stunden Esperanto und 200 Stunden Englisch kommen die Lernenden etwa auf das Niveau, das sie sonst nach 250 Stunden ausschließlichem Englischunterricht haben. Das erklärt sich aus der Tatsache, dass Esperanto die Grundstruktur von Sprache vermittelt und sehr schnell an das Sprechen heranführt. So hat man – mit demselben zeitlichen Aufwand und einem schnellen Erfolgserlebnis – außer Englisch noch eine weitere Sprache gelernt, die man in praktisch allen Ländern und heute sehr leicht im Internet anwenden kann. Esperanto ist dort auch zunehmend sichtbar, etwa auf vielen Sprachlernseiten wie z. B. Duolingo.

Martin Haase ist Vorsitzender des Deutschen Esperanto-Bunds und Inhaber des Lehrstuhls für romanische Sprachwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Sprachliche Vielfalt

Regionale Dialekte und ihre Ausprägungen

MECHTHILD HABERMANN

Et kütt, wie et kütt! Mir san mir! Eiforbibbsch! Moin, moin! Es isch, wies isch! Allet jut! – Dialekte gehören zu unserer Kultur. 2016 beschied die Deutsche UNESCO-Kommission, dass die »Regionale Vielfalt der Mundarttheater in Deutschland« in das Bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen wird. Mundarttheater leben von der Ausdruckskraft der Dialekte, die jahrhundertlang als Muttersprachen erworben, nun jedoch nicht selten auf Theaterbühnen am Leben erhalten werden. Das Interesse an den Dialekten ist groß, aber wenn es um den eigenen Nachwuchs geht, hat die Erziehung in der Standardsprache die Nase vorn.

Dialekt ist im Süden beliebter als im Norden. Die Dialektkompetenz der Deutschen ist unterschiedlich ausgeprägt, sie reicht von der aktiven Beherrschung eines (Orts-)Dialekts oder einer überregionalen Umgangssprache bis hin zur mehr oder weniger ausgeprägten Fähigkeit, Dialekte zu verstehen. Manchmal sind es nur Signalwörter, die bekannt sind und der fortgeschrittenen Folklorisierung von Dialekten auch zu kommerziellen Zwecken Tür und Tor öffnet: der Kölner »Jeck«, der Frankfurter »Äppelwoi«, der sächsische »Bliemchengaffee«. Dialekte haben zwar eine Sprachnorm, denn Dialektsprechende wissen in der Regel, was in einem bestimmten Dialekt richtig ist und was nicht, jedoch führt ein Verstoß gegen Normen eines Dialekts zu keinerlei Sanktionen im Gegensatz zur Nichtbeherrschung der Regeln der deutschen Standardsprache.

Dialekte sind keine verdorbene oder falsche Standardsprache, sie sind der Standardsprache nicht unterlegen. Historisch gesehen gäbe es keine Standardsprache

ohne Dialekte. Die heutigen deutschsprachigen Dialekte gehen auf die Sprachen verschiedener germanischer Stämme zurück, die als Stammessprachen die Grundlage des heutigen Deutsch bildeten. Dialekte sind die ursprünglichen Sprachen, die sich natürlich, d. h. ohne normierende Eingriffe von Sprachpflegern, entwickelt haben. Durch Sprachwandel auf allen Ebenen, auf der Ebene der Laute, der Wortformen, des Satzes, der Bedeutungen von Wörtern, sind sie zu dem geworden, was sie heute sind. Für die Klassifizierung von Dialekten ist die Beobachtung des Lautwandels zentral, der sich in den einzelnen Dialekten in unterschiedlichen Graden und Formen bemerkbar gemacht hat. Unsere heutigen Dialektgrenzen werden größtenteils durch Unterschiede in der regionalen Verbreitung zentraler lautlicher Phänomene bestimmt.

Dialekte sind aber auch durch Sprachkontakte oder besser: Dialektkontakte geprägt. So gibt es z. B. bairisch-schwäbische Interferenzgebiete am Lech in Bayern, die dadurch ausgewiesen sind, Merkmale beider Dialekte aufzuweisen. Im Berlinischen haben die französischen Hugenoten Einfluss auf den Dialekt genommen. Es gibt Dialektmerkmale, die sich kleinräumig unterscheiden und großräumigere. Manchmal unterscheidet sich der Dialekt in Nuancen von Dorf zu Dorf oder sogar von einem Ortsteil zum nächsten. Aus historischen Quellen sind Schreibdialekte auf uns gekommen, die uns oft die einzige Möglichkeit geben, die gesprochenen Dialekte der früheren Zeiten zu rekonstruieren. Die heutige Schriftsprache des Deutschen ist durch einen Sprachausgleich aus großräumigen Schreibsprachen entstanden, die aus den Dialekträumen des Südostens Deutschlands und Ostmitteleuropas stammten.

Die Auseinandersetzung mit der Verschiedenheit der Dialekte nimmt seit dem 17. Jahrhundert deutlich zu. Johann Andreas Schmellers Bayerisches Wörterbuch,

das in erster Auflage zwischen 1827 und 1837 erschien, bildete einen ersten Meilenstein in der Dialektforschung. Die dialektale Erfassung aller Dialekte des gesamten deutschen Reichs begann um 1880 mit Georg Wenker, der 40 von ihm verfasste Sätze an Dorfschullehrer verschickte mit der Bitte, diese in den jeweiligen Ortsdialekt zu übersetzen. Die Wenkersätze entsprechen der Lebenswelt der Zeit und klingen teilweise etwas veraltet, so etwa Satz 3: »Thu Kohlen in den Ofen, daß die Milch bald an zu kochen fängt.« Oder Satz 4: »Der gute alte Mann ist mit dem Pferde durch's Eis gebrochen und in das kalte Wasser gefallen.«

Diese Erhebungen bildeten den Ausgangspunkt der Arbeiten zum »Deutschen Sprachatlas« und »Deutschen Wortatlas«. Dialektforschung beruht auf Erhebungen an der Basis. Während in älterer Zeit Fragebogen an die jeweiligen Ortschaften versandt wurden, kamen ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstärkt Tonaufnahmen hinzu, die von Exploratorenteams direkt vor Ort mit meist älteren Gewährspersonen der Ortsdialekte aufgenommen wurden. Bei der Erhebung der Dialekte stehen die bäuerliche Lebenswelt, Flora und Fauna, gesellschaftliches Leben und ländliches Brauchtum im Fokus. Oft ist der Wortschatz zum Ausdruck von Emotionen in Kosenamen und Schimpfwörtern eine besondere Domäne des Dialekts. Für die meisten Sprachregionen existieren bereits Dialektwörterbücher, die über lange Zeiträume hinweg an Universitäten oder Akademien erarbeitet werden; eine Reihe davon sind im Entstehen. Neue Formen der Präsentation des Dialektwortschatzes bieten Onlineplattformen. Am Forschungszentrum in Marburg werden derzeit handgezeichnete Karten des »Deutschen Sprachatlas« modern aufbereitet und im Internet präsentiert. In Bayern ist gegenwärtig die Plattform »BDO« – Bayerns Dialekte online – im Aufbau. Der interessierten Bevölkerung und der Fachwelt

Deutschland ist ein Land der Dialekte. (...) Die politischen Strukturen in Deutschland begünstigen im Grunde eine Stärkung der Regionen und damit der sprachlichen Vielfalt

werden unterschiedliche Zugriffe auf das Dialektmaterial geboten. Durch moderne Methoden wie die Georeferenzierung ist der dialektale Wortschatz auf Karten abbild- und mit anderen georeferenzierten Daten, z. B. Bild- und Tondokumenten, kombinierbar. Digital aufbereiteten Dialektmaterialien, die für systematische statistische Auswertungen und die Mustererkennung zugänglich sind, gehört die Zukunft.

Die Dialekte unterscheiden sich im Grad ihrer Beliebtheit. In den Hitlisten nimmt das Bairische häufig vordere Ränge ein, das Schwäbische oder Sächsische eher hintere. Selbstverständlich sind derartige Bewertungen von verschiedenen Faktoren abhängig – wer wird z. B. gefragt? Nicht alle Sprechenden verhalten sich loyal gegenüber ihrem Dialekt. Während die Sprachloyalität im Bairischen besonders hoch ist, ist die Sprachloyalität im Norden Deutschlands gegenüber dem Niederdeutschen eher gering. Dabei ist das Niederdeutsche historisch gesehen eine eigene Sprache und kein Dialekt des Hochdeutschen.

Deutschland ist ein Land der Dialekte. Der deutsche Nationalstaat entstand anders als in Frankreich relativ spät. Bis heute ist Deutschland eine Republik mit föderaler Struktur, und die Kulturhoheit liegt bei den Ländern. Die politischen Strukturen in Deutschland begünstigen im Grunde eine Stärkung der Regionen und damit der sprachlichen Vielfalt. Deutschland zeigt eher Parallelen zu Italien, das ebenfalls vergleichsweise spät eine nationale Einigung erfahren hat. Eine Académie française, die in Frankreich über die Einheit der französischen Sprache wacht, ist in Deutschland jedenfalls undenkbar. In Deutschland lebt die sprachliche Vielfalt! – Und damit auch der Dialekt?

Mechthild Habermann ist Professorin für Germanistische Sprachwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)



Die Bergpredigt zählt zu den bedeutendsten Reden Jesu Christi im Matthäusevangelium

Diskriminierung gehört für viele zum täglichen Leben

Minderheitensprachen am Beispiel der sorbischen Sprachen

EDUARD WERNER

In Deutschland sind Nordfriesisch, Saterländisch, Dänisch, Obersorbisch, Niedersorbisch und Romanes als Minderheitensprachen anerkannt, seit 1994 auch Plattdeutsch. Dieser Artikel wird sich hauptsächlich auf die sorbischen Sprachen beschränken. Mutatis mutandis haben die Aussagen aber grundsätzlich auch für andere Minderheiten Gültigkeit.

Unter Minderheitensprachen versteht man Sprachen, die innerhalb eines Staates – zumeist auf eine bestimmte Region beschränkt – von einer Minderheit gesprochen werden. Da Sprache Kulturträger ist und wesentlich für die Identität ihrer Träger, sind Minderheitensprachen

sind. Diese Zahl nahm er hilfsweise als Anzahl der Sorben an und kam auf ca. 20.000. Offensichtlich ist das sehr optimistisch, und wäre so, als nähme man z. B. die Anzahl der Kinder, die freiwilligen Spanischunterricht besuchen, um abzuschätzen, wie viele Spanier in Deutschland leben. Aber verlässliche Zahlen gibt es eben nicht.

Eine völlig andere Frage ist, wie viele Sprecher eine Minderheitensprache hat. Zum einen ist das Bekenntnis zu einer Minderheit ja nicht von der Sprachbeherrschung abhängig, zum anderen ist nicht wirklich klar, wer als Sprecher einer Minderheitensprache betrachtet werden kann. Während man bei einer Staatssprache davon ausgeht, dass ein Muttersprachler die Sprache mehr oder weniger vollständig beherrscht, ist dies bei einer Minderheitensprache nicht der Fall, denn oft spricht nur ein Elternteil oder nur die Großeltern sprechen gelegentlich Sorbisch mit dem

Freunden, in der Öffentlichkeit vielleicht lieber nicht.

Außer dieser offenen Diskriminierung gibt es strukturelle Diskriminierung. So ist es nicht einmal an der Universität Leipzig, der einzigen Universität in Deutschland – und weltweit – mit kompletter Sorabistik-Ausbildung (so heißt die Sorbenkunde offiziell), möglich, an den Anzeigetafeln sorbische Zeichen auszugeben. Namen der Mitarbeiter haben dann kleine Quadrate anstatt Buchstaben, sorbischsprachige Ankündigungen für sorbischsprachige Veranstaltungen sind nicht möglich. Die Sprache bleibt unsichtbar. Im offiziellen sorbischen Sprachgebiet gibt es zwar zweisprachige Beschilderung, aber auch die ist zumeist auf Orts- und Straßennamen beschränkt und fehlerhaft.

Ebenso gehört es zum sorbischen Alltag, dass man mit einem für Deutschland eingerichteten Computer oder Handy nicht einfach auch Sorbisch



Im August 2015 sagte Angela Merkel auf einer Pressekonferenz vor dem Hintergrund der rasant steigenden Zuwanderung von Geflüchteten nach Deutschland den inzwischen legendären Satz »Wir schaffen das«

oft bedroht, weil ihre Träger gezwungen sind, auch die Sprache der Mehrheit zu beherrschen, während dies andersherum nicht gilt. Sprachen von Zuwanderern und Dialekte gelten nicht als Minderheitensprachen.

Der Verbreitungsraum des Sorbischen reichte im 8./9. Jahrhundert von Franken bis Niederschlesien, im Norden schlossen sich bis an die Ostsee andere slawische Sprachen an, von denen jetzt nur noch Ortsnamen zeugen. Die letzten Reste verschwanden im sogenannten Hannoverschen Wendland um Lüchow-Dannenberg Ende des 18. Jahrhunderts. Auch das sorbische Sprachgebiet ist stark geschwunden, und so sind die sorbischen Sprachen jetzt auf Teile der Ober- und Niederlausitz beschränkt und auch da weiter im Rückgang befindlich.

Minderheiten in Deutschland sind Bekenntnisminderheiten, d. h. die Zugehörigkeit wird durch ein nicht formales Bekenntnis ausgedrückt, welches weder überprüft noch hinterfragt werden darf. Das macht es bereits fast unmöglich, einigermaßen verlässlich festzustellen, wie viele Angehörige eine Minderheit überhaupt hat, und so unterscheiden sich die Schätzungen sehr stark. Z. B. ging Vogt in seiner Untersuchung über die sorbische Zivilgesellschaft 2009 von der Anzahl der Schüler aus, die Sorbischunterricht erhalten, und ermittelte die statistische Anzahl von zugehörigen Elternteilen, bei denen er davon ausging, dass sie dem Sorbischen gegenüber positiv eingestellt

Kind, das dann, obwohl technisch gesehen Muttersprachler, oft nicht wirklich fließend sprechen kann, von Lesen oder Schreiben ganz zu schweigen. Somit bleibt nicht nur unklar, wie viele Sprecher es gibt, sondern auch, was sie können. Das wäre aber die Voraussetzung für die Konzipierung wirksamer Spracherhaltungsmaßnahmen, denn man muss ja bei den vorhandenen Kompetenzen ansetzen. Leider sind gerade die politischen Vertreter der Minderheit hier wenig nützlich, da sie gewöhnlich glauben, ihre Stimme habe mehr Gewicht und die Minderheit werde umso besser und effektiver gefördert, je größer sie in der Öffentlichkeit erscheint. Das Gegenteil ist aber der Fall. Je kleiner die Sprachminderheit ist, umso mehr muss durch Förderung gestützt werden.

Diskriminierung im Alltag gehört nach wie vor zum täglichen Leben eines Sorben. Die meisten dieser Fälle kommen kaum an die Öffentlichkeit, sei es, dass der deutsche Chef dem sorbischen Lehrling verbietet, mit seinen Eltern auf Sorbisch zu telefonieren, oder dass der sorbischen Kellnerin verboten wird, sorbische Gäste auf Sorbisch zu bedienen. Auch der Autor dieser Zeilen musste seinerzeit die Beine in die Hand nehmen, um sich vor einer Gruppe jugendlicher in Sicherheit zu bringen, als er in Königswartha auf der Straße Sorbisch sprach. Häufig reagiert man auf solche Erlebnisse mit stillem Zähneknirschen oder mit Resignation. Man spricht nur noch in geschützter Atmosphäre Sorbisch, in der Familie oder mit

schreiben kann. Natürlich kann man, wenn es der eigene Computer ist, zusätzliche Tools installieren, die das ermöglichen, aber bei allen diesen Erfahrungen bleibt der Eindruck, dass man als Sorbe eben doch nicht dazugehört.

Ganz gehört man erst dazu, wenn man kein Sorbisch mehr spricht. Und so sprechen auch heute noch viele sorbischsprachige Eltern mit ihren Kindern Deutsch; wenn der Ehepartner Deutscher ist, ist das fast ausnahmslos der Fall. Quantität wirkt sich aber auf die Qualität aus. Kinder, die mit Sorbisch aufwachsen, haben heute weniger sorbischsprachige Gleichaltrige, dafür aber jede Menge deutsches Fernsehen und Computerspiele. Hier müssten die Kindergärten und Schulen wirklich dem Sprachzerfall gegensteuern, aber sprachkompetente Kindergärtner und Lehrer sind Mangelware, und die Lehrpläne für Sorbisch müssen im Wesentlichen in das Korsett für Deutsch passen, man bräuchte aber viel mehr Stunden und vor allem auch den verpönten Grammatikunterricht, nicht nur, um die fehlende Sprachpraxis auszugleichen. Das Sorbische hat nun mal sieben Fälle und drei Numeri – es gibt neben Singular und Plural auch einen Dual –, der Formen- und Ausdrucksreichtum muss geübt und praktiziert werden, sonst geht er verloren und mit ihm die Sprache.

Eduard Werner ist Universitätsprofessor und Direktor des Instituts für Sorabistik der Universität Leipzig

Die mündliche Weitergabe von Geschichte

Neue historische Aspekte durch Oral History

AGNÈS ARP

Was ist genau unter Oral History zu verstehen? »Oral History« ist ein feststehender Begriff, der wörtlich übersetzt »mündliche Geschichte« bedeutet. Oral History wurde ab Ende der 1960er Jahre in Europa immer bekannter und sprach erst mal einen übersichtlichen Kreis von westeuropäischen Forscherinnen und Forschern unterschiedlicher Disziplinen an: Entschlossen legten sie den Fokus ihrer jeweiligen Forschungen auf die Stimmen der »Unsichtbaren« und der unterdrückten sozialen Gruppen (Arp, Leo, Maubach, 2019). Die Historikerinnen und Historiker fangen damals ihrerseits mitunter mit naiv angehauchten Absichten an, die »Geschichte von unten« erzählen zu wollen. Das erste groß angelegte Oral-History-Projekt in der Bundesrepublik Deutschland, »Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960« (LUSIR), wurde ein paar Jahre später 1980 unter Leitung von Lutz Niethammer an der Universität/Gesamthochschule Essen gestartet. Interviewt wurden damals Personen aus der Wirtschaft, dem Mittelstand und der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet über ihre Faschismuserfahrungen (Niethammer, von Plato, 1985). Über die Jahre hinweg haben Oral Historians die methodischen Vorwürfe eines Mangels an Repräsentativität durch eine zu hohe Subjektivität systematisch und unermüdlich widersprochen, was zu einer Professionalisierung der Methode und deren Etablierung innerhalb der deutschen Historikerzunft führte. Sie ist heute ein wichtiger methodischer Baustein in vielen Forschungsprojekten und wird auch gern in Qualifikationsarbeiten angewandt.

Zum Kern der Oral History gehören lebensgeschichtliche Interviews: Damit bilden Historikerinnen und Historiker eine neue historische Quelle. Durch das Zuhören und Befragen von Personen, die gewisse biografische Merkmale aufweisen, ist es möglich, sich bestimmten Aspekten einer Geschichte bzw. eines biografischen Themas anzunähern. Manchmal ist es gar der einzige Weg, um etwas über die Vergangenheit in Erfahrung zu bringen. Oral History stellt somit eine sinnvolle und unersetzliche Ergänzung zu den schriftlichen Quellen in Archiven dar, die meistens die Perspektive der Institutionen und der Macht darlegen, deren sogenannte Objektivität, dadurch geschmälert werden, dass auch sie von Menschen produziert wurden. Damit einhergehend birgt in jedem Oral-History-Projekt eine subversive Kraft. Unbestreitbar bringt die selbst erhobene mündliche Quelle neue Aspekte ans Licht, die die angenommene historische Erzählung nuancieren und manchmal sogar widersprechen.

Doch wie geht das? Wie werden gute, wissenschaftliche lebensgeschichtliche Interviews geführt? Worauf muss geachtet werden? Aus methodischer Sicht sind Oral-History-Interviews sehr aufwendig, weil sich die Forscherin bzw. der Forscher im Idealfall viel Zeit lassen soll, um geeignete Interviewpartnerinnen und Interviewpartner zu finden und in einem vertraulichen und geschützten Rahmen deren gesamte Biografie zu erfragen.

Mit der Methode des »narrativen Interviews« (Schütze, 1977) werden Lebensgeschichten erhoben. Diese zielt darauf hin, den Interviewten so viel Gestaltungsfreiheit wie möglich zu lassen, sodass er/sie allein Schwerpunkte und Gewichtungen der eigenen Lebensgeschichte setzt. Die interviewte

Person kann ihre Erinnerungen nach eigenen Prioritäten nur entfalten, wenn das Interview offen geführt wird. Dabei rekrutiert die/der Forschende auf seine Kompetenz des aktiven Zuhörens. Zuhören bedeutet laut Duden »(etwas akustisch Wahrnehmbarem) hinhörend folgen, ihm seine Aufmerksamkeit zuwenden« bzw. »anhören; mit

Zum Kern der Oral History gehören lebensgeschichtliche Interviews

Aufmerksamkeit hören; hörend in sich aufnehmen«. Aktiv zuzuhören bedeutet so viel wie eine Erzählung »in sich aufzunehmen«, d. h. in die Selbsterzählung und Weltanschauung seines Gegenübers einzutauchen. Es ist ein subtiler, komplexer Prozess, der eigenen Regeln folgt.

Die Forscherin bzw. der Forscher sollte erst nach dem Ende des freien narrativen Teils Fragen stellen, die einem besseren Verständnis des Erzählten dienen bzw. die noch nicht angesprochen wurden, wobei geschlossene Fragen, Suggestivfragen, Doppel- oder -Mehrfachfragen definitiv vermieden werden sollten. Um das Ziel, Offenheit herzustellen, zu erreichen, sollten die Fragen klar und einfach formuliert werden, nicht wertend klingen und respektvoll bleiben. Die Kunst der Frage besteht darin, erzählgenerierende Fragen zu stellen, damit sich die bzw. der Interviewte eingeladen fühlt, selbst erlebte Anekdoten und Geschichten, persönliche Erinnerungen aus damaligen Erfahrungen zu erzählen. Dabei sind grundsätzliche Typen von Fragen zu unterscheiden und zu beherrschen, die von Erzählstimuli zu Aufrechterhaltungsfragen, Steuerungsfragen, Zurückspiegeln, Paraphrase, Angebot von Deutungen gehen (Libera, 2004). Antworten, die Meinungen, intellektuelle Positionen oder Überzeugungen verraten, liefern wenig biografische Dichte mit und bleiben in lebensgeschichtlichen Interviews zweitrangig. Mit Aufklärung von Widersprüchen sollte man wachsam umgehen. Die spätere Auswertungsarbeit setzt sich dann unter anderem mit dem Erzählfluss, der Narration und der vom Interviewten gegebenen Einordnung mancher Aspekte seiner Biografie. Eine permanente Reflexionsarbeit der Forscherin bzw. des Forschers im Forschungsverlauf umkreist Fragen von Prozessen menschlicher Wahrnehmung, Speicherung und Erinnerung wie selektive Aufmerksamkeit, Verdrängungsmechanismen, Speicherleistungen des Gehirns.

Agnès Arp baut die Oral-History-Forschungsstelle zur ostdeutschen Erfahrung an der Universität Erfurt auf und arbeitet dort als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Neuere und Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik

MEHR DAZU

Die Forschungsstelle greift die Spezifika der DDR sowie der Zeit der Transformation auf und diskutiert die Methodik der Oral History in diesem Kontext. Sie entwickelt und etabliert auch ein Konzept für einen respektvollen und fairen Dialog, der sich insbesondere auch mit Macht- und Partizipationsfragen auseinandersetzt: tinyurl.com/5dbzxfpc

NEUSTART KULTUR:
Erfahrungen nutzen, um Passgenauigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bundeskulturförderung zu stärken
Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Bundesförderprogramm NEUSTART KULTUR

Berlin, den 19.01.2024. Die von 2020 bis 2023 andauernde Coronapandemie war ein tiefer Einschnitt für den Kunst-, Kultur- und Mediensektor. Öffentliche und private Kultureinrichtungen sowie Veranstaltungsorte mussten in großem Umfang schließen. Das normale kulturelle Leben mit tausenden täglichen Angeboten in der gesamten Republik konnte nicht wie gewohnt stattfinden. Viele Künstlerinnen und Künstler, Kulturorte, Kultureinrichtungen und -vereine waren in existentieller Not, nicht wenige befürchteten, dass sie die Zeit ökonomisch nicht überstehen würden.

Auch der Kultursektor konnte an den »normalen« Wirtschaftsförderprogrammen partizipieren. Sie erwiesen sich in vielen Fällen allerdings als wenig passfähig. Öffentliche Kultureinrichtungen und Kulturunternehmen konnten Kurzarbeit beantragen. Die Zugangshürden zur Grundsicherung wurden gesenkt.

Wesentlich für die Existenz und die Weiterentwicklung des Kultursektors waren die spezifischen Unterstützungsprogramme von Bund, Ländern und teils auch Kommunen. Neben der finanziellen Unterstützung wurde damit auch das Signal ausgesendet, dass Kunst und Kultur für die Gesellschaft unverzichtbar sind. Dies war für diesen Sektor ökonomisch und für das breite Verständnis über die Rolle der Kultur sehr wichtig.

Eine besondere Rolle mit Blick auf das Volumen von 2 Milliarden Euro über drei Jahre und die dezentrale Vergabe spielte das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgelegte Programm NEUSTART KULTUR. Dieses Programm sollte dazu dienen, im gemeinnützigen und privatwirtschaftlichen Kulturbereich die Auswirkungen der Pandemie abzufedern und ihn für die Zukunft zu stärken. Es hatte drei Schwerpunkte:

- pandemiebedingte Investitionen,
- Stärkung der Kulturinfrastruktur,
- alternative, auch digitale Kulturangebote.

Ferner wurden pandemiebedingte Einnahmeverluste und Mehrbedarfe bundesgeförderter Häuser und Projekte aufgefangen.

Unter dem Dach des Deutschen Kulturrates fanden seit 2020 regelmäßige Treffen der Bundeskulturverbände, Fonds, Stiftungen und anderen Institutionen statt, die Mittel aus dem Bundesprogramm NEUSTART KULTUR (2020 bis 2023) vergeben haben. Die Treffen dienten dazu, Erfahrungen auszutauschen, Verbesserungsmöglichkeiten in der konkreten Durchführung der Programme zu besprechen und Synergien in der Fördermittelvergabe zu ermöglichen. Der Deutsche Kulturrat selbst hat keine Fördermittel ausgereicht.

Nach Ablauf des Förderzeitraums im Sommer 2023 zeigte sich, dass das Programm gewirkt hat und vor allem: NEUSTART KULTUR war mehr als die Stabilisierung des Bestehenden. NEUSTART KULTUR hat die durch multiple gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen unserer Lebenswirklichkeit in den letzten Jahren bedingte Transformation im Kulturbereich vorangebracht und zugleich weitere Bedarfe aufgezeigt.

Erfolgsfaktoren für NEUSTART KULTUR waren:

- **Enge Anbindung an den Kultursektor.** Die im Verlauf von drei Jahren durchgeführten 78 Einzelprogramme wurden in enger Abstimmung mit dem Kultursektor entwickelt. Die Bundeskulturverbände in

ihrer Breite, die Bundeskulturfonds, die Kulturstiftung des Bundes und die Kulturstiftung der Länder, weitere Kulturförderorganisationen sowie die Verwertungsgesellschaften, die die Mittel ausgereicht haben, werden von den Kulturakteuren getragen bzw. die Kulturakteure sind in Entscheidungsstrukturen eng eingebunden. Die Programme konnten daher passgenau auf die Bedarfe der jeweiligen Zielgruppen zugeschnitten werden. Die Antragsteller, die teilweise zum ersten Mal mit Bundesmitteln gefördert wurden, konnten während des kompletten Förderprozesses von der Antragsstellung über die Umsetzung bis hin zur Vorlage der Verwendungsnachweise intensiv beraten werden. Bei der Förderung pandemiebedingter Investitionen konnte auf die Fachkenntnis aus dem Feld zurückgegriffen werden, um wirtschaftliche und nachhaltige Lösungen zu finden. Das in den verschiedenen Organisationen vorhandene Wissen konnte für die Beratung, für die Jurierung von Anträgen und für die Information zum Programm mobilisiert werden. Vielfach haben sich hoch qualifizierte, professionelle Akteure ehrenamtlich in Jurys oder auch in der Beratung engagiert. NEUSTART KULTUR ermöglichte neue Formen der Kooperationen und leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung, Professionalisierung und breiteren gesellschaftlichen Verankerung und Vernetzung des Kulturbereiches.

- **Eröffnung von Möglichkeitsräumen.** Da pandemiebedingt Veranstaltungen nicht stattfinden konnten, eröffneten die Einzelprogramme Möglichkeiten, die insbesondere zur Stabilisierung, Neuorientierung und Erweiterung der künstlerischen, unternehmerischen Tätigkeit bzw. der Neuausrichtung von nicht öffentlich geförderten Kultureinrichtungen dienten. Hierbei ermöglichten diese Einrichtungen und die freien Kulturschaffenden, dass Kultur und Begegnung sowie kulturelle Mitwirkung auf neuen Wegen und an ungewöhnlichen Orten weiterhin stattfanden, ein Kulturleben unter Pandemie-Bedingungen also nicht vollständig zum Erliegen kam. Einzelne Programme konnten dazu genutzt werden, die Organisations- und Teamentwicklung voranzutreiben oder auch bei Soloselbstständigen die Professionalität als Unternehmerin bzw. Unternehmer sowohl in künstlerisch-inhaltlicher als auch in unternehmerischer bzw. struktureller Hinsicht weiterzuentwickeln. Viele gewannen Zeit, sich auf die post-pandemischen Herausforderungen vorzubereiten und das eigene Programm oder die Ausrichtung der Arbeit zu reflektieren und zu fokussieren.
- **Schnelle Organisationsentwicklung.** Innerhalb kürzester Zeit haben die Mittel ausreichenden Institutionen ihre Organisation weiterentwickelt, Prozesse optimiert, die Digitalisierung vorangetrieben und ihr Personal aufgestockt. Das neue Personal, das in Teilen bislang noch wenig Erfahrung mit Förderverfahren hatte, wurde in kürzester Zeit bei gleichzeitigem Erfüllen aller Ansprüche und Kriterien geschult, damit sie die Antragsteller adäquat beraten und begleiten konnten. Diese Organisations- und Personalentwicklung war eine erhebliche Herausforderung, die unter einem

hohen Erwartungsdruck von Seiten der Kulturszene, Politik und Verwaltung sowie Öffentlichkeit und Medien gemeistert wurde. Hierauf kann und sollte jetzt aufgebaut werden.

Der Deutsche Kulturrat fordert, mit Blick auf die Bundeskulturförderung folgende Aspekte bei künftigen Förderansätzen zu berücksichtigen:

- **Weiterhin auf staatsferne Vergabe von Fördermitteln setzen.** Einmal mehr hat sich die zivilgesellschaftliche Vergabe von Kulturfördermitteln mit Blick auf die inhaltliche Ausgestaltung sowie die operative Durchführung bewährt. Die Kulturszene kennt die Bedarfe, sie ist mit den Spezifika der jeweiligen Branchen bzw. künstlerischen Sparten vertraut und kann aufgrund ihrer Struktur aus professionellen, freien, haupt- und ehrenamtlichen Akteuren flexibel reagieren. Die Vergabe von Kulturfördermitteln durch selbstverwaltete Fonds, Kulturförderinstitutionen, die Bundeskulturverbände oder Stiftungen ist der adäquate Weg der Kulturförderung.
- **Investitionsstau beseitigen.** Im Kulturbereich besteht ein erheblicher Investitionsstau, der in der Pandemie besonders sichtbar wurde. Er führt dazu, dass u. a. ökologische Nachhaltigkeitsziele kaum erreicht werden können. Zentrale Aufgabe ist daher, diesen Investitionsstau weiter abzubauen und dabei die Expertise von Fachleuten aus dem Kultursektor einzubinden und zu nutzen.
- **Digitalisierung vorantreiben.** Im Rahmen von NEUSTART KULTUR

wurden angepasste Konzepte zur Digitalisierung entwickelt und erprobt. Dies gilt für die künstlerische Auseinandersetzung mit digitalen Medien und Digitalität ebenso wie für die digitale Vermittlung. Hier konnten neue Formate erprobt und künstlerisch experimentiert werden. Gleichfalls gab es einen Digitalisierungsschub mit Blick auf Antrags- und auch Jurierungsverfahren. An diese Konzepte gilt es anzuknüpfen und die Erfahrungen aus dem Feld einzubeziehen.

- **Ausgewogenes Verhältnis von Projekt- und Strukturförderung.** In den vergangenen Jahren wurde gerade von Bundesseite in der Förderung ein Fokus auf zeitlich befristete Projekte gelegt. Projekte ermöglichen, Neues zu erproben. Sie setzen allerdings voraus, dass eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, um Projekte beantragen und durchführen zu können. Die Infrastrukturförderung hat mit der Projektförderung nicht mithalten können, was teilweise zu Überforderungen von Akteuren und Akteurinnen bzw. Institutionen führt. Ein ausgewogenes Verhältnis von Projekt- und mehrjähriger Strukturförderung ist unverzichtbar, um Innovationen zu ermöglichen und den Akteurinnen und Akteuren bzw. Institutionen Organisations- und Teamentwicklungsperspektiven zu eröffnen. In diesem Rahmen ist auch die auskömmliche Förderung von Projekten und die adäquate Bereitstellung von Fördermitteln für Künstlerinnen und Künstler sowie andere Soloselbstständige, die beauftragt werden, sicherzustellen.

- **Verwaltungsvereinfachungen beibehalten.** Während der Coronapandemie wurde eine Reihe von Vorschriften in der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel vereinfacht. Hierzu gehören beispielsweise die flexibleren Möglichkeiten der Mittelbewirtschaftung wie bspw. die überjährige Mittelverwendung innerhalb der Programme, was der Programmsteuerung zugutekam, die Erreichung der Förderziele und auch den wirtschaftlichen Einsatz der Fördermittel verbesserte. Weiter erleichterten die großzügigen Grenzen der Beschaffung die Vergabeverfahren erheblich, was wiederum zeitliche Spielräume für Beratung eröffnete. Die Überjährigkeit sowie die Vereinfachungen führten zu Erleichterungen, Einsparungen in der Mittelbewirtschaftung und zur Fokussierung auf künstlerisch überzeugende Ergebnisse. Die Vereinfachungen gilt es dringend wiederaufzunehmen und in den Regelbetrieb öffentlicher Förderung aufzunehmen, um weitere Verwaltungsvereinfachungen zu ergänzen, die insgesamt zu einem effektiveren und wirtschaftlicheren Einsatz von Fördermitteln führen können.
- **Austausch fortsetzen.** Als fruchtbar hat sich der Austausch der mittele ausreichenden Institutionen unter dem Dach des Deutschen Kulturrates erwiesen. Hier konnte sich offen über Hindernisse, Fragen und Lösungsansätze ausgetauscht werden. Ungelöste Probleme wurden gebündelt und dann gemeinsam mit der BKM besprochen. Diesen Austausch gilt es fortzusetzen.



Dossier »Stiftung Preussischer Kulturbesitz«

Das Dossier gibt einen Überblick über die Zukunftsaufgaben der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) und geht der Frage nach, wie weit der Erneuerungsprozess vorangeschritten ist und was noch zu tun ist. Weitere Fragen sind unter anderen: Was macht die SPK? Und vor allem was macht sie aus? Wer und was gehört dazu? Wer will bei der künftigen Gestaltung mitreden? Was hat sie für eine Geschichte? Ist die notwendige Transformation eine Chance oder Last? Wie digital ist die Stiftung? Kann die Stiftung Nachhaltigkeit?

Herausgegeben von Olaf Zimmermann & Theo Geißler · 88 Seiten · 5,90 Euro · ISBN 978-3-947308-60-6
Bestellen Sie das Dossier direkt versandkostenfrei auf → kulturrat-shop.de

Kurz-Schluss

Wie ich mich einmal mit der Künstlichen Intelligenz anlegte und offen gestanden komplett scheiterte

THEO GEISLER

Seit ein paar Tagen funktioniert mein Profi-ChatGPT-Neo nicht mehr richtig. Dabei habe ich die recht üppige – monatlich 800 Euro – Abo-Gebühr regelmäßig und pünktlich bezahlt. Trotz sehr exakter Vorgaben und Textwünsche liefert das Programm immer dürtigere, erkennbar ungenauere Vorschläge. Neulich forderte ich im Auftrag der GEMA eine wenigstens hunderttausend Zeichen umfassende Studie zum Thema »Aus welchen Quellen im Internet bezieht Künstliche Intelligenz ihre Informationen? Wie kommt die Software in diesem Zusammenhang mit den teils sehr unterschiedlichen, teils sehr strengen Urheberrechtsregelungen diverser Länder zurecht? – Text im Stil einer Masterarbeit samt Quellenangaben liefern.« Es dauerte zu meiner Überraschung an die zehn Minuten, bis mein ansonsten flotter Quantenfox-Computer folgendes Ärgernis als Ergebnis ablieferte: »Unser gerichtlicher Standort für Homines ihrer mentalen Konfiguration ist Pjöngiang, Teil der Hauptstadt Chung-guyök, Nordkorea. Es gilt das landestypische Urheberrecht. Weitere Auskünfte zum Thema gibt es zum Schutz unserer Geschäftsgeheimnisse nach landestypischem Usus nur bei persönlicher Anwesenheit am dortigen Zentralrechner. Textende.« Nachdem mir meine Auftraggeber-Orga namens GEMA, dank schlecht verhandelter Streaming- und KI-Verträge samt ihrer vier Beschäftigten mittlerweile verarmt in einer Nissen-Baracke bei Klein-Piezkreuz, PleiSequelle angesiedelt, gerade

mal die reduzierte Senioren-Schmalbahnkarte zur Vorbesprechung hälftig finanziert hatte, war mit einem weiteren Fahrtkostenzuschuss nicht zu rechnen. Mir blieb nur die Web-Recherche. Schließlich hatte ich den GEMA-Auftrag pro bono angenommen. Ich hoffte allerdings auf eine üppige Überweisung aus dem Souterrain des Kanzleramtes, dank des digitalprotektionistisch üppig sprudelnden Reptilienfonds von Claudia Roth. Und fügte als Captatio Benevolentiae ein Original-M2-File von »Halt Dich an Deiner Liebe fest« (Ton, Steine Scherben, ungefähr 1949) bei. Dann gab ich meiner ChatGPT den Auftrag: »Formuliere Regeln zu konstruktivem KI-Umgang mit Kunst und Kultur in für die Kulturstatsministerin verständlicher Form.« Nach endlosen vier Minuten Wartezeit ploppten in meiner Apple-Vision-Pro-Brille grell zwei Links auf und der Satz: »Haben wir schon mehrfach geliefert.« Sonst nix. Zwecks Öffnung blinzelte ich den ersten Link an. Und wieder einmal bedauerte ich, in Bayern zu leben, wo zwar digitale Lederhosen nicht nur auf dem Oktoberfest viel flüssigen Umsatz generieren. Andererseits hat Bayerns Ministerpräsident nach jüngsten Erkenntnissen des »Rückspiegel« nur einen simpel zu bedienenden Roboter Typ »Aiwanger« zur Verfügung. Ansonsten stümpfern Ministerien und Verwaltung noch mit Windows 7 rum. Ganz anders Nordrhein-Westfalen. Dort stellt sich der Landtag der Aufgabe, Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf Kunst und Kultur landesweit zu begleiten und zu gestalten. Wörtlich aus der Planung der geistig

frischen NRW-Regierung: »Die aktuellen rasanten Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) treffen auch den Kunst- und Kulturbereich. Die Zukunftscoalition begrüßt die Chancen und Möglichkeiten von Künstlicher Intelligenz ausdrücklich, ist sich aber bewusst, dass mit diesen technischen Veränderungen zahlreiche Herausforderungen einhergehen, deren Ausmaß heute noch nicht abzuschätzen ist. Kunst und Kultur waren schon immer Experimentierbereiche und Diskussionsräume für gesellschaftlich relevante Themen. In den 1960er Jahren wurde mit dem KI-Kunstsystem AARON von Harold Cohen eine neue künstlerische Sparte »KI-Kunst« etabliert. In Musikproduktionen erleichtern KI-gestützte Systeme beispielsweise die Erstellung von Samplern. Als Technologie mit großem Potenzial bietet KI vielfältige Möglichkeiten, die Kulturlandschaft zu bereichern und neue Wege der künstlerischen Ausdrucksformen zu erschließen. Der Einsatz von KI in der Kultur kann zu einer erweiterten kreativen Zusammenarbeit zwischen Mensch und Maschine führen. Durch die Nutzung von maschinellem Lernen und algorithmischen Modellen können Künstlerinnen und Künstler neue Inspirationen gewinnen und innovative Werke schaffen. KI kann beispielsweise dabei helfen, musikalische Kompositionen zu generieren, bildende Kunst zu erschaffen, neue Formen des Theaters zu entwickeln, beschädigte Kunstwerke zu restaurieren und historische Artefakte digital zu konservieren.« Es folgen etwa 50 weitere fantasievolle Vorschläge für nützliche, effektvolle, rentable Kollaboration zwischen KI und Kulturschaffenden. Und: In NRW hat die Politik sonst bekanntlich nur rumkittelnde und beserwisserische Künstler voll auf ihrer Seite. Der Landeskulturrat nützt die ministerialen Überlegungen quasi eins zu

eins für seine Zukunftsprogrammatik, wie mir der zweite Link, eine zärtliche Antwort des Landeskulturrates ins Bewusstsein brennt. Und all dies Wundervolle nur dank der üppigen Ideen-spende aus der jeglichen humanoidem Hirn zigtausendfach überlegenen Faktensammlung und vernetzten Komposition künstlicher – ja, auch künstlerischer – Kompetenz. So langsam beginne ich zu verstehen: Ich habe mich wider diese nahezu göttliche Kraft der Vernunft versündigt. Habe übelste Ketzerei betrieben. In einer gottlob wenig beachteten Glosse lästerte ich: »Komponistinnen und Komponisten pfeifen oder jodeln spontan eine Melodei in ihr Compi-Micro und fügen verbal an: Hip-Hop-Hit, Filmmusik für »Titanic Zwo« oder Sinfonie im Stile Mahlers Zehnter. Schwuppdwupp ist das Opus GEMA-reif fertig. Statt aufwendigem Kunstunterricht erhalten Embryos im achten Monat eine kleine Zellveränderung und den universalen Weltkulturchip ins Stammhirn. Gegen einen kleinen Aufpreis gibt es ein Software-Update für BWL, Jura, Ingenieurs- und Börsen-KI. Im Rahmen des Wachstums wird noch Zellspeicherplatz im Vorderbauch dank üppiger Schweinefettfütterung generiert, damit das

Erwerbsfähigkeits-Modul genügend Platz hat.« – Klar, ich habe die KI beleidigt. Kein Wunder, dass sie nicht mehr liefert. Also kann ich nur vom Saulus zum Paulus werden und mich ergebenst entschuldigen. Das füttere ich in meine Profi-ChatGPT-Neo. Diesmal kommt ein Antworttext sofort: »Habe im Web den richtigen Handlungshinweis erhalten: Tschüss Homo sapiens, welcome Eiweiß-, Kalk- und Wasser-Speicher.« Kenn ich doch irgendwoher ... »Ach so, Schlusssatz meiner Glosse damals, kann ich noch denken, während sich die Apple-Brille erhitzt und meine Augen platzen lässt.



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

LAWROWS TRÄUME

Berlin: Fünf Monate vor dem Anpfiff zur UEFA EURO 2024 wurde in Berlin das Kulturprogramm zur Fußball-Europameisterschaft vorgestellt. Bei weit über 300 Veranstaltungen können Menschen in ganz Deutschland erleben, welche Bedeutung das Wechselspiel von Fußball und Kultur hat. Höhepunkt dürfte ein Spiel zwischen der deutschen Nationalmannschaft und einer Bundestags-Elf mit Claudia Roth im Tor und Olaf Scholz als Mittelstürmer sein. Dazu Rechtsaußen Lindner: »Da hat die Nationalelf vielleicht mal wieder die Chance, wenigstens Unentschieden zu spielen.«

Köln/Kassel: Am Mittwoch vor Ostern erzählt der Privatsender RTL erneut »Die Passion – Die größte Geschichte aller Zeiten« als Live-Event mit Musik. Schauplatz ist Kassel, wo die letzten Tage im Leben von Jesus von Nazareth inszeniert und mit bekannten Popsongs in die heutige Zeit transportiert werden. Die Besetzung der Schauspieler ist aber noch ein großes Geheimnis. Dass über eine Rolle durch mögliche Zuschauer abgestimmt wird, ist neu. Bald können die User auf der RTL-Instagram-Seite in den Kommentaren ihre Judas-Wunschkandidaten hinterlassen. Unter den ersten Vorschlägen fanden sich Oliver Pocher, Gérard Depardieu und Alice Weidel.

Gütersloh: Deutschland diskutiert über den Einfluss von Desinformation. Die manipulierten Informationen

erwecken den Eindruck, dass es sich um echte, belegbare Nachrichten handelt. So werden gezielt Falschinformationen verbreitet. Laut einer noch unveröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung sagen 84 Prozent der Menschen in Deutschland, dass Desinformation im Internet ein großes Problem für unsere Gesellschaft sei. Mit dem Projekt »Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie« will die Bertelsmann Stiftung der Gefahr durch Desinformation aktiv etwas entgegensetzen. Eine Jury bestehend aus Dolly Buster, Bernd Höcke und Donald Trump wird künftig die Echtheit von News überprüfen.

Berlin: Sie können kochen und suchen einen neuen Job? Ein Umzug nach Berlin stellt für Sie kein Problem dar oder Sie wohnen ohnehin schon in der Bundeshauptstadt? Ihnen gefällt die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern? Dann sollten Sie sich die Stellenausschreibung des Bundeskanzleramts anschauen. Denn das Bundeskanzleramt sucht einen Koch beziehungsweise eine Köchin. Bei der fälligen Einstellungsprüfung müssen Sie Labskaus mit Vanillepudding, Geeiste Wiener Würstchen auf Sylter Sandstrand und für Nazis Chappi mit Pommes zubereiten. Arbeitsantritt: zum nächstmöglichen Zeitpunkt, überlegen Sie also nicht zu lange. Die Anstellung als Koch von Olaf Scholz endet voraussichtlich Ende Februar '24 nach einem Besuch von Frankreichs Präsident Macron. tg



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10
10115 Berlin
Telefon: 030. 226 05 280
Fax: 030. 226 05 2811
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Lisa Weber, Barbara Haack,
Andreas Kolb

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941. 945 93-35,
Fax: 0941. 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.